



Wetteraukreis

Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse

Sondervermögen mit Sonderrechnung
Unternehmen und Einrichtungen mit eigener
Rechtspersönlichkeit

Eigenbetriebe
(Sondervermögen)

Abfallwirtschaft

Informationstechnologie

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft

**Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises
Friedberg**

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014
Gewinn- und Verlustrechnung 2014**

	2014 €	2014 €	Vorjahr €
1. Umsatzerlöse		10.317.543,41	11.540.271,52
2. Sonstige betriebliche Erträge davon Entnahmen der Gebührenrücklage Euro 516.528,02 (Vorjahr Euro 20.202,85)		1.885.209,48	1.266.336,91
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen		9.611.775,53	9.271.414,70
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	657.681,33		694.124,13
b) Soziale Abgaben und Aufwen- dungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung Euro 104.266,15 (Vorjahr Euro 71.988,58)	249.193,83		208.811,41
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		906.875,16	
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen davon Zuführungen zur Gebührenrücklage Euro 0,00 (Vorjahr Euro 867.612,70)		1.467.632,80	2.368.978,07
Zwischenergebnis		<u>157.515,39</u>	<u>187.129,12</u>
7. Erträge aus Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen Euro 2.029,46 (Vorjahr Euro 2.589,22)	2.029,46		2.589,22
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen Euro 66.891,00 (Vorjahr Euro 37.907,33)	75.541,19		52.737,49
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen Euro 0,00 (Vorjahr Euro 0,00) davon aus der Abzinsung Euro 126.812,00 (Vorjahr Euro 122.972,00)	134.460,18		134.811,32
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>100.625,86</u>	<u>107.644,51</u>
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		43.080,22	52.384,00
12. Sonstige Steuern		4.212,64	3.905,51
13. Jahresgewinn		<u><u>53.333,00</u></u>	<u><u>51.355,00</u></u>

LAGEBERICHT

für das Geschäftsjahr 2014



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014		1
1	Änderung bei den Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	3
2	Änderung im Bestand, Leistungsfähigkeit und Nutzungsgrad der wichtigsten Anlagen	4
2.1	Mechanische Behandlungsanlage (MBA)	4
2.2	Bio- und Grünschnittkompostierung	5
2.3	Deponiegasfackeln	6
3	Stand der Anlagen im Bau	7
3.1	Humus- und Erdenwerk Ilbenstadt	7
3.2	Standort Entsorgungszentrum Wetterau	7
3.3	Recyclinghöfe	8
4	Abfallwirtschaftliche Entwicklungen	8
4.1	Stoffstrommanagement	8
4.2	Strategien	9
4.3	Umstrukturierungen der Eigen-/ Beteiligungsgesellschaften	10
4.4	Behälterwirtschaft	10
4.5	AGAW — Arbeitsgemeinschaft Abfall Wetterau	11
4.6	Klärschlammverwertung	11
4.7	Kommunikation und Service	12
4.8	Zusammenarbeit mit Kommunen und kommunalen Gesellschaften	13
4.9	EDV und Organisation	13
5	Wirtschaftliche Entwicklung	13
5.1	Mengenentwicklung	14
5.2	Darstellung des Personalaufwandes	16
6	Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen	17
6.1	Entwicklung des Eigenkapitals	17
6.2	Entwicklung der Rückstellungen	17
7	Ausblick auf das kommende Jahr	18
7.1	Entwicklung der Erlöse	18
7.2	Entwicklung der Aufwendungen	19
8	Ergebnisbeurteilung	21

Vorbemerkung

Der Abfallwirtschaftsbetrieb hat in Zusammenarbeit mit seiner Eigengesellschaft WEAG seit Mitte der neunziger Jahre eine eigene Infrastruktur auf den wesentlichen Geschäftsfeldern Restmüllbehandlung und Kompostierung von Bioabfällen und Grünschnitt aufgebaut.

Nach Abschluss dieser strategischen Neuausrichtung haben die Anlagen seither und im Berichtsjahr eine hohe Verfügbarkeit gezeigt.

Mit der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA), die seit 2011 als mechanische Behandlungsanlage betrieben wird, verfügt der Wetteraukreis über eigene Handlungsmöglichkeiten auf dem Gebiet des Restabfalls. Mit der zentralen Kompostierung im Humus- und Erdenwerk Ilbenstadt sind wir insbesondere nach Inbetriebnahme der Vergärungsstufe und einer genehmigten Gesamtkapazität von jetzt 36.500 t/a in der Lage, den gesamten Bioabfall und Grünschnitt im Wetteraukreis hochwertig zu verarbeiten und innerhalb der Region zu vermarkten. Die Integration der Vergärungstechnik in die Kompostierung macht den Wetteraukreis zudem bundesweit zu einem der Vorreiter bei der Erzeugung von Energie aus der haushaltsnahen Bioabfallsammlung. Diese Position konnte in 2014 durch die Flexibilisierung der Stromeinspeisung weiter ausgebaut werden.

Im Berichtsjahr sind wir erneut unserer strategischen Zielsetzung, die Abfallentsorgung im Wetteraukreis stringent auf Ressourcengewinnung, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit auszurichten, wichtige Schritte näher gekommen. In Verbindung mit der Nutzung von Kostensenkungs-, aber auch möglicher Erlössteigerungspotentialen konnte die Wirtschaftlichkeit des Betriebes weiter ausgebaut werden.

1 Änderung bei den Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten

Im Bestand des Abfallwirtschaftsbetriebes befinden sich mit Ausnahme nicht betriebsnotwendiger Grundstücke (Butzbach, Wölfersheim, Bingenheim) lediglich die ehemalige Müllumladestation Grund-Schwalheim sowie die Halle für die Nachrotte im Humus- und Erdenwerk Ilbenstadt. Die nicht betriebsnotwendigen Grundstücke in Glauburg wurden für Tauschzwecke an den Wetteraukreis entgeltlich abgegeben.

Aus wirtschaftlichen Gründen lehnt die Betriebsleitung den Verkauf von weiteren nicht betriebsnotwendigen Grundstücken weiterhin ab.



2 Änderung im Bestand, Leistungsfähigkeit und Nutzungsgrad der wichtigsten Anlagen

Aufgrund ihrer Bedeutung für die Abfallwirtschaft wird an dieser Stelle über die Anlagen der Eigengesellschaft WEAG, deren Geschäftszweck darin besteht, die Investitionen des AWB in die abfallwirtschaftliche Infrastruktur zu planen, zu bauen und zu finanzieren, ebenfalls berichtet.

2.1 Mechanische Behandlungsanlage (MBA)

Im Berichtsjahr hatte die MBA mit der Verarbeitung von rd. 24.000 t Restmüll eine akzeptable Auslastung. Nach Ablauf des Vertrages mit dem ZAV (Vogelsbergkreis) Anfang 2011 hat sich die Auslastung der MBA um ein Drittel reduziert. Die Geschäftsführung der WEAG hat durch verfahrenstechnische Anpassungen und Außerbetriebnahme der biologischen Stufe die Reduzierung der Auslastung mehr als ausgleichen können, denn die Betriebs-, insbesondere die Energiekosten der MBA konnten erheblich gesenkt werden. Der AWB profitierte auch im Geschäftsjahr durch günstigere Betriebskosten.

Die Verfügbarkeit der Anlage war sehr gut. Sämtliche angelieferten Abfälle konnten verarbeitet werden. Voraussetzung dafür ist, dass WEAG als Investor und Betreiber die maßgeblich beanspruchten technischen Anlagen durch vorausschauende Instandhaltung regelmäßig wartet und das Risiko plötzlich auftretender Störfälle minimiert. Dies ist umso mehr erforderlich, da die MBA mit rd. 16 Betriebsjahren ein hohes Alter erreicht hat.

Zielsetzung der MBA ist die Herstellung einer mittelkalorischen Fraktion, die anschließend unter Nutzung ihres energetischen Potentials als Ersatzbrennstoff in Kraftwerken und Industriefeuerungsanlagen eingesetzt wird. Die Beteiligungsgesellschaft WEAG hatte in diesem anfangs sehr schwierigen Markt die Verwertung auf dauerhaft feste Füße gestellt. Mit Entwicklung des Marktes konnten seinerzeitige Abhängigkeiten verhindert, Wettbewerb aufgebaut und die Stückkosten beim Restmüll über die Jahre kontinuierlich reduziert werden. Investive Risiken wurden schrittweise durch Anlagenoptimierungen deutlich begrenzt. Damit war der Wetteraukreis auf die Entwicklung der Märkte (TASI, EBS-Kapazitäten) frühzeitig vorbereitet. Das in den letzten Jahren fallende Preisniveau konnte im Geschäftsjahr bis September genutzt werden. Ab Oktober sind die Verwertungspreise nach einer neuen Ausschreibung, der Marktentwicklung entsprechend, um etwa 10% angestiegen.

Die betrieblichen Aufwendungen für die Entsorgung der MBA-Fraktion konnten in 2014 mit 1,75 Mio € im Vergleich zu 2013 mit 1,77 Mio €, trotz der Erhöhung der Verwertungspreise ab Oktober stabil gehalten werden.

Die weitere Entwicklung der Preise ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Einerseits könnte sich eine stringente Umsetzung der Getrenntsammlungspflicht für Bioabfälle auf die Restmüllmenge auswirken, wodurch der Druck auf die Preise der Verbrennung



Wetterau

Abfallwirtschaft

steigen könnte. Andererseits drängen überregional zunehmend europäische Mengen auf die deutschen Verbrennungsanlagen. Diese Entwicklung senkt den Druck auf die Preise an den Verwertungsmärkten für Ersatzbrennstoffe. Insgesamt dürften aus dieser Situation aber keine überproportionalen Schwankungen zu erwarten sein.

Am Standort EZW wird ebenfalls der **Sperrmüll** umgeschlagen. Auch bei dieser Fraktion hat sich ein ursprünglich schwieriges Marktumfeld aufgelöst. Seit Beginn des Jahres 2014 haben wir im Wettbewerb eine Preisreduzierung erreichen können.

Wirtschaftliche Verbesserungen haben wir durch konzeptionelle Weiterentwicklung auf den Recyclinghöfen erzielt: Bereits die Anlieferer teilen Sperrmüll und Holz getrennten Containern zu. Die Holzfraktion wird am Markt für Biomasse verwertet. Auch 2014 erhalten wir weiterhin für die sortenreine Holzfraktion eine geringe Vergütung.

2.2 Bio- und Grünschnittkompostierung

Der Bioabfall stellt rd. ein Drittel der gesamten Abfallmenge aus Haushalten dar. Die Bedeutung des Bausteins „Kompostierung“ innerhalb der Wetterauer Abfallwirtschaft bleibt besonders hervorgehoben, kann doch das getrennt gesammelte, biogene Material aus dem Restmüll herausgehalten werden. Für diese Fraktion hat der AWB vor allem nach der Erweiterung um eine Vergärungsstufe einen hochwertigen Verwertungskreislauf in der Region aufgebaut. Das durch Vergärung erzeugte Biogas wird einem Blockheizkraftwerk (BHKW) zugeführt. Der erzeugte Strom entspricht dem Energieverbrauch von rd. 1.500 Haushalten. Komposte und Flüssigdünger werden in der Region vermarktet.

Im Humus- und Erdenwerk in Niddatal-Ilbenstadt wurden im Jahr 2014 rd. 23.500 Tonnen aus der kommunalen Bioabfallsammlung und 2.700 Tonnen aus der kommunalen Grünschnittsammlung angenommen. Darüber hinaus wurden 8.400 Tonnen Grünabfälle direkt von Abfallerzeugern an der Anlage in Ilbenstadt, dem EZW, an den Recyclinghöfen des AWB sowie bei der Fa. Scherz/Altenstadt angeliefert.

Das Humus- und Erdenwerk produzierte daraus im Geschäftsjahr ca. 11.000 cbm Komposte, die überwiegend landwirtschaftlich, zu anderen Teilen auch im GaLa-Bau, verwertet wurden. Die gute Produktqualität und die Diversifizierung durch die Herstellung unterschiedlicher Erdenmischungen für GaLa-Bau und Privatgärten ermöglichen es, die gesamte Produktmenge regional zu vermarkten. Zusätzlich wurden im Jahr 2014 rund 8.500 cbm Flüssigdünger aus der vorgeschalteten Vergärungsstufe in die Landwirtschaft abgegeben.

Die Vergärungsanlage im Humus- und Erdenwerk wurde im Geschäftsjahr 2008 in den Regelbetrieb gefahren. Im Berichtsjahr hatte die Anlage mit BHKW, trotz der Baumaßnahmen zur Umsetzung der flexiblen Einspeisung, eine durchgängig hohe Verfügbarkeit. Externe Anlagen brauchten nicht eingesetzt zu werden.



Wir sehen diese Investition in die Vergärung als Vorstufe zur Kompostierung als überzeugenden Beitrag zu unserer Strategie einer nachhaltigen Ressourcenwirtschaft.

Alle für dieses Projekt formulierten Ziele:

- Optimierung der Energieausbeuten
- Beiträge zur CO₂ — Minderung
- Senkung von Geruchsemissionen am Standort sowie Verarbeitung der Wetterauer Gesamtmenge

konnten erreicht werden.

Durch den hochwertigen Kreislauf in der Region wurden zudem Kosten und Transporte gegenüber einer externen Verwertung eingespart.

Durch die in 2014 umgesetzte und seit Oktober in Betrieb befindliche Flexibilisierung der Stromerzeugung konnte der Nutzen der Anlage weiter optimiert werden. Errichtet wurden ein Gasspeicher, ein größerer Flüssigdüngerbehälter und ein zweites Blockheizkraftwerk. Ziel ist eine höhere Ausbeute in der Gasverwertung, die Nutzung des EEG 2012 mit der Direktvermarktung der Energie entsprechend der Nachfrage am Markt sowie eine größere Flexibilität beim Ausbringen der Flüssigdünger für die Landwirtschaft. Ebenfalls wurde das Betriebsgelände der Anlage erweitert, die Einfahrt für gewerbliche Anlieferer geändert und deren Verriegelung automatisiert. Die Maßnahmen wurden im Herbst abgeschlossen.

Die wirtschaftlich günstige Entwicklung der Kompostierungssparte und der störungsfreie Betrieb der Anlagen wurden zum Anlass genommen, mit Beginn des Geschäftsjahres 2014 die Gebühren für Bioabfälle weiter zu senken. Damit sollen Gebührenausgleichsrücklagen auf mittlere Sicht dem Gebührenzahler zurückgegeben werden. Hier ist es unser Ziel, durch günstige Gebühren die Verwertung biogener Abfälle zu stärken und Abfallerzeuger zu einer noch besseren Abfalltrennung zu lenken. Der AWB kommt hier seiner abfallpolitischen Aufgabe nach, das Verhalten der Abfallerzeuger zu lenken.

Die Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der alten Kompostanlage (Eigentum des AWB) konnte durch WEAG Mitte 2009 in Betrieb genommen werden. Die Anlage hat eine Kapazität von rd. 50 kW_p. Diese Investition ist eine weitere Arrondierung hin zu einem Standort für nachhaltige Ressourcenwirtschaft.

2.3 Deponiegasfackeln

In den Jahren 2001 und 2005 wurde die Sanierung der maßgeblichen Altdeponien Blofeld und Bisses abgeschlossen. Der Abfallwirtschaftsbetrieb und WEAG hatten 2012 ihre Aktivitäten für Planung und Bau von Ersatzinvestitionen in die beiden Deponiefackeln Bisses und Blofeld konzentriert. Diese beiden Schwachgasfackeln sind

Ende 2012 in Betrieb genommen worden und auch in 2014 im Regelbetrieb weitestgehend störungsfrei gelaufen.

3 Stand der Anlagen im Bau

3.1 Humus- und Erdenwerk Ilbenstadt

Die Baumaßnahmen zur Umsetzung der flexiblen Einspeisung wurden im Herbst 2014 abgeschlossen (siehe Punkt 2).

Die Anlieferungen im Geschäftsjahr 2014 lagen beim Humus- und Erdenwerk bei rund 34.500 t. Um in Zukunft nicht schon alleine aus vegetationsbedingten Gründen über die Genehmigungsgrenze zu kommen und auf externe Anlagen zurückgreifen zu müssen, hat WEAG im laufenden Geschäftsjahr auf Grundlage der vorhandenen Anlageninvestition die Erweiterung auf einen Mehrdurchsatz von 36.500 t beantragt. Mit der erfolgten Genehmigung können wir im Kompostbereich einen nochmals erweiterten Handlungsspielraum erzielen.

3.2 Standort Entsorgungszentrum Wetterau

In der Problemabfallentsorgung haben wir einen weiteren Schritt getan. Wegen erstarrter Wettbewerbsstrukturen hatte der AWB einen mobilen Container für die Problemabfallsammlung bei WEAG angemietet.

Der Aufwand für die Sammlung konnte seither deutlich reduziert werden. Maßgebliche Anlaufpunkte für die Schadstoffsammlung werden zukünftig die Recyclinghöfe mit verlängerter Verweilzeit sein.

Die Baumaßnahmen zur Umsetzung des Konzepts für den Bau eines eigenen Bereitstellungslagers wurden im Geschäftsjahr abgeschlossen. Grundlage ist der Wegfall der Andienungspflicht an die HIM im neuen HAKA ab Mitte 2014. Betriebskommission und WEAG-Aufsichtsrat haben dem Konzept eines eigenen Bereitstellungslagers am Standort EZW zugestimmt. WEAG hat das Lager, angepasst an die Anforderungen des AWB errichtet und rechtzeitig zum Beginn der Sammelsaison im April 2014 in Betrieb genommen. Grundlage dafür war die verbindliche Zusage der HIM, dieses Modellverfahren mit dem AWB bis 2016 finanziell zu unterstützen.



3.3 Recyclinghöfe

Mit großem Erfolg läuft der Betrieb der Recyclinghöfe. Die Anlieferungsmengen sind wiederum von 23.000 t in 2013 auf rund 27.000 t in 2014 deutlich angestiegen.

Dementsprechend bessert sich zunehmend die Wirtschaftlichkeit der Recyclinghöfe. Im Geschäftsjahr gab es wiederum mehr als 400.000 Kundenkontakte an unseren Höfen. Alle Verträge der Standortkommunen mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb sind dementsprechend langfristig verlängert worden. Für den Standort Friedberg/ Bad Nauheim ist auf Grund der hohen Frequentierung und der großen Mengen eine Neuorientierung erforderlich. Die bisherigen Überlegungen zu einer Umlegung bzw. Neuerrichtung haben bisher zu keinem Erfolg geführt.

4 Abfallwirtschaftliche Entwicklungen

4.1 Stoffstrommanagement

Wesentlicher Baustein des Stoffstrommanagements ist das kreisweite Netz von Recyclinghöfen. Heute sind 10 Recyclinghöfe angeschlossen. Wesentlicher Grundsatz ist die Vereinheitlichung von Abwicklung, Gebühren und Erscheinungsbild. Damit hat jeder Einwohner des Wetteraukreises die Möglichkeit, Abfälle unabhängig von seinem Wohnort zu einem Recyclinghof zu bringen. Der AWB fördert durch Zuschuss, vereinheitlicht die Betriebs- und Mengendisposition und verbessert die Gesamtwirtschaftlichkeit durch Bündelung in der Vermarktung. Mit der Inbetriebnahme der ersten Höfe Anfang 2005 sind bis Ende 2014 über 130.000 t angenommen und hochwertigen Verwertungswegen zugeführt worden.

Am Standort der EEW in Glauburg/Stockheim betreibt die Behindertenhilfe gGmbH im Auftrag des AWB die zentrale Übergabestelle nach ElektroG für die im Kreisgebiet gesammelten Elektrogeräte. Früher wurden die Geräte dort an das Rücknahmesystem „EAR Stiftung Elektroaltgeräte Register“ übergeben.

Heute werden dort die Elektroaltgeräte für die sogenannte Eigenvermarktung aufbereitet. Lediglich Gasentladungslampen (HG-haltige Lampen und Röhren, LED-Lampen) werden noch an das Rücknahmesystem übergeben.

Die Zerlegung und Vorbereitung für die stoffliche Verwertung der Geräte erfolgt in der angegliederten Werkstatt der EEW für die Gerätegruppen:

- Haushaltsgroßgeräte
- Informations- und
Telekommunikationsgeräte, Geräte der
Unterhaltungselektronik
- Kleingeräte

Für die Aufbereitung der Bildröhren aus den v.g. Gerätegruppen bedient sich der AWB der Fa. ZME in Heuchelheim. Der Vertrag zur Demontage der Kühlgeräte mit der Fa. ZR, Buseck wurde zum Ende des Geschäftsjahres aufgelöst. Die Geräte werden nun wieder über das EAR-System der Verwertung zugeführt.

Mit der Eigenvermarktung der Elektrogeräte durch den AWB und der Einbindung der EEW ist deren Beschäftigung als maßgebliches Ziel des AWB weiterhin gesichert. Darüber hinaus werden, nach unserer Kenntnis, die demontierten Teile einer hochwertigen Verwertung zugeführt.

Neue Regelungen im überarbeiteten Elektrogerätegesetz (ElektroG2), das im Herbst in Kraft treten soll, könnten hier zu einer Änderung der strategischen Ausrichtung führen. Für den Fall, dass sich die finanzielle Situation für die Abfallwirtschaft Wetterau für die Eigenverwertung erheblich verschlechtert, könnte die Eigenverwertung über die EEW gefährdet sein. Die weitere Entwicklung und die Auslegung des ElektroG2 bleiben abzuwarten.

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Modellversuche zur getrennten, kostenlosen Annahme von Hartkunststoffen wurde zum Ende des Geschäftsjahres mit der Einführung dieses Systems an allen Recyclinghöfen begonnen. Bisher waren diese Materialien Bestandteile des Sperrmülls, zukünftig sollen die sortensauberen Hartkunststoffe recycelt werden. Damit wird der Forderung des KrWG, das ab 2015 die getrennte Erfassung von Kunststoffen fordert, erfüllt.

Die Zusammenarbeit mit WEAG in der Altpapierverwertung entwickelt sich weiterhin sehr erfolgreich: Seitdem der Papierumschlag als Folgenutzung der ehemaligen MUS (Müllumladestation) bereits in 2003 deutliche Ergebnisverbesserungen brachte, wurden durch dynamische Vermarktung die Ergebnisse von Jahr zu Jahr weiter verbessert. Nach Abzug eigener Aufwendungen leitet WEAG die Erlöse an den AWB weiter.

4.2 Strategien

Im gesamten Markt gibt es starke Tendenzen zu **Privatisierung** und **Konzentrationen**, insbesondere bei den kapitalintensiven Anlagen. Einzelne agierende entsorgungspflichtige Gebietskörperschaften finden in diesem Marktumfeld ihre Begrenzung. Zur Weiterentwicklung unserer abfallwirtschaftlichen Aktivitäten vom erreichten hohen Niveau in Richtung Zukunftsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und abfallwirtschaftliche Qualität sind Kooperationen notwendig, denn Teilnehmer am Markt sind Konzerne, die große Abfallströme bündeln.

Hier haben wir mit der **Wertstoff-Allianz Rhein-Hessen** bei der Altpapier-Verwertung gute Strukturen der strategischen Geschäftsentwicklung auf den Weg gebracht. Diese Kooperation brachte sehr schnell zählbare Ergebnisse mit deutlicher Erhöhung der Durchschnittserlöse für alle Mitglieder der Wertstoff-Allianz.



Wetterau

Abfallwirtschaft

Nach einer Internet-Auktion hatte WEAG in 2004 das Altpapier in kommunaler Kooperation mit den Städten Mainz, Wiesbaden, Saarbrücken und Völklingen in der sog. Wertstoffallianz Rhein-Hessen vermarktet. Die Konzentration von Angebotsmengen brachte eine weitere Verbesserung bei den Durchschnittserlösen. Der Erfolg dieses gemeinsamen Agierens am Markt hat sich unter den kommunalen Unternehmen herumgesprochen: Für die Folgeausschreibung im Jahre 2008 wurde die Allianz durch die neuen Mitglieder Rüsselsheim, Heidelberg und Rhein-Hunsrück-Kreis auf 1,3 Mio. Einwohner mit rd. 130.000 t im Jahr erweitert.

Im gesamten Berichtsjahr waren die Erlöse aufgrund der positiven Rohstoffmärkte erfreulich und lagen fast exakt auf dem Niveau des Vorjahres. Allerdings sind die Erlöse zum Ende des Jahres unter Druck geraten.

4.3 Umstrukturierungen der Eigen- / Beteiligungsgesellschaften

Im Geschäftsjahr wurde eine strategische Neuausrichtung der Eigengesellschaft WEAG und der Beteiligungsgesellschaft Kompostierung Wetterau GmbH (KWG) initiiert und zum 01.01.2015 umgesetzt. Zukünftig ist WEAG als 100% Tochtergesellschaft des AWB Investor und Betreiber des Standorts Humus- und Erdenwerk Ilbenstadt. KWG mit seinen landwirtschaftlichen Gesellschaftern konzentriert sich auf die Qualitätssicherung und die Vermarktung der erzeugten Produkte insbesondere im landwirtschaftlichen Bereich und führt diese Arbeiten im Auftrag von WEAG durch.

4.4. Behälterwirtschaft

Der Beschluss der Betriebskommission, im Zuge der erfolgten AGAW-Ausschreibung die Abfallbehälter in den Gemeinden in kommunale Hand zu übernehmen, wurde in 2011 umgesetzt. Die Bewirtschaftung des Behältersystems mit rd. 170.000 Behältern hat der AWB langfristig an WEAG übertragen. Dieses neue Geschäftsfeld ist seither sehr erfolgreich.

Zielsetzung ist, den zukünftigen Wettbewerb auf die eigentliche Einsammlungsleistung zu konzentrieren, die Chancen für die Beteiligung von mittelständischen Unternehmen am Wettbewerb zu verbessern und die wirtschaftlichen Effekte aus der hohen Lebensdauer der Gefäße zu nutzen. Darüber hinaus hat der AWB generell die Zielsetzung, die wesentlichen Bestandteile der abfallwirtschaftlichen Infrastruktur, weil Daseinsvorsorge, in kommunaler Hand zu halten.

Die AGAW-Kommunen haben größtenteils die Behälter über AWB angemietet. WEAG ist vertraglich verpflichtet, das Behältersystem zu bewirtschaften. Seither wird die Behälterbewirtschaftung als eigenständiges Geschäftsfeld geführt.

4.5 AGAW — Arbeitsgemeinschaft Abfall Wetterau

Die AGAW wurde 2003 mit dem Ziel gegründet, die Sammlung und den Transport von Abfällen gemeinsam mit den 14 beteiligten Kommunen am Markt auszuschreiben. Die Erfahrungen waren für alle Beteiligten sehr vorteilhaft, Einsammlung und Transport konnten mit deutlich geringeren Kosten eingekauft werden. Die Laufzeit der Aufträge endete 2010. Der AWB hatte daher rechtzeitig eine neue Ausschreibung vorbereitet, der Teilnehmerkreis konnte auf 19 Kommunen erweitert werden. Neben einem Wettbewerb strebt der AWB eine stärkere Standardisierung der Abfuhrlogistik und eine weitere Verbesserung der Wirtschaftlichkeit an.

Wesentliche strategische Maßnahme war darüber hinaus, die Abfallbehälter in das Eigentum von Kommune oder AWB zu nehmen (s. vorne).

Ergebnis der Ausschreibung war eine Intensivierung des Wettbewerbs und demzufolge eine Reduzierung der Sammlungskosten. Vor allem diejenigen Kommunen, die erstmals teilgenommen haben wie Karben, Wöllstadt etc., hatten aufgrund des bisher hohen Preisniveaus große Einsparungen im mittleren, zweistelligen Prozentbereich erzielen können.

Die neuen Verträge wurden in 2011 gestartet. Im laufenden Geschäftsjahr war es Aufgabe des AWB, die Verträge mit den beauftragten Entsorgern, insbesondere bei übergeordneten oder komplexen Fragen zu betreuen. Für die Umsetzung von vertraglichen Vereinbarungen steht der AWB den Kommunen beratend zur Seite.

4.6 Klärschlammverwertung

Der AWB bedient sich zur Verwertung von kommunalen Klärschlämmen, dem sog. "Wetterauer Modell", der ORD Oberhessische Recyclingdienste GmbH.

Die Gesellschaft wurde 1996 gegründet, Gesellschafter sind die HBV Landwirtschaftliche Beteiligungsgesellschaft mbH und der AWB Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises mit jeweils 50 % Anteilen.

Gegenstand des Unternehmens ist der Aufbau und der Betrieb einer Organisation zur geordneten Anwendung, Überwachung und Dokumentation von landwirtschaftlich verwertbaren Klärschlämmen einschließlich Beratung beteiligter Landwirte, Kommunen, Landkreise und Abwasserverbände.

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden im Wetteraukreis 51.076 t Klärschlamm (Frischmasse) verwertet. Wirtschaftlich erzielte die Klärschlammsparte einen leichten Verlust, der durch Auflösung aus der Entgeltrücklage ausgeglichen wird.

Die Gesellschaft ist seit 1999 nach dem Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001 und als Entsorgungsfachbetrieb nach der EfbV zertifiziert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die ORD erfolgreich ein Wiederholungsaudit nach DIN EN ISO 9001 und ein Überwachungsaudit nach der Entsorgungsfachbetriebsverordnung durchgeführt.



Wetterau

Abfallwirtschaft

Das Audit umfasste auch die Überprüfung der Gütesicherung nach den Richtlinien der BQSD BundesQualitätsgemeinschaft SeroDünger e.V. Dadurch sind die wirtschaftlichen und fachlichen Grundlagen für die weitere Tätigkeit der ORD gegeben.

Künftig wird, auch als Auswirkung der Novellierung der Klärschlammverordnung, die Gütesicherung im Rahmen der landwirtschaftlichen Verwertung eine wesentlich stärkere Rolle spielen. Der Wetteraukreis ist darauf sehr gut vorbereitet, weil das praktizierte Gütesystem des "Wetterauer Modells" mit dem künftigen RAL-Zeichen "Düngung" weitgehend übereinstimmt.

Die seit Jahren vom Bundesumweltministerium (BMU) angekündigte Novellierung der Klärschlammverordnung sieht eine Verschärfung der Grenzwerte sowie die Aufnahme neuer Schadstoffparameter vor. Aufgrund der geogenen Bedingungen im Wetteraukreis kann es bei den Nickelgrenzwerten zu Überschreitungen kommen. Die Umsetzung der Novellierung ist aber nach wie vor nicht absehbar.

Die Verschärfung der Grenzwerte der überarbeiteten Düngemittelverordnung wird jedoch bereits ab 2015 auch einige Kläranlagenbetreiber treffen, die von hohen geogen bedingten Nickelwerten betroffen sind.

Bzgl. des in der Koalitionsvereinbarung festgeschriebenen Ausstiegs aus der landwirtschaftlichen Klärschlammverordnung innerhalb der nächsten 10 Jahre, gab es im Geschäftsjahr keine weitergehende Entwicklung, so dass bisher kein akuter Handlungsbedarf zu erkennen ist.

4.7 Kommunikation und Service

Die Internetseite des AWB wird immer wieder aktualisiert. Die Erreichbarkeit wurde durch weitere Domainsicherungen verbessert. Über Neuregelungen bei der Entsorgung (z. B. von Dispersionsfarben) wird die Öffentlichkeit kontinuierlich informiert.

Die Umweltbildung in Schulen ist ein wichtiger Bestandteil der Abteilung Kommunikation und Service. Der AWB stellt Kindergärten und Schulen Unterrichtsmaterialien zu den Themenbereichen Kompostierung, Recycling von Altpapier und Kunststoff-Recycling zur Verfügung. Weiterhin unterstützt der AWB die bundesweite Initiative 2000 plus zum Einsatz von Recyclingpapier. Es wurden mehrere Unterrichtseinheiten und Projekte zu den Themen Getrenntsammlung und Recycling durchgeführt.

Im Rahmen der Beratung von Schulen im Umgang mit eigenen Abfällen wurden neben Schulleitung und Lehrkörpern auch die Hausmeister und Reinigungskräfte beteiligt.

Im Humus- und Erdenwerk, im Entsorgungszentrum und auf Recyclinghöfen wurden Führungen für unterschiedliche Gruppen (z. B. Schulklassen, Seniorengruppen) durchgeführt.

Wesentlicher Inhalt der Öffentlichkeitsarbeit ist die Qualitätssicherung der einzelnen Stoffströme. Dabei spielt die Sortenreinheit der gesammelten Bioabfälle eine besondere Rolle, da durch Änderungen der Düngegesetze erhöhte Anforderungen an die Qualität der erzeugten Komposte gestellt werden. Dieses Thema wird im Rahmen der Pressearbeit und im Rahmen von Messen entsprechend bearbeitet.

4.8 Zusammenarbeit mit Kommunen und kommunalen Gesellschaften

Der AWB hat seit September 2008 für den Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft die Entsorgung aller Abfälle und Wertstoffe aus allen 100 Schulen und den von EGW betreuten Verwaltungsstellen des Wetteraukreises übernommen. Ziel ist, die Abfälle aus diesen Liegenschaften in eigene Anlagen zu überführen und die Entsorgungskosten für den Kreis transparent und wirtschaftlich zu gestalten.

Dies ist insbesondere durch Beratung der Hausmeister und Schulleitungen sowie durch Verhandlungen mit den im Wetteraukreis tätigen Entsorgungsunternehmen gelungen. Diese Auftragsabwicklung für den EGW ist beispielhaft für die zielgerichtete Aufgabenübertragung bzw. -verteilung innerhalb der Kreisverwaltung.

4.9 EDV und Organisation

Im Geschäftsjahr wurden notwendige Ersatzbeschaffungen für die Hardware in der Verwaltung und auf den Anlagen vorgenommen.

5 Wirtschaftliche Entwicklung

Seit dem Geschäftsjahr 2009 ist der AWB nach Rückzahlung des Restdarlehens in Höhe von 2,9 Mio. € schuldenfrei. Einzig bestehen begrenzte Kreditverbindlichkeiten, die aufgrund der nur so nutzbaren öffentlichen Förderung eingegangen wurden. Damit ist es dem AWB möglich, sich in die Finanzierung von Anlageninvestitionen bei der Beteiligungsgesellschaft WEAG einzubringen. Zunächst wurde in 2010 ein Darlehen über 1,5 Mio € zur Finanzierung von Abfallbehältern an WEAG gegeben. 2013 hat der AWB ein weiteres Darlehen über 2,2 Mio € zur Finanzierung der Investitionen vorrangig in der Vergärungsanlage/Bereitstellungslager etc. gegeben, das im Geschäftsjahr 2014 von WEAG komplett abgerufen wurde. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre, die Konditionen liegen im marktüblichen Bereich.

In den vergangenen Jahren hat der AWB kontinuierlich ein striktes Kostenmanagement praktiziert und Möglichkeiten genutzt, die Wirtschaftlichkeit seiner Aktivitäten stetig zu verbessern. Am erreichten hohen Leistungsniveau wurden keine Abstriche hingenommen. Es wurden im Bereich der Vergärungsanlage, der Sammlung und Zwischenlagerung von gefährlichen Abfällen und der Recyclinghöfe weitere Optimierungen ohne Gebührenbelastung auf einen stabilen zukunftsweisenden Weg gebracht.



5.1 Mengenentwicklung

Anlieferungen 2014			
Abfallarten	Mengen in t, Stck, cm ³	Tarif*	Erlöse EURO
		EURO in t, Stk., cm ³	
Hausmüll	23.415	168	3.933.713
Hausmüll -Selbstanl.- RH	320	168	53.796
Sperrmüll, kommunale Sammlung	1.409	168	231.556
Sperrmüll, Anlagen und Recyclinghöfe	4.080	120/10/158	228.164
getrennte Holzerfassung	6.268	0	0
Summe	35.492		4.447.230
Recheng./Sand/Re.Sa-Gemisch Verwertg.	951	versch.Tarife	142.240
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	766	158	121.066
Altholz, mit gefährlichen Stoffen A IV	166	200	33.256
Altreifen	5.659	1,50/3,50	12.913
Bauschutt	3.906	10/50	98.178
Asbestabfälle, Glaswolle, Nachtsp.öfen	123	versch.Tarife	23.572
Verwertungserlöse für Batterien, Mischmetall, Altholz, Flachglas und Elektroaltgeräte			199.591
Summe Selbstanlieferung Abfall	11.570		630.815
Entsorgung v. Problemabfällen			40.963
Altpapier	22.905		2.075.927
Naßschlämme	35.108	19,75	693.383
Pressschlämme	15.968	38,50	614.786
Summe verwertbarer Klärschlämme	51.076		1.308.169
Bioabfälle	23.435	65	1.523.280
Bioabfälle -Selbstanl.-	1	94	59
Grünabfälle, kommunale Sammlung	2.668	40	106.726
Grünabfälle, Anlagen und Recyclinghöfe	8.386	10/30	184.374
Summe Bio- und Grünabfälle	34.490		1.814.440

Der Vergleich der Geschäftsjahre 2013 und 2014 macht folgendes deutlich:

Die Mengen beim Hausmüll sind weiterhin auf niedrigem Niveau konstant.
Die Erlöse sinken wegen den reduzierten Annahmegebühren.



Laut Beschluss der Betriebskommission des AWB vom 31.07.2014 werden den vom Hochwasserereignis am 13.07.2014 betroffenen Kommunen Gebühren erlassen. Dies haben 2 Kommunen in Anspruch genommen, so dass sich hierdurch die Gebührenerlöse bei der kommunalen Sperrmüllsammlung um rd. 5.200 € verringerten.

Anlieferungen 2013			
Abfallarten	Mengen in t, Stck, cm ³	Tarif*	Erlöse EURO
		EURO in t, Stk., cm ³	
Hausmüll	23.158	189	4.376.919
Hausmüll -Selbstanl.- RH	248	200	49.589
Sperrmüll, kommunale Sammlung	1.438	189	271.827
Sperrmüll, Anlagen und Recyclinghöfe	3.405	150/39/189	271.465
getrennte Holzerfassung	5.381	0	0
Summe	33.631		4.969.800
Recheng./Sand/Re.Sa-Gemisch Verwertg.	929	versch. Tarife	145.523
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	908	200	181.536
Altholz, mit gefährlichen Stoffen A 4	84	200	16.814
Altreifen	5.369	1,50/3,50	12.058
Bauschutt	3.197	10/50	76.123
Asbestabfälle, Glaswolle, Nachsp.öfen	21	versch. Tarife	16.531
Verwertungserlöse für Batterien, Mischmetall, Altholz, Flachglas und Elektroaltgeräte			171.493
Summe Selbstanlieferung Abfall	10.508		620.077
Entsorgung v. Problemabfällen			39.651
Altpapier	22.760		2.079.268
Naßschlämme	33.389	19,75	659.433
Pressschlämme	16.204	38,50	623.853
Summe verwertbarer Klärschlämme	49.593		1.283.286
Bioabfälle	22.238	95	2.112.626
Bioabfälle -Selbstanl.-	2	94	184
Grünabfälle, kommunale Sammlung	2.383	70	166.790
Grünabfälle, Anlagen und Recyclinghöfe	6.369	30/50	267.856
Summe Bio- und Grünabfälle	30.992		2.547.456



5.2 Darstellung des Personalaufwandes

Im Berichtsjahr 2014 betrug der Personalaufwand für die 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Abfallwirtschaftsbetriebes insgesamt 906.875,16 Euro. Die Zusammensetzung des Personalaufwandes ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Personalaufwand	2013	2014
Gehälter	636.008,13 €	621.935,33 €
soziale Abgaben	118.869,54 €	123.985,04 €
Aufwendungen für Altersvorsorge und Beihilfen	97.788,87 €	101.797,79 €
Veränderung Rückstellungen	50.269,00 €	59.157,00 €
davon (Altersteilzeit) *	58.116,00 €	35.746,00 €
Gesamt	902.935,54 €	906.875,16 €

Entwicklung des Personalstandes

	Stand 01.01.2014	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2014
Beamte	1			1
Angestellte	15* ¹	2	1	16* ²
Gesamt:	16* ¹			17* ²

*¹ davon 6 Teilzeitkräfte, eine Elternzeit, 2 Altersteilzeit und eine geringfügig beschäftigte Kraft

*² davon 7 Teilzeitkräfte, eine Elternzeit, 2 Altersteilzeit und eine geringfügig beschäftigte Kraft



Wetterau

Abfallwirtschaft

6 Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

6.1 Entwicklung des Eigenkapitals

in EURO	Stand 01.01.2014	Zugang *)	Umbuchung*	Stand 31.12.2014
Stammkapital	51.129,19	0	0	51.129,19
Allg. Rücklage	1.029.595,31	0	0	1.029.595,31
Gewinnrücklage	90.946,46	0,00	100.802,00	191.748,46
BILMOG-Umstellung	112.212,00	0	0	112.212,00
Gewinne	100.802,00	53.333,00	-100.802,00	53.333,00
Eigenkapital	1.384.684,96	100.802,00	0,00	1.438.017,96

*) wird nach dem Kreistagsbeschluss in die Gewinnrücklage umgebucht, hier der Gewinn der Jahre 2012 und 2013.

6.2 Entwicklung der Rückstellungen

in EURO	Stand 01.01.2014 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Zuführung EUR	Stand 31.12.2014 EUR	davon Zuführung aus Abzinsung EUR
Pensionsrückstellungen	686.713,00	0,00	65.971,00	752.684,00	31.108,00
Steuerrückstellungen	129.885,75	-129.885,75	2.828,25	2.828,35	0,00
Sonstige Rückstellungen					
Gebührenausgleichsrücklage	7.514.063,88	-687.020,72	0,00	6.827.043,16	0,00
Deponienachsorge	1.524.161,00	-35.767,91	78.994,91	1.567.388,00	78.995,00
Klärschlammausbringung	138.000,00	-12,00	5.012,00	143.000,00	5.012,00
Beihilfen, Unterstützungen	88.793,00	-5.799,32	4.022,32	87.016,00	5.799,00
ungewisse Verpflichtungen	15.500,00	-8.500,00	7.500,00	14.500,00	0,00
Altersteilzeit	85.573,00	0,00	35.746,00	121.319,00	3.876,00
Lebensarbeitszeitkonto Beamte	3.679,00	0,00	304,00	3.983,00	208,00
Nicht gen. Urlaub	18.500,00	-18.500,00	15.402,00	15.402,00	0,00
Jahresabschlussprüfung	13.500,00	-13.500,00	13.500,00	13.500,00	0,00
Eigene Kosten					
Abschlusserstellung	5.300,00	-5.300,00	5.400,00	5.400,00	0,00
Aufbewahrung					
Geschäftsunterlagen	41.153,00	-1.887,30	2.620,30	41.886,00	1.814,00
Summe sonstige Rst.	9.448.222,88	-741.597,72	133.812,00	8.840.437,16	95.704,00
Summe Gesamt:	10.264.821,63	-868.655,12	199.783,00	9.595.949,51	126.812,00



Mit Jahresabschluss 2010 wurde die AWB-Bilanz auf die Anforderungen des BilMoG umgestellt. Neu ist seither die jährliche Zuführung aus Abzinsungen.

Die Rückstellung für Klärschlammausbringung betrifft im Wesentlichen Risiken, die nicht durch den gesetzlichen Klärschlammfonds abgedeckt sind und für die der AWB aus der besonderen Konstruktion des "Wetterauer Modells" in der Verpflichtung steht.

7 Ausblick auf das kommende Jahr

7.1 Entwicklung der Erlöse

Das Mengengerüst der einzelnen Abfallarten sehen wir für das Geschäftsjahr 2015 unterschiedlich: Eigene Akquisitionen von WEAG bei den Gewerbeabfällen und damit ein höherer Beschäftigungsgrad der MBA sind weiterhin nicht zu erwarten. Bei Hausmüll und Altpapier erwarten wir eine stabile Mengenandienung. Nach der deutlichen Mengensteigerung bei Bio- und Grünabfällen in 2014, die einerseits auf witterungsbedingte Effekte und andererseits auf die ab 01.01.14 gesenkten Gebühren zurückzuführen sind, erwarten wir für 2015 leicht rückläufige Mengen. Dagegen erwarten wir weiterhin deutliche Mengenzuwächse bei den Recyclinghöfen.

Ursprüngliche Befürchtungen auf einen Rückgang von Sperrmüllmengen haben sich nicht bestätigt. Reduzierung bei den Gebühren und ein hoher Servicegrad auf den Recyclinghöfen schaffen die Basis für weiteren Mengenzuwachs.

Seit dem 1. Januar 2014 gelten neue Abfallgebühren. Wie von dem KAG gefordert, werden die Gebührenausgleichsrücklagen mittelfristig abgebaut und für Gebührenreduzierungen eingesetzt. Hierbei haben wir Reduzierungen im 2-stelligen Prozentbereich umgesetzt: Haus- und Sperrmüll wurden um 11% reduziert, Sperrmüll an Recyclinghöfen um 20%, Bioabfall um 31% und Grünabfall um 40%. Neben dem Ausgleich der Erlösschmälerungen aus der Gebührenrücklage erwarten wir weiterhin steigende Anlieferungen, maßgeblich auf den Recyclinghöfen, mit denen wir einen zusätzlichen Ausgleich erzielen.

Ein weiterhin mangelhafter Vollzug der Abfallgesetze in Hessen führt bei den Gewerbeabfällen zur Migration aus kommunaler Zuständigkeit zu Lasten von hochwertigen Behandlungen und Anlagen.

Zum Berichtszeitpunkt haben sich die Durchschnittserlöse für Altpapier nach einem Rückgang in den Wintermonaten wieder auf mittlerem Niveau stabilisiert. Der Preisrückgang war wiederum verursacht durch konjunkturell bedingte, niedrige Exporte nach Fernost. Ein weiteres Abgleiten konnte im Wesentlichen durch unsere strategische Positionierung und Mengenbündelung verschiedener großer Städte und Kreise in der Wertstoff-Allianz Rhein-Hessen verhindert werden. Zudem können wir mit der Übertragung auf die Eigengesellschaft WEAG die Umschlagskosten steuern.



Wetterau

Abfallwirtschaft

Wesentliche Stellschraube für unsere Erfolge in der Vermarktung ist die Aktivierung von Wettbewerbsimpulsen.

So konnten wir mit unserer Vermarktungsstrategie seit einigen Jahren einen intensiven Wettbewerb aktivieren. Die Preisentwicklung für Altpapier sehen wir dennoch auf diesem volatilen Markt auf längere Sicht weiter positiv, müssen jedoch ebenfalls davon ausgehen, dass konjunkturelle Zyklen - wie generell für Rohstoffmärkte typisch - deutliche Einbrüche bei den Wertstofflösen bewirken können.

Hier zeigt sich, dass Abfallwirtschaft zu einer Rohstoffwirtschaft mit sehr volatilen Preisen geworden ist. Den konjunkturellen Einfluss hatten wir deutlich ab November 2008 gespürt: im Zuge rezessionsbedingter Einbrüche waren die Preise für Altpapier bis in den einstelligen Eurobereich gefallen. Durch die Verflechtung der Märkte sind solche Einbrüche durch weltwirtschaftliche Entwicklungen und politische Krisen immer wieder zu befürchten.

Die **Auslastung** der in unserem Einflussbereich investierten Anlagen ist gesichert, weil eine gezielte Kapazitätsdimensionierung bei der Anlagenplanung Grundlage unserer Investitionsvorhaben gewesen ist. Einen gravierenden Rückfluss von Gewerbeabfällen in unsere Anlagen sehen wir auf Basis der niedrigen Mengen im regionalen Umfeld der Anlage und wegen fehlender Logistik zukünftig nicht.

Einer gezielten Mengenakquisition sind durch die räumliche Lage des EZW und den logistischen Aufwand enge Grenzen gesetzt, denn im näheren Umfeld der Anlage gibt es kaum abfallintensive Gewerbebetriebe. Weiter rückläufigen Preisen kann WEAG ohnehin, bedingt durch die geringe Anlagengröße, im Wettbewerb zu großen Verbrennungskapazitäten nur begrenzt folgen.

Unsere gebührenpolitischen Maßnahmen haben die Akzeptanz der Recyclinghöfe weiter gesteigert. Die kontinuierlich steigenden Anlieferungsmengen auf den Recyclinghöfen belegen diese erfolgreiche Strategie.

Die Auswirkungen des neuen KrWG 2012 auf den AWB sind bisher gering. Es gibt eine hohe Anzahl von Anzeigen für gewerbliche Sammlungen bei den unteren Abfallbehörden, die aber Abfälle betreffen, die der AWB nicht vorrangig in seinem Geschäftsfeld hat.

Nachdem seit 1997 die für den Eigenbetrieb wichtigsten Abfallgebühren 4 bzw. 5 mal gesenkt werden konnten, zeitparallel Strukturinvestitionen finanziert wurden, hat der AWB mit Inbetriebnahme der Investitionen in 2014 ein hohes abfallwirtschaftliches Leistungsniveau erreicht. Zusätzlich sind seither rd. 16.000 t Gewerbeabfall in den freien Markt migriert, weil Anschluss- und Nutzungszwang für diese Abfälle aufgehoben bzw. durch den Vollzug nicht durchgesetzt wurden.



Seit dem Jahre 2001 können wir durch verbesserte Wirtschaftlichkeit und Rücklagendotierung zusätzliche Belastungen dennoch immer wieder auffangen. Daher brauchen wir für die gut dotierte Altpapierfraktion hohe Wertstoff Erlöse, um die Leistungsqualität der zukunftsweisenden abfallwirtschaftlichen Struktur bei gleichzeitigem Abbau der Gebührenrücklage finanzieren zu können.

7.2 Entwicklung der Aufwendungen

Weitgehend kontinuierliche Abfallmengenentwicklungen beschreiben ebenfalls die erwartete Situation im laufenden Geschäftsjahr auf der Aufwandseite.

Bei der **Verwertung der MKF-Fraktionen** ist es nach der Ausschreibung im Frühjahr 2014 ab dem 01. Oktober 2014 zu einer Erhöhung der Verwertungspreise um etwa 10% gekommen. Diese Erhöhung war marktüblich und ist insbesondere auf die verbesserte Auslastung der Verbrennungskapazitäten durch Importe zurückzuführen. Nach der derzeitigen Vertragslaufzeit bis Herbst 2016 erwarten wir weiterhin Preise auf einem stabilen immer noch relativ niedrigen Niveau.

Unser Bemühen richtet sich weiterhin verstärkt darauf, die Verfügbarkeit der MBA durch geplante Instandhaltung möglichst störungsfrei zu sichern und eine gleichbleibende Qualität des erzeugten Produktes sicherzustellen.

Auf der Behandlungsseite der MBA entfallen seit der in 2011 durchgeführten Verfahrensänderung die durch den RTO-Betriebsstoff Erdgas sowie die für die Lüftung verursachten Kosten. Die Behandlungspreise von WEAG in der MBA sind der geänderten Kalkulation angepasst worden.

Mit dem kreisweiten **Netz von Recyclinghöfen** erreichen wir ein flächendeckend höheres abfallwirtschaftliches Leistungsniveau. Der AWB hatte sich maßgeblich in der finanziellen Förderung von Investition und Betrieb engagiert. Dies hebt den Gesamtaufwand naturgemäß an. Das im Vorjahr aufgelegte Aktivierungsprogramm für alle Recyclinghöfe konnte bereits im Geschäftsjahr erfolgreich greifen. Im Wettbewerb mit privaten Containerdiensten konnten höhere Durchsatz- und Sammelmengen erreicht werden. Mittel dazu sind Werbung, Gebührenreduzierung und höherer Service durch längere Öffnungszeiten.

Entspannung auf der Kostenseite haben wir durch das **ElektroG** nur bedingt erreicht. Dies hängt mit unserer sehr umfangreichen und komfortablen Erfassungsstruktur und der Einbeziehung der EEW Stockheim zusammen. Wir sehen Recyclinghöfe jedoch vor allem als wichtige strategische Eckpfeiler, denn wir zeigen insbesondere im Zuge einer verstärkten Ressourcenorientierung der Abfallwirtschaft Präsenz in der Fläche des Wetteraukreises.



Seit der Inbetriebnahme der Vergärungsanlage erzielen wir in der Kompostierungssparte ebenfalls ein führendes abfallwirtschaftliches Niveau. Dieses konnten wir durch die in 2014 umgesetzte flexible Einspeisung durch die Ergänzung eines zweiten Blockheizkraftwerks, eines Gasspeichers und eines weiteren Speichers für Flüssigdünger weiter ausbauen. Die Investition erfolgte durch WEAG, die Finanzierung durch zusätzliche Erlöse aus dem EEG12. Erlösverbesserungen durch EEG werden die Deckungsbeiträge der Anlage steigern, WEAG als Betreiber gibt diese Verbesserungen an AWB weiter. Die Inbetriebnahme der Ergänzungen ist im Herbst 2014 erfolgt. Die vollen Kosteneffekte der Ergänzung werden dementsprechend erst im laufenden Geschäftsjahr Wirkung zeigen.

Unsere Anstrengungen zur Optimierung und Nutzung von Kostensenkungspotentialen werden wir konsequent weiterführen.

8 Ergebnisbeurteilung

Im Geschäftsjahr 2014 haben wir mit einem Minus von 463 T€ ein besseres **Gesamtergebnis** erwirtschaftet als geplant. Das Gesamtergebnis ist wiederum als gut zu bezeichnen, da der geplante Teilabbau der Gebührenrücklage nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden musste. Wegen ihrer guten Verfügbarkeit haben unsere Anlagen sicher und wirtschaftlich gearbeitet. Sie haben damit wiederum ihre Funktion erfüllt. Eine Entsorgung durch fremde Anlagen, außer den üblicherweise in Anspruch genommenen Anlagen, brauchte nicht zugekauft zu werden.

Der Entsorgungsbereich erzielte ein gutes Ergebnis in Höhe von + 514 T€. Durch die Gebührensenkung ist das Ergebnis jedoch deutlich niedriger im Vergleich zum Vorjahr ausgefallen. Die Sparte Stoffstrommanagement erreichte mit -134 T€ ein weit besseres Ergebnis als erwartet. Zurückzuführen ist dies auf die Papiererlöse, die in 2014 stabil auf einem mittleren Niveau lagen. Erst zum Ende des Jahres kam es zu einem Rückgang der Preise, der sich aber auf das Ergebnis nicht mehr auswirkte. Hier bestätigt sich unsere gute Marktposition mit der Wertstoff-Allianz und der gemeinsamen Vermarktung des Altpapiers. Ein positiver Sparten-Saldo ist ein gutes Ergebnis, weil in der Sparte Stoffstrommanagement alle Verwertungssysteme angesiedelt sind, die ohne Gebühren bzw. ohne kostendeckende Gebühren erfolgen. Eine Prognose der Preisentwicklung mit konjunkturabhängiger, volatiler Erlösentwicklung ist aber über einen längeren Zeitraum nicht möglich.

Im Falle des Altpapiers wird deutlich, dass Abfallwirtschaft bereits Rohstoffwirtschaft ist. Typisch dafür ist, dass die Preise zyklisch und volatil sind. Der Gebührenbedarf für unsere zukunftsweisenden Systeme ist vom Papierpreis abhängig, da wir eine Altpapier-Rücklage als Puffer nicht mehr vorhalten.



Die **Klärschlammsparte** hat im Geschäftsjahr ein Ergebnis von - 59 T€ erwirtschaftet, das der Rücklage dieser Sparte entnommen wird. Das Ergebnis kommt maßgeblich durch niedrigere Gebühreneinnahmen und höhere Transportaufwendungen zustande.

Die **Kompostsparte** erzielte ein Ergebnis von rd. - 785 T€. Durch die Gebührenreduzierungen im Kompostbereich ab dem 01.01.14 gab es hohe Mengenzuwächse bei den Grünabfällen, die dementsprechend höhere Aufwendungen insbesondere bei den Transporten verursachten.

Im Bereich der Kompostierung sind wir bereits seit Ende 2007 nach der Integration der Vergärungsstufe auf einem hohen Leistungsniveau. Wir waren bundesweit mit die Ersten, die die Vergärungstechnik in großtechnischem Maßstab in einen bestehenden Kompostierungsprozess integriert haben und erreichen dadurch zusätzlichen Nutzen durch die Erzeugung von Energie. Dies ist zukunftsweisende Ressourcenwirtschaft. Mit der Umsetzung der flexiblen Energieerzeugung durch den Bau des zweiten BHKWs, des Gasspeichers und dem Einstieg in die Direktvermarktung haben wir in 2014 den nächsten Schritt gemacht. Nach der Inbetriebnahme im Herbst 2014 sehen wir die positiven Ergebnisse. Finanziell werden die Auswirkungen der Ergänzungsmaßnahmen jedoch erst in 2015 positiv zum Tragen kommen.

Das Unternehmen hatte bereits frühzeitig Risikovorsorge getroffen. Zukünftige bilanzielle Risiken wurden umfänglich berücksichtigt.

Folgende Risiken sind bei zukünftigen Planungen zu betrachten:

An den Altdeponien Rockenberg Bisses, Blofeld, Limeshain und Glauburg erfolgt ein regelmäßiges Grundwassermonitoring. Aus den Analyseergebnissen ist derzeit an keiner Altdeponie weiterer Sanierungsbedarf absehbar, jedoch nicht auszuschließen solange die Standorte nicht aus der Nachsorge entlassen sind.

Im Entsorgungsbereich, bei Altpapier, bei Holz und bei Grünabfall gibt es eine starke Tendenz der privaten Wirtschaft auf Politik und Gesetzgebung einzuwirken, die kommunalen Unternehmen aus den hoheitlichen Aufgaben heraus zu drängen. Wir beobachten dies mit erheblicher Sorge und begegnen diesem durch ständige Verbesserung unserer Service-Qualität, Technik und Wirtschaftlichkeit, aber auch durch aktive Arbeit in unseren Verbandsghremien.

Das neue KrWG, das die Bundesregierung im Frühjahr 2012 verabschiedet hat, war im ersten Entwurf eine große Gefahr: Nach Verbesserungen durch den Bundesrat werden gewerbliche Sammlungen die kommunalen Kerngeschäfte nicht im befürchteten Umfang schwächen. Den AWB tangieren sie bisher nur bei Abfallarten, in denen er ohnehin nicht wesentlich tätig war.



Während spezifischen betrieblichen Risiken mit notwendiger Erfahrung, Qualifikation, Gefährdungsabschätzungen und insbesondere entsprechenden Versicherungen begegnet wird, wirken diese rechtlichen bzw. politischen Risiken auf einzelne Geschäftsfelder des AWB und der Beteiligungsgesellschaften unmittelbar ein.

Die Betriebsleitung beobachtet die o.g. Bereiche, vor allem in Verbandsgremien auf Landes- und Bundesebene, sehr genau. Darüber hinaus werden durch enge Zusammenarbeit mit hochkarätigen Fachleuten, insbesondere von der TH Aachen, und Erfahrungsaustausch innerhalb der Branche die Entwicklungen zeitnah verfolgt.

Dauerhaft vorteilhaft ist bisher die strategische Ausrichtung der Abfallwirtschaft Wetterau auf die landwirtschaftliche Verwertung: Kompostierung und Klärschlamm-Verwertung nutzen das große Flächenpotenzial der Wetterau. Bei der Klärschlamm-Ausbringung ist jedoch die derzeitige politische Diskussion im Auge zu behalten und über die Verbände zu agieren, da diese Diskussion auf ein Verbot der landwirtschaftlichen Verwertung mittelfristig hinauslaufen könnte.

Ebenfalls zu beobachten bleibt der geplante Zubau von Vergärungsanlagen in der Region, sowie von Material, das von außerhalb der Wetterau auf unsere Flächen drängt. Die bisherige Analyse zeigt, dass entsprechende Flächenpotenziale dauerhaft zur Verfügung stehen. Die derzeit in der Diskussion befindlichen Änderungen in der Düngegesetzgebung werden sich aber auf die Ausbringungszeiträume auswirken. Durch den Bau des zusätzlichen Flüssigdüngerspeichers im Rahmen der Optimierung der Anlage Ilbenstadt für die flexible Einspeisung wurde aber eine ausreichende Lagerkapazität geschaffen.

Im Hinblick auf die Folgejahre wird der AWB seine strategische Position weiter ausbauen: Die Recyclinghöfe werden durch attraktive Serviceangebote und Gebühren weiter gestärkt. Vor allem vor dem Hintergrund eines Wertstoff-Gesetzes sehen wir diese Höfe als strategische Position im Falle des Ausscheidens der Dualen Systeme.

Ein Wertstoffgesetz, vom Gesetzgeber immer wieder angekündigt, wird uns dann Risiken bringen, wenn die Zuständigkeit in privatwirtschaftlicher Verantwortung bleibt. Wiegesysteme begünstigen zudem einen Mengenabfluss in eine angeblich kostenfreie Wertstofftonne. Der Entwurf eines Wertstoffgesetzes steht aber nach wie vor aus.

Durch die neue Gebührengestaltung haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr eine stärkere abfallwirtschaftliche Lenkung erreichen können:

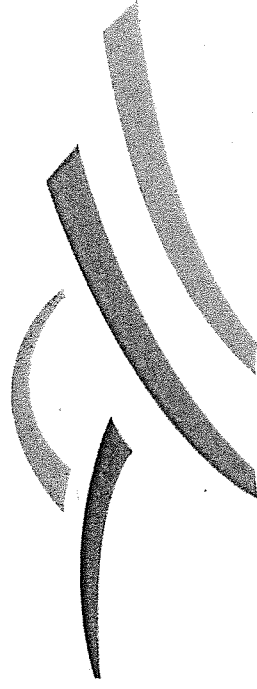
Mit Beginn des Geschäftsjahres wurden die Gebühren für Bio- und Grünabfälle deutlich reduziert, um noch bessere Trennwirkungen im Restmüll zu erzielen. Damit stärken wir nicht nur unsere zukunftsweisende Anlage in Ilbenstadt, sondern forcieren ebenfalls die strategische Grundidee der Wetterauer Abfallwirtschaft mit ihren Schwerpunkten Nachhaltigkeit, regionale Wertschöpfung und hohe Wirtschaftlichkeit.



Dr. Jürgen Roth
Betriebsleiter

Friedberg, 31.03.2015

WIRTSCHAFTSPLAN 2016



Wetterau

Abfallwirtschaft

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
I. Abkürzungsverzeichnis	2
II. Feststellung des Wirtschaftsplanes 2016	3 - 4
III. Erläuterungen zum Wirtschaftsplan	5
IV. Übersicht zum Erfolgsplan	6
V. Erfolgsplan des Betriebszweiges Entsorgungsanlagen Erläuterungen zum Erfolgsplan des Betriebszweiges Entsorgungsanlagen	7- 10 11- 18
VI. Erfolgsplan des Betriebszweiges Stoffstrommanagement Erläuterungen zum Erfolgsplan des Betriebszweiges Stoffstrommanagement	19 - 21 22 - 27
VII. Erfolgsplan des Betriebszweiges Kläranlagenprodukte Erläuterungen zum Erfolgsplan des Betriebszweiges Kläranlagenprodukte	28 - 29 30 - 32
VIII. Erfolgsplan des Betriebszweiges Kompostierungsanlagen Erläuterungen zum Erfolgsplan des Betriebszweiges Kompostierungsanlagen	33 - 35 36 - 40
IX. Vermögensplan der Betriebszweige Entsorgungsanlagen/Stoffstrommanagement Erläuterungen zum Vermögensplan der Betriebszweige Entsorgungsanlagen/Stoffstrommanagement	41 42
X. Finanzplanung 2015 - 2019	43
XI. Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Wetteraukreis auswirken	44
XII. Stellenübersicht Personalausgaben	45 46
XIII. Schlussbemerkungen	47

Abkürzungsverzeichnis

AH A III	-	Altholz Kategorie A I – III
AH A IV	-	Altholz Kategorie A IV
AWB	-	Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises
DSD	-	Duales System Deutschland GmbH
EZW	-	Entsorgungszentrum Wetterau
KMF	-	Künstliche Mineralfasern
KTP	-	Kohlenteerhaltige Produkte
MBA	-	Mechanische Behandlungsanlage
MVA	-	Müllverbrennungsanlage
ORD	-	Oberhessische Recycling Dienste GmbH
RH	-	Recyclinghöfe
SGA	-	Sammlung gefährlicher Abfälle
SpM	-	Sperrmüll
WEAG	-	Wetterauer Entsorgungsanlagen GmbH

Wirtschaftsplan
des Abfallwirtschaftsbetriebes
des Wetteraukreises
für das
Wirtschaftsjahr 2016

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Kalenderjahr 2016 wird

im Erfolgsplan

in den Erträgen auf
in den Aufwendungen auf

13.083.891 €
13.026.200 €

im Vermögensplan

in den Einnahmen auf
in den Ausgaben auf

324.000 €
324.000 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite im Vermögensplan zur Finanzierung von Maßnahmen wird auf 0,- € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0,- € festgesetzt.

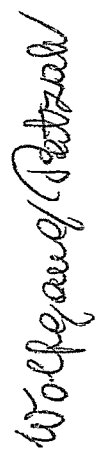
§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000.000,- € festgesetzt.

§ 5

Es gilt die vom Kreistag mit dem Wirtschaftsplan am 09. Dezember 2015 beschlossene Stellenübersicht.

Friedberg, 9. Dezember 2015
**WETTERAUKREIS FRIEDBERG/H.
DER KREISAUSSCHUSS**



Wolfgang Patzak
Dezernent für Abfallwirtschaft

Allgemeines

Unter Beachtung der Bestimmungen des § 5 der Hessischen Landkreisordnung i. d. F. vom 01.04.2005 -HKO- (GVBl. I S.218), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2010 (GVBl. I S. 119) i. V. m. den §§ 1 und 5 des Eigenbetriebesgesetzes i. d. F. vom 09.06.1989 -EigBGes.- (GVBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. März 2011 (GVBl. I S. 153) hat der Kreistag des Wetteraukreises unter dem 15.12.1992, 09.09.1993 und dem 22.06.2011 die Betriebsatzung des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises beschlossen, die durch die Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen des Wetteraukreises vom 21.07.2011 Rechtskraft erlangt hat.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb wickelt aufgrund oben genannter Beschlüsse seit 01.01.1994 seine abfallwirtschaftlichen Aufgaben und das Vermögen über einen eigenen Wirtschaftsplan - Sonderhaushalt - entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Eigenbetriebesgesetzes ab.

Für das Wirtschaftsjahr 2014 sind der Jahresabschluss und der Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses erstellt.

Gemäß § 15 Abs. 1 des Eigenbetriebesgesetzes (EigBGes) besteht der Wirtschaftsplan aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Daneben ist dem Wirtschaftsplan ein Finanzplan, der die Ausgaben- und Einnahmentwicklung im Investitionsbereich für die nächsten fünf Jahre enthält, als Anlage beizufügen (§ 19 EigBGes).

Der vorliegende Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2016 berücksichtigt die voraussichtlichen geschäftlichen Entwicklungen.

Zur besseren Transparenz der Kosten und Erlöse in den verschiedenen Entsorgungsbereichen wurde die Einteilung in die Betriebszweige

- Entsorgungsanlagen
- Stoffstrommanagement
- Kläranlagenprodukte
- Kompostierungsanlagen

gewählt.

Um dem Betrachter einen Einblick in die Kostenentwicklung der einzelnen Kostenarten des Wirtschaftsplanes 2016 gegenüber den Kostenarten des Wirtschaftsplanes 2015 zu geben, werden entsprechende Erläuterungen, soweit erforderlich, im Anschluss an die jeweilige kostenmäßige Darstellung des Betriebszweiges gemacht.

Erfolgsplan

**Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016**

	Erfolgsplan Betriebszweige				
	Gesamterfolgsplan EUR	Entsorgungs- anlagen- EUR	Stoffstrom- management EUR	Kläranlagen- produkte EUR	Kompostie- rungsanlagen EUR
I. ERTRÄGE					
1. Umsatzerlöse	9.657.500,00	4.720.000,00	1.828.000,00	1.324.000,00	1.785.500,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.074.350,00	679.000,00	1.383.350,00	0,00	12.000,00
Summe Erträge	11.731.850,00	5.399.000,00	3.211.350,00	1.324.000,00	1.797.500,00
II. AUFWENDUNGEN					
3. Materialaufwand					
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.752.000,00	4.313.000,00	1.894.000,00	1.254.000,00	2.291.000,00
Summe Materialaufwand	9.752.000,00	4.313.000,00	1.894.000,00	1.254.000,00	2.291.000,00
4. Personalaufwand					
a) Löhne und Gehälter	768.000,00	192.000,00	430.000,00	38.000,00	108.000,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	279.000,00	70.000,00	156.000,00	14.000,00	39.000,00
Summe Personalaufwand	1.047.000,00	262.000,00	586.000,00	52.000,00	147.000,00
5. Abschreibungen	54.000,00	31.000,00	23.000,00	0,00	0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.101.000,00	629.000,00	1.301.000,00	90.000,00	81.000,00
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.000,00	6.000,00	0,00	0,00	0,00
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	62.000,00	0,00	62.000,00	0,00	0,00
Summe Aufwendungen	13.022.000,00	5.241.000,00	3.866.000,00	1.396.000,00	2.519.000,00
Summe Erträge abzüglich Aufwendungen	-1.290.150,00	158.000,00	-654.650,00	-72.000,00	-721.500,00
9. Interner Spartenausgleich	0,00	-654.650,00	654.650,00	0,00	0,00
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.290.150,00	-496.650,00	0,00	-72.000,00	-721.500,00
11. Sonstige Steuern	4.200,00	200,00	0,00	0,00	4.000,00
12. Jahresgewinn/Überschuss Jahresverlust	0,00 -1.294.350,00	0,00 -496.850,00	-	0,00	0,00
13. (+) Entnahme a.d.Gebührenaussgleichsrücklage (-) Zuführung zu der Gebührenaussgleichsrücklage	1.352.041,00 0,00	554.541,00 0,00	-	72.000,00	725.500,00
14. 4%-Eigenkapitalverzinsung	57.691,00	57.691,00	-	0,00	0,00
Jahresergebnis	57.691,00	57.691,00	-	0,00	0,00

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016
des
Betriebszweiges Entsorgungsanlagen

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
I. ERTRÄGE				
1. Umsatzerlöse				
4910 1	Gebühr für Hausmüll	4.032.000,00	3.923.000,00	3.987.509,73
4911 1	Gebühr für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	139.000,00	158.000,00	139.441,00
4915 1	Gebühr für kommunalen Sperrmüll	235.000,00	227.000,00	231.556,41
4915 1	Gebühr für Sperrmüll von Recyclinghöfen	292.000,00	345.000,00	265.819,95
4919 1	Gebühr für asbesthaltige Abfälle, KMF und KTP	22.000,00	30.000,00	22.120,33
	Summe Umsatzerlöse	4.720.000,00	4.683.000,00	4.646.447,42
2. Sonstige betriebliche Erträge				
5300 1	Erträge aus Beteiligungen			
5310 1	Mieten und Pachten	2.000,00	3.000,00	2.029,46
5314 1	Interne Verrechnung von allgemeinen Verwaltungskosten	24.000,00	24.000,00	23.957,99
5316 1	Verwaltungsgebühren	258.000,00	232.000,00	258.761,26
5317 1	Erträge aus Anzeigen in Broschüren	1.000,00	1.000,00	0,00
5318 1	Erträge aus Geschäftsbesorgung für Schulen	0,00	0,00	0,00
5319 1	Zuschuss Land für Altlastensanierung	13.000,00	13.000,00	12.864,00
5322 1	Erstattung von Personal- und Sachkosten WEAG	41.000,00	41.000,00	40.509,40
5323 1	Ertr. a. d. Aufl. v. Rückstellungen i. d. Entsorgung, z.B. Altlastensanierung	164.000,00	150.000,00	160.726,80
5325 0	Sonstige Erlöse	117.000,00	40.000,00	0,00
5331 1	Zinserträge	0,00	0,00	2.594,16
	Summe sonstige betriebliche Erträge	679.000,00	79.000,00	75.541,19
	Summe Erträge	5.399.000,00	5.266.000,00	5.223.431,68

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016
des
Betriebszweiges Entsorgungsanlagen

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	II. AUFWENDUNGEN			
	3. Materialaufwendungen			
	<i>a) Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>			
5409 1	Kosten der Verwertung incl. Transport insgesamt	2.000.000,00	1.944.000,00	1.746.744,45
5410 1	Entsorgung asbesthaltige Abfälle, KMIF und KTP	19.000,00	27.000,00	18.563,78
5412 1	Transportkosten Hausmüll	206.000,00	218.000,00	202.408,04
5427 1	Transportkosten Sperrmüll	26.000,00	30.000,00	25.740,16
5420 1	Betriebung MBA sowie Umladung von Sperrmüll	1.370.000,00	1.337.000,00	1.316.303,17
5418 1	Unterhaltung der Grundstücke und der baulichen Anlagen	1.000,00	1.000,00	255,65
5424 1	Kosten der Verw. v. hausmüllähn. GewAbfällen, Sperrmüll u. SpM-RH	472.000,00	490.000,00	433.658,42
5427 1	Transportkosten Sperrmüll von Recyclinghöfen inkl. Transp. AH AIII	219.000,00	218.000,00	184.975,14
	Summe der Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.313.000,00	4.265.000,00	3.928.648,81
	Summe Materialaufwand	4.313.000,00	4.265.000,00	3.928.648,81
	4. Personalaufwand			
5510 1	Gehälter der Angestellten und Beamten	192.000,00	190.000,00	153.161,76
5610 1	Soziale Abgaben und Aufwendungen	70.000,00	63.000,00	61.346,48
	Summe Personalaufwand	262.000,00	253.000,00	214.508,24

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016
des
Betriebszweiges Entsorgungsanlagen

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	5. Abschreibungen			
5700 1	Abschreibungen auf Sachanlagen	31.000,00	11.000,00	12.157,01
	Summe Abschreibungen	31.000,00	11.000,00	12.157,01
	6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
5330 0	Erhaltene Skonti	0,00	0,00	-653,45
5910 1	Mieten und Pachten	82.000,00	81.000,00	81.594,84
5911 1	Mieten aus Leasingverträgen	8.000,00	8.000,00	8.426,22
5912 1	Hausnebenkosten (Verwaltung)	16.000,00	13.000,00	15.125,79
5913 1	Reinigungskosten (Verwaltung)	9.000,00	9.000,00	9.168,43
5914 1	Gebühren und Beiträge	12.000,00	10.000,00	12.395,01
5917 1	Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung	81.000,00	54.000,00	48.810,59
5920 1	Altlastenfinanzierungsumlage	44.000,00	44.000,00	43.568,00
5922 1	Fortbildungskosten	7.000,00	8.000,00	6.732,87
5923 1	Versicherungen	3.000,00	2.000,00	3.380,90
5924 1	Büromaterialien	7.000,00	10.000,00	6.755,02
5926 1	Gesetze, Fachliteratur	4.000,00	3.000,00	3.786,36
5927 1	Post- und Fernmeldegebühren, Telefax	8.000,00	7.000,00	7.723,07
5928 1	Dienstreisen	10.000,00	8.000,00	9.563,88
5929 1	Gutachter- und Beratungskosten	85.000,00	30.000,00	20.651,97
5946 1	Prüfungskosten	15.000,00	17.000,00	16.210,17
5930 1	Wartungskosten für Bürogeräte	32.000,00	30.000,00	32.288,09
5931 1	Repräsentations- und Bewirtungskosten	8.000,00	5.000,00	8.396,02
5932 1	Betriebskommission	3.000,00	5.000,00	2.720,30
5933 1	Personalkostenerstattung an Kreis	12.000,00	12.000,00	11.701,40
5937 1	Nachsorge kreiseigener Deponien	158.000,00	80.000,00	42.081,37
5939 1	Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	25.000,00	24.000,00	59.164,67
5940 1	Kosten aus Schadensfällen	0,00	0,00	1.298,64
6700 1	Aufwendungen aus Anlageabgängen	0,00	0,00	3.731,56
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	629.000,00	460.000,00	454.621,72

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016
des
Betriebszweiges Entsorgungsanlagen

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
6510 1	Darlehenszinsen	6.000,00	7.000,00	7.648,18
6530 1	Zinsen BILMOG	0,00	0,00	91.057,00
	Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.000,00	7.000,00	98.705,18
	Summe Aufwendungen	5.241.000,00	4.996.000,00	4.708.640,96
	Summe Erträge abzüglich Aufwendungen	158.000,00	270.000,00	514.790,72
	8. Interner Spartenausgleich	-654.650,00	-829.650,00	-134.295,47
	9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-496.650,00	-559.650,00	380.495,25
	10. Sonstige Steuern			
6811 1	Grundsteuern	200,00	200,00	178,80
	Summe sonstige Steuern	200,00	200,00	178,80
7210 1	11. Jahresgewinn (+)	0,00	0,00	380.316,45
	Jahresverlust (-)	-496.850,00	-559.850,00	0,00
	12. Entnahme (+) Rücklage für Gebührenaussgleich	-554.541,00	-615.237,00	326.983,45
	Zuführung (-) Rücklage für Gebührenaussgleich	0,00	0,00	0,00
	Jahresergebnis	57.691,00	55.387,00	53.333,00

Erläuterungen zu den Erträgen im Erfolgsplan des Betriebszweiges Entsorgungsanlagen

Allgemeines

Nach Ablauf der bilateralen Verträge mit dem ZAV - Zweckverband Abfallwirtschaft Vogelsbergkreis und dem Wetteraukreis zum Jahresende 2010 ist die Auslastung der MBA um rd. ein Drittel gesunken. Die Eigengesellschaft WEAG hat daher die biologische Stufe mit der Abluftreinigung aus dem Betrieb genommen.

Die Anlage wird als mechanische Aufbereitungsanlage für die Abfallmengen des Wetteraukreises weiter betrieben.

Für die Planung des Wirtschaftsjahres 2016 wird die MBA den gesamten Restmüll des Wetteraukreises mechanisch vorbehandeln und die erzeugten Materialfraktionen einer Verwertung zuführen. Der Betrieb der MBA erfolgt durch die WEAG - Wetterauer Entsorgungsanlagen GmbH - deren Geschäftsanteile vollständig in Händen des Wetteraukreises liegen.

Entsprechende Verträge über abfallwirtschaftliche Maßnahmen am Entsorgungszentrum Wetterau in Echzell/Grund-Schwalheim zwischen dem AWB und der WEAG hat der Kreistag in seiner Sitzung am 16.03.1999 beschlossen.

Folgende Gebühren werden seit dem 01.01.2014 erhoben:

Gebühr für Hausmüll	168,00 €/t
Gebühr für Sperrmüll	168,00 €/t
Sperrmüll von AWB-Recyclinghöfen	120,00 €/t
Sperrmüll von kommunalen Recyclinghöfen	10,00 €/t
Selbstangelieferte Abfälle	158,00 €/t
Selbstangelieferte KMF und KTP	200,00 €/t
Selbstangeliefertes Asbest und asbesthaltiger Abfall	189,00 €/t

Der besseren Transparenz halber werden die Gebührenarten einzeln dargestellt.

4910 1 Gebühr für Hausmüll

Im Wirtschaftsjahr 2016 wird mit einem Restmüllaufkommen von rd. 24.000 t aus Haushalten gerechnet.

4911 1 Gebühr für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle

Unter Zugrundelegung der Gebühr von 158,- €/t und einer voraussichtlichen Menge von rd. 900 t wurde der Ansatz gebildet. Mit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes im Oktober 1996 sind jährlich rd. 15.000 t Gewerbeabfall von der Andienung an den Abfallwirtschaftsbetrieb in den freien Entsorgungsmarkt migriert. Diese Mengen sind für den Abfallwirtschaftsbetrieb zur Auslastung zu Satzungsbedingungen nicht mehr erreichbar. Im Gewerbeabfall akquiriert WEAG einzelne Mengen, die fehlenden logistischen Kapazitäten behindern jedoch größere Potentiale.

4915 1 Gebühr für kommunalen Sperrmüll

Im Wirtschaftsjahr 2016 erwarten wir rd. 1.400 t, die uns von den Gemeinden des Wetteraukreises angedient werden.

4915 1 Gebühr für Sperrmüll von Recyclinghöfen

Seit dem 01.01.2014 wird für den Sperrmüll aus Anlieferungen von kommunalen Recyclinghöfen eine reduzierte separate Gebühr in Höhe von 120,- €/t erhoben. Diese liegt erheblich unter der Gebühr für die kommunale Sperrmüllanlieferung aus der haushaltsnahen Sammlung. Damit werden dem Bürger weitere Anreize geboten, die Recyclinghöfe des Wetteraukreises stärker zu nutzen. Hier ist eine Menge von 1.600 t für AWB-Recyclinghöfe mit €/t 120, für kommunale Recyclinghöfe eine Menge von 2.600 t mit €/t 10 eingeplant.

4919 1 Gebühr für asbesthaltige Abfälle, KMF und KTP

Mit einer Menge von rd. 115 t asbesthaltigen Abfällen und KMF/KTP wird in 2016 gerechnet.

5310 1 Mieten und Pachten

Neben den Pachteinnahmen aus der Verpachtung von Gelände in Wölfersheim und Nieder-Weisel, bildet die Verpachtung (Erbaupacht) des Geländes an die WEAG für den Betrieb des Entsorgungszentrums die Ertragsposition.

5314 1 Interne Verrechnung und Erstattung von allgemeinen Verwaltungskosten

Die Entsorgungszweige Kläranlagenprodukte, Kompostierungsanlagen sowie Stoffstrommanagement sind mit allgemeinen Verwaltungskosten zu belasten, weil dort eine Einzelveranschlagung allgemeiner Aufwendungen (z. B. Mietkosten, Hausneben- u. Reinigungskosten, Post- und Fernmeldegebühren, Prüfungskosten etc.) nicht zweckmäßig ist. Die Kosten werden nach einem Verteilungsschlüssel verursachungsgemäß umgelegt.

5318 1 Erträge aus Geschäftsbesorgung für Schulen

Im September 2008 hat der AWB die Organisation und Rechnungsprüfung der Abfallentsorgung der kreiseigenen Grundstücke und Gebäude vom Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft übernommen und erhält dafür eine monatliche Vergütung.

5322 1 Erstattung von Personal- und Sachkosten WEAG

Für die Inanspruchnahme von Personal des AWB für Tätigkeiten der WEAG zahlt diese aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrages einen aufwandbezogenen Ausgleich.

5319 1 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in der Entsorgung

5323 1 Im Aufwandsbereich sind die voraussichtlichen Aufwendungen für die „Sanierung kreiseigener Deponien“ im Wirtschaftsjahr 2016
5937 1 enthalten. Deren Finanzierung erfolgt durch den Zuschuss des Landes Hessen für Altlastensanierung sowie aus der Auflösung „Rückstellung Entsorgung“.

5331 0 Zinserträge

Die Zinserträge beinhalten im Wesentlichen die Zinsen, die WEAG für zwei vom AWB gewährte Darlehen zahlt. Außerdem sind hier Zinsgutschriften des Wetteraukreises enthalten für kurzfristige Ausleihungen.

5409 1 **Kosten der Verwertung inkl. Transportkosten**

Für das Jahr 2016 ist geplant, ca. 25.000 t mittelkalorisches Material einer Verwertung zuzuführen. Der Ansatz basiert auf der Verwertungsmenge und den voraussichtlichen Kosten.

5410 1 **Entsorgung asbesthaltige Abfälle, KMF und KTP**

Der Ansatz entspricht den voraussichtlichen Aufwendungen.

5412 1 **Transport des Hausmülls von der Gemarkungsgrenze bis zur Anlage in Grund-Schwalheim**

Die Transportkosten der Kommunen werden auf Grundlage der Hausmüllmengen des Vorjahres ermittelt. Ebenso wurde hier das Ergebnis der AGAW-Ausschreibung von inzwischen 19 Kommunen des Wetteraukreises über die Einsammlung und den Transport berücksichtigt.

5427 1 **Transport des Sperrmülls von der Gemarkungsgrenze bis zur Anlage in Grund-Schwalheim und Transport des Sperrmülls von Recyclinghöfen.**

Die Transportkosten werden auf Grundlage der Sperrmüllmengen des Vorjahres, die von den einzelnen Kommunen eingesammelt werden oder von den Recyclinghöfen abgefahren werden, ermittelt. Ebenso wurde hier das Ergebnis der gemeinsamen Ausschreibung von inzwischen 19 Kommunen des Wetteraukreises über die Einsammlung und den Transport berücksichtigt.

Durch die kostenfreie Annahme von AH AIII haben sich die Anliefermengen stark erhöht.

5420 1 Betreuung MBA mit Umschlag/Umladung von Sperrmüll

Dem Ansatz liegt die voraussichtliche Inputmenge von ca. 25.000 t Haus- und Gewerbeabfällen sowie für rd. 5.600 t Sperrmüll zugrunde.

5418 1 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Ansatz ist gebildet für gelegentliche Pflegemaßnahmen.

5424 1 Kosten der Verwertung von hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Sperrmüll

Hier sind die Verwertungskosten für ca. 6.500 t Sperrmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle eingeplant.

5700 1 Abschreibungen Sachanlagen

Die Abschreibungen wurden auf der Grundlage des Anlagennachweises für 2016 fortgeschrieben zuzüglich notwendiger Investitionen im IT-Bereich für Hard- und Software sowie eine neue Telefonanlage.

5910 1 Mieten und Pachten

Die Mietzahlungen für das Bürogebäude des AWB und Räumlichkeiten am EZW sind hier eingeplant.

5911 1 Mieten aus Leasingverträgen

Für verschiedene Anlagen (Kopierer, Cost Router usw.) wurden Leasingverträge abgeschlossen.

5912 1 Hausnebenkosten (Verwaltung)

Der Ansatz beinhaltet die voraussichtlichen Aufwendungen für Gas-, Wasser-, Strombezug, Müllabfuhr u. a.

5913 1 Reinigungskosten (Verwaltung)

Die voraussichtlichen Kosten für den Reinigungsdienst sind im Ansatz enthalten.

5917 1 Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung

Der Ansatz beinhaltet die Aufwendungen für Broschüren, Flyer, Anzeigen etc. sowie diverse Veröffentlichungen. Die Kosten sind hier höher als in den Vorjahren angesetzt mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität der einzelnen Stoffströme.

5920 1 Altlastenfinanzierungsumlage

Die Altlastenfinanzierungsumlage wird vom Land Hessen erhoben. Sie bemisst sich an der Anzahl der Einwohner.

5922 1 Fortbildungskosten

Der Ansatz beruht auf voraussichtlichem Bedarf für Fortbildung und Schulungsmaßnahmen der Mitarbeiter/Innen des AWB.

5923 1 Versicherungen

Im Ansatz enthalten ist die Feuer-, Einbruch-, Diebstahl- und Sturmversicherung, die Haftpflicht- und Eigenschadenversicherung. Der AWB ist u. a. in der Haftpflicht- und Eigenschadenversicherung des Kreises mitversichert. Die Beiträge werden dem AWB vom Kreis anteilmäßig in Rechnung gestellt.

5924 1 Büromaterialien

Der Ansatz entspricht den voraussichtlichen Aufwendungen.

5926 1 Gesetze, Fachliteratur

Zur Fortführung der Gesetzeswerke, Ergänzungen von Sammlungen, Beschaffung von Fachliteratur und Fachzeitschriften werden Aufwendungen im geplanten Umfang notwendig.

5927 1 Post- und Fernmeldegebühren, Telefax

Für den laufenden Dienstbetrieb werden Aufwendungen voraussichtlich in Ansatzhöhe anfallen.

5928 1 Dienstreisen

Der Planansatz beinhaltet die voraussichtlichen Aufwendungen für 2016.

5929 1 Gutachter- und Beratungskosten

Im Ansatz enthalten sind geplante Kosten, die im Rahmen abfallwirtschaftlicher Maßnahmen (z. B. ingenieurtechnische Untersuchungen, Abfallanalysen) entstehen sowie die Kosten, die im Zusammenhang mit der gemeinsamen Ausschreibung der AGAW anfallen.

5946 1 Prüfungskosten

Die voraussichtlichen Aufwendungen für die Wirtschaftsprüfung werden hier dargestellt.

5930 1 Wartungskosten für Bürogeräte

Der Planansatz enthält die Wartungskosten für das im AWVB installierte Datenverarbeitungsprogramm, Gebühre abrechnungsprogramm sowie die Wartungskosten für das Netzwerk inkl. Software.

5931 1 Repräsentations- und Bewirtungskosten

Der Planansatz beinhaltet die voraussichtlichen Aufwendungen für 2016.

5933 1 Personalkostenerstattung an den Kreis

Die Personalverwaltung für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird weiterhin vom Kreis wahrgenommen. Die dafür entstehenden Kosten sind im Ansatz enthalten. Durch die Inanspruchnahme des Rechtsamtes werden Aufwendungen nach einer Vorscheurechnung des Kreises in Ansatzhöhe anfallen.

5937 1 Nachsorge kreiseigener Deponien

In dieser Position sind die laufenden Betriebskosten für Bisses und Blofeld sowie Untersuchungen der Wasserpfade in Rommelhausen und Glauburg-Stockheim. Ebenso sind hier die Aufwendungen für vertiefende Untersuchungen auf der Altdeponie Rockenberg enthalten. Für die Standorte der Altdeponien Bisses und Blofeld müssen Ersatzaufforstungen vorgenommen werden.

5939 1 Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen

In den Ansatz wurden Aufwendungen aufgenommen, die einer sonstigen Kostenstelle nicht zuzuordnen sind, wie z. B. Kosten für Veröffentlichungen, Kontoführungsgebühren, Überweisungsgebühren, Vorstellungskosten.

Jahresergebnis

Nach unseren Planungen für das folgende Geschäftsjahr erwarten wir durch leicht fallende Wertstofflöse eine Unterdeckung im Gesamt-Betriebszweig in Höhe von 496.850 € nach Konsolidierung der Sparte Stoffstrom-Management. Hier muss noch eine 4%-ige Eigenkapitalverzinsung berücksichtigt werden, so dass insgesamt 554.541 € aus der Gebührenaussgleichsrücklage des Entsorgungsbereiches entnommen werden müssen.

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016

des
Betriebszweiges Stoffstrommanagement

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	I. ERTRÄGE			
	1. Umsatzerlöse			
4913 4	Gebühr für SGA aus Kleingewerbe	10.000,00	8.000,00	40.962,54
4914 4	Erlöse aus der Vermarktung des Altpapiers	1.505.000,00	1.317.000,00	1.755.318,37
4910 4	Erlöse aus der Vermarktung von Metallschrott	160.000,00	163.000,00	158.085,48
4910 4	Erlöse aus der Rückgabe von Altbatterien	2.000,00	2.000,00	2.087,02
4910 4	Erlöse aus der Verwertung von Elektrogeräten	12.000,00	17.000,00	16.465,08
4910 4	Erlöse aus der Verwertung von Flachglas	3.000,00	3.000,00	1.630,12
	Erlöse aus der Verwertung von Kunststoffen	15.000,00	8.000,00	0,00
	Gebührenerlöse aus Recyclinghöfen:			
4901 4	Gebühr für Bauschutt	108.000,00	103.000,00	98.177,90
4902 4	Gebühr für Altreifen	13.000,00	12.000,00	12.912,50
	Summe Umsatzerlöse	1.828.000,00	1.633.000,00	2.085.639,01
	2. Sonstige betriebliche Erträge			
4914 4	gewerbliche Altpapierakquisition - versch. duale Systeme	280.000,00	223.000,00	347.289,15
5313 4	Erstattung DSD für Containerstellplatzkosten der Gemeinden	313.000,00	320.000,00	312.511,86
5314 4	Modellvorhaben Bereitst.lager HlM, Einsatz-, Standortkosten SGA	80.350,00	80.350,00	79.461,08
5315 4	Erstattung Abfallberatungskosten nach Verpackungsverordnung	68.000,00	70.000,00	68.279,96
5315 4	Sonstige Erträge	5.000,00	5.000,00	5.000,00
5316 4	Erstattung Behältermieten von den Gemeinden	543.000,00	522.000,00	527.808,50
5317 4	Erstattung Mitbenutzungsentgelte von Entsorgungsunternehmen	94.000,00	100.000,00	95.606,04
	Summe sonstige betriebliche Erträge	1.383.350,00	1.320.350,00	1.435.956,59
	Summe Erträge	3.211.350,00	2.953.350,00	3.521.595,60

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016
des
Betriebszweiges Stoffstrommanagement

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	II. AUFWENDUNGEN			
	3. Materialaufwand			
	<i>a) Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>			
5413 4	Betrieb der Recyclinghöfe			
5414 4	Ents.gefährlicher Abfälle a.Haush.u.Modellversuch Bereitst.lager HLM	760.000,00	731.000,00	701.270,44
5416 4	Entsorgung gefährlicher Abfälle aus Kleingewerbe	422.000,00	425.000,00	356.923,15
5417 4	Transport und Verwertung von Altpapier	14.000,00	11.000,00	18.083,46
5426 4	Kosten der E-Geräteentsorgung	406.000,00	407.000,00	400.190,47
5428 4	Kunststoffsammlung Recyclinghöfe (2014: Modellversuche)	277.000,00	264.000,00	252.507,54
	Summe der Aufwendungen für bezogene Leistungen	15.000,00	0,00	15.308,12
	Summe Materialaufwand	1.894.000,00	1.838.000,00	1.744.283,18
		1.894.000,00	1.838.000,00	1.744.283,18
	4. Personalaufwand			
5510 4	Gehälter der Angestellten und Beamten			
5610 4	Soziale Abgaben und Aufwendungen	430.000,00	427.000,00	376.708,70
	Summe Personalaufwand	156.000,00	139.000,00	140.259,75
		586.000,00	566.000,00	516.968,45

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016

des
Betriebszweiges Stoffstrommanagement

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	5. Abschreibungen			
5700 4	Abschreibungen auf Sachanlagen	23.000,00	23.000,00	46.742,00
	Summe Abschreibungen	23.000,00	23.000,00	46.742,00
	6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
5417 4	gewerbliche Altpapierakquisition - versch. duale Systeme	106.000,00	122.000,00	123.883,71
5915 4	Erst.v. Kosten an die Kommunen f.d.Gest. von Containerstellplätzen	313.000,00	320.000,00	312.511,92
5917 4	Erstattung Mitbenutzungsentgelte an die Kommunen	47.000,00	50.000,00	47.802,12
5918 4	Behältermieten WEAG	543.000,00	522.000,00	527.808,50
5919 4	Erst.v. Kosten an die Gem.f.d.Abfallberatung n.Verpackungsverordng.	34.000,00	35.000,00	34.140,02
5929 4	Gutachter- und Beratungskosten	45.000,00	60.000,00	22.846,26
5939 4	Allgem.Verwaltungskosten	213.000,00	188.000,00	212.976,69
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	1.301.000,00	1.297.000,00	1.281.969,22
	7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
6530 4	Zinsen BILMOG	0,00	0,00	22.848,00
6540 4	Zinsen Gewerbesteuer u. Körperschaftsteuer Vorjahre	0,00	0,00	0,00
	Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	22.848,00
	8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			
6920 4	Körperschaftsteuer u. Soll DSD	33.000,00	33.000,00	23.257,87
6930 4	Gewerbesteuer DSD	29.000,00	26.000,00	19.822,35
	Summe Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	62.000,00	59.000,00	43.080,22
	Summe Aufwendungen	3.866.000,00	3.783.000,00	3.655.891,07
	Summe Erträge abzüglich Aufwendungen	-654.650,00	-829.650,00	-134.295,47
	Interner Spartenausgleich	654.650,00	829.650,00	134.295,47
	8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zu den Erträgen im Erfolgsplan des Betriebszweiges Stoffstrommanagement

-22-

Allgemeines

Seit dem Wirtschaftsplan 2005 wird der Betriebszweig Entsorgungsanlagen aufgeteilt in die beiden Sparten Entsorgungsanlagen und Stoffstrommanagement. Diese Aufspaltung erhöht die Transparenz und Aussagefähigkeit. Neben den bisherigen Geschäftsfeldern des Kerngeschäfts mit Haus- und Sperrmüll, Kompostierung und Klärschlammverwertung werden im Bereich Stoffstrommanagement alle Fraktionen differenziert ausgewiesen, die im Rahmen einer qualitativ hochwertigen Abfallwirtschaft einer getrennten Einsammlung und Verwertung unterzogen werden. Diesen Fraktionen gemeinsam ist, dass der AWB keine Gebühren bzw. keine kostendeckenden Gebühren nimmt, weil über die Getrennthaltung eine abfallpolitische Lenkung (z.B. gefährliche Abfälle, Elektronikaltgeräte) erzeugt werden soll, bzw. die Erlösentwicklung (z.B. Altpapier) sehr hohen Schwankungen, die nicht beeinflusst werden können, unterliegt.

In jedem Fall resultiert daraus die Verpflichtung, die Entwicklungen sehr genau zu betrachten und wo möglich zu beeinflussen. Die Ergebnisse der beiden Sparten werden zum „Ergebnis aus gewöhnlicher Geschäftstätigkeit“ in der Sparte Entsorgungsanlagen saldiert.

Die Gebühren gemäß 10. Änderung der Gebührensatzung zur Abfallsatzung betragen seit 01.04.2012:

Gebühr für Altpapier	0,00 €/t
Gebühr für Altkraftfahrzeuge mit einem Leergewicht von bis zu 2 Tonnen	0,00 €/Stück
Gebühr für Altkraftfahrzeuge mit einem Leergewicht von über 2 Tonnen	100,00 €/t
Gebühr für gefährliche Abfälle, die nicht aus den priv. Haushaltungen stammen	2,50 €/kg
Gebühr für Bauschutt an den kommunalen Recyclinghöfen	10,00 €/t
Gebühr für Bauschutt an den AWB-Recyclinghöfen	50,00 €/t
Gebühr für Pkw- und Motorradreifen an den kommunalen Recyclinghöfen	1,50 €/Stück
Gebühr für Pkw- und Motorradreifen an den AWB-Recyclinghöfen	3,50 €/Stück
Gebühr für Metall an den Recyclinghöfen	0,00 €/t
Gebühr für Flachglas an den Recyclinghöfen	0,00 €/t

Der besseren Transparenz halber werden die Gebührenarten einzeln dargestellt.

4913 4 Gebühr für SGA aus Haushaltungen und Kleingewerbe

Für Kleinmengen an gefährlichen Abfällen aus Gewerbe, Industrie und dem Dienstleistungsbereich ist eine Gebühr von 2,50 €/kg zu erheben. Die Entsorgungskosten sind nur zum Teil abgedeckt. Eine Anhebung erfolgt nicht, da die gefährlichen Abfälle vermutlich sonst andere Wege gehen. Die SGA in der Stadt Bad Vilbel entfällt ab dem 1.1.2015

4914 4 Erlöse aus der Vermarktung des Altpapiers

Als Folgenutzung wird in der ehemaligen Müllumladestation das Altpapier von WEAG umgeschlagen. Wir erwarten bei einem Aufkommen von insgesamt ca. 22.000 t einen kommunalen Anteil ca. 19.000 t.

Seit Anfang 2007 vermarktet die Eigengesellschaft WEAG das Altpapier in der Wertstoff-Allianz Rhein-Hessen gemeinsam mit den Landeshauptstädten Wiesbaden, Mainz und Saarbrücken, seit Mitte 2008 auch mit Heidelberg, Rüsselsheim, einigen saarländischen Städten sowie dem Rhein-Hunsrück-Kreis. Die Allianz besteht aus 1,3 Millionen Einwohnern mit zusammen rd. 130.000 Jahrestonnen. Nach Ausschreibung in 2012 ist der Auftrag für 4 Jahre an eine mittelständische Handelsgesellschaft vergeben. Nachdem im Jahr 2008 die Altpapierpreise zusammengebrochen waren, konnten seit Anfang 2010 wieder nennenswerte Erlöse erzielt werden. In den Jahren 2011 bis 2014 entwickelten sich die Altpapierpreise konstant. Für 2016 müssen wir leicht fallende Preise einkalkulieren.

4910 4 Erlöse aus der Vermarktung von Metallschrott

Hier sind die Erlöse aus der Vermarktung von Mischmetall berücksichtigt, das an den Recyclinghöfen des Wetteraukreises angenommen wird. Für die Entwicklung der Erlöse für Mischmetall gilt das Gleiche wie für Altpapier.

4910 4 Erlöse aus der Rückgabe von Altbatterien

Für die Altbatterien, die am Sammelmobil SGA angenommen werden erhält der AWB eine Vergütung.

4910 4 Erlöse aus der Verwertung von Elektrogeräten

Die Verwertung von Elektroaltgeräten, brauner Ware und Bürokommunikation wird in geplanter Höhe vergütet.

4901 4 **Gebühr für Bauschutt**

Diese Position beinhaltet die voraussichtlichen Gebühreneinnahmen aus den Recyclinghöfen des Wetteraukreises.

4902 4 **Gebühr für Altreifen**

Diese Position beinhaltet die voraussichtlichen Gebühreneinnahmen aus den Recyclinghöfen des Wetteraukreises.

4914 4 **gewerbliche Altpapierakquisition - verschiedene duale Systeme**

Hier sind ca. 3.000 t Altpapier aus dem DSD-Bereich enthalten, für die die WEAG ebenfalls die Vermarktung übernommen hat. Dies wird hier gesondert dargestellt, da es sich um Umsätze handelt, für die eine Handelsmarge verdient wird. Diese Umsätze gehören steuerlich zum sog. BgA (Betrieb gewerblicher Art) und sind mit Umsatzsteuer behaftet.

5313 4 **Erstattung DSD für Containerstellplatzkosten der Gemeinden**

Laut Vertrag zahlt DSD für die Reinigung der Containerstellplätze 1,19 € zzgl. MwSt. pro Einwohner und Jahr. Die Fakturierung erfolgt netto mit Mehrwertsteuer als durchlaufender Posten. Dem Ansatz liegen die Einwohnerzahlen 2014 (ohne Bad Vilbel) zugrunde.

5314 4 **Modellvorhaben Bereitstellungsvertrag HIM, Einsatz-, Standortkosten SGA**

Auf Grund einer vertraglichen Vereinbarung mit der HIM gibt es die Zusage gegenüber dem AWB, ein Modellvorhaben über ein Bereitstellungsvertrag für die 3 Folgejahre durchzuführen. Dieses Lager wurde im April 2014 in Betrieb genommen.

5315 4 **Erstattung Abfallberatungskosten nach Verpackungsverordnung**

Laut Vertrag zahlt DSD für die Abfallberatung 0,26 € zzgl. MwSt. pro Einwohner und Jahr. Dem Ansatz liegen die Einwohnerzahlen 2014 (ohne Bad Vilbel) zugrunde.

5316 4 **Erstattung Behältermieten von den Gemeinden**

Laut Vertrag werden die von der WEAG angeschafften Müllbehälter im Planungszeitraum 2016 an 16 Kommunen des Wetteraukreises weitervermietet. Der Ansatz ist durchlaufend für den AWB.

5317 4 Erstattung Mitbenutzungsentgelte von Entsorgungsunternehmen

Im Wirtschaftsjahr 2010 fand zum zweiten Mal eine Ausschreibung der AGAW statt, an der sich 19 Kommunen des Wetteraukreises mit rd. 205.000 Einwohnern beteiligten. Der AWB erhält für die Gestattung der Mitbenutzung der Papierbehälter von Entsorgungsunternehmen die geplanten Entgelte.

Erläuterungen zu den Aufwendungen im Erfolgsplan des Betriebszweiges Stoffstrommanagement

5413 4 Betrieb der Recyclinghöfe

Hier sind die Aufwendungen berücksichtigt, die für den Betrieb der Recyclinghöfe anfallen.

Das gesamte kreisweite Netz besteht aus 10 Recyclinghöfen. Der Ansatz beinhaltet einen jährlichen Zuschuss zu den Betriebs- und Personalkosten. Die Auszahlung der Zuschüsse ist an die Integration in das kreisweite Konzept gekoppelt.

Hier sind außerdem die Kosten für den Transport und die Verwertung von Bauschutt, Altreifen, Flachglas, sowie der Transport von Mischmetall aus allen Recyclinghöfen des Wetteraukreises enthalten. Die steigenden Kosten beruhen auf Mengensteigerungen.

5414 4 Entsorgung gefährlicher Abfälle aus Haushaltungen und Modellversuch Bereitstellungslager HIM

Der Ansatz beinhaltet die Kosten für den Betrieb der mobilen Sammlung gefährlicher Abfälle, für das Bereitstellungslager und die Entsorgungskosten.

5416 4 Entsorgung gefährlicher Abfälle aus Kleingewerbe

Der Planansatz beinhaltet die Kosten für eine Sammlung pro Jahr und anteilig die Entsorgungskosten aus der gesamten Verbringung von gefährlichen Abfällen.

5417 4 Transport und Verwertung von Altpapier

Hier werden die Umschlagkosten des Altpapiers eingestellt sowie die nachfolgenden Transportkosten zur Verwertungsanlage. Ebenso werden hier die Transportkosten von den Gemarkungsgrenzen zu den Umschlagsstellen erfasst.

5426 4 **Kosten der E-Geräteentsorgung**

Die auf den Recyclinghöfen des Wetteraukreises abgegebenen Elektroaltgeräte werden zur EEW-Stockheim transportiert. Dort werden diese demontiert oder direkt für eine Verwertung an die Hersteller als Produktverantwortliche übergeben. In dieser Position sind die Kosten für den Transport veranschlagt, sowie die Kosten für den Betrieb der Übergabestelle am EEW-Stockheim.

5428 4 **Kunststoffsammlung Recyclinghöfe (2014: Modellversuche)**

Die Versuche zur flächendeckenden Erfassung von Kleingeräten und Hartkunststoffen waren Ende 2014 abgeschlossen. 2015 wurde sukzessive die Kunststoffsammlung eingeführt. Für 2016 sind entsprechend Kosten in Ansatz gebracht.

5510 4 **Gehälter der Angestellten und Beamten**
5610 4 **Soziale Abgaben und Aufwendungen**

Die voraussichtlichen Personalausgaben gem. Stellenplan sind hier anteilig für die Sparte Stoffstrommanagement im Ansatz enthalten

5700 4 **Abschreibungen**

Hier sind die Abschreibungen für die Investitionen auf unseren eigenen Recyclinghöfen berücksichtigt und für die Investitionszuschüsse, die der AWB den kommunalen Recyclinghöfen gewährt.

5417 4 **gewerbliche Altpapierakquisition - verschiedene duale Systeme**

Es sind ca. 3.000 t Altpapier aus dem DSD-Bereich enthalten, für die WEAG die Vermarktung übernommen hat. Diese Beträge werden vertragsgemäß an die Entsorger bzw. Systembetreiber DSD ausgezahlt.

5915 4 **Erstattung von Kosten an die Gemeinden für die Gestellung von Containerstellplätzen**

Der Ansatz ist ein durchlaufender Posten. Die Gemeinden des Wetteraukreises erhalten vom DSD einen Betrag von 1,19 € (zzgl. MwSt.) pro Einwohner und Jahr aufgrund einer vertraglichen Regelung zwischen dem Wetteraukreis und dem DSD. Die Veranschlagung erfolgt netto. Die Mehrwertsteuer ist durchlaufender Posten.

5917 4 Erstattung Mitbenutzungsentgelte an die Kommunen

Die Hälfte der von den Entsorgern erstatteten Mitbenutzungsentgelte für Papierbehälter gibt der AWB anteilig je eingesammeltem Altpapier an die Kommunen weiter, die an der AGAW-Ausschreibung teilgenommen haben.

5919 4 Erstattung von Kosten an die Gemeinden für die Abfallberatung n. Verpackungsverordnung

Die Kommunen erhalten die Hälfte der von DSD überwiesenen Abfallberatungskosten.

5918 4 Erstattung Behältermieten

Laut Vertrag werden die von der WEAG angeschafften Müllbehälter im Planungsjahr 2016 an 16 Kommunen des Wetteraukreises weitervermietet. Der Ansatz ist ein durchlaufender Posten für den AWB.

5929 4 Gutachter- und Beratungsaufwendungen

Hier wurden Beratungskosten berücksichtigt, die im Rahmen der Einrichtung der Recyclinghöfe im Wetteraukreis sowie der Dualen Systeme voraussichtlich anfallen werden.

5939 4 Allgemeine Verwaltungskosten

Die ermittelten allgemeinen Verwaltungskosten des Abfallwirtschaftsbetriebes werden anteilmäßig verteilt. Auf die Sparte Stoffstrommanagement entfällt dabei ein Betrag in planangesetzter Höhe.

Das Ergebnis des Betriebszweiges Stoffstrommanagement fließt im Rahmen des internen Spartenausgleiches in den Entsorgungsbereich ein.

Wirtschaftsplan 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises Erfolgsplan 2016 des Betriebszweiges Kläranlagenprodukte				
Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	I. ERTRAGE			
	1. Umsatzerlöse			
4930 2	Benutzungsentgelte Klärschlamm	1.175.000,00	1.249.000,00	1.308.169,48
4916 1	Entgelt für Rechengut, Sandfang, Schlämme	149.000,00	146.000,00	142.239,45
	Summe Umsatzerlöse	1.324.000,00	1.395.000,00	1.450.408,93
	2. Sonstige betriebliche Erträge			
	Summe sonstige betriebliche Erträge	0,00	0,00	0,00
	Summe Erträge	1.324.000,00	1.395.000,00	1.450.408,93

Erläuterungen zu den Erträgen im Erfolgsplan des Betriebszweiges Kläranlagenprodukte

Allgemeines

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises hat seit dem Jahre 1989 die Verwertung landbaulich geeigneter Klärschlämme als öffentliche Aufgabe im Rahmen der Abfallsatzung und der Gebührensatzung wahrgenommen. Durch die Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes 1996 ist die Regelung im Rahmen der Satzung hinfällig geworden. Bei weiterer Wahrnehmung dieser Aufgaben durch den AWB wurde die Verwertung im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verträge mit den einzelnen Kläranlagenbetreibern geregelt.

Eine vertragliche Regelung bietet auch den Vorteil, dass eventuell Anpassungen an verwertungsspezifische Situationen, u. a. auch Anpassung der Entgelte und Preise bei Konkurrenzfällen usw. wesentlich schneller und flexibler zu gestalten sind. Zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Verwertung nach dem Wetterauer Modell sind von Kläranlagen Vertreter benannt, die zusammen mit dem AWB, der ORD und Vertretern der Klärschlammausbringer einen Vorschlag für ein künftiges Entgelt für Nass- und Pressschlämme verhandeln, bzw. erarbeiten.

Einstimmig haben sich die v. g. Vertreter auf folgende Entgelte ab 01.01.2007 verständigt:

Nassschlamm:	19,75 €/t
Pressschlamm:	38,50 €/t

Als Folge der Rechtsprechung des EuGH und des BGH werden die Klärschlammausbringungs- und -transportkosten der Landwirte als Dienstleistungen an einen Nichtlandwirt (ORD bzw. AWB) von der Finanzverwaltung eingestuft und sind somit generell umsatzsteuerlich mit dem vollen Mehrwertsteuersatz zu versteuern.

Seit 2009 werden die Kläranlagenprodukte Rechengut und Sandfang, die bisher der Sparte Entsorgung zugeordnet waren, der Eindeutigkeit halber der Sparte Kläranlagenprodukte zugeschlagen.

4930 2 Benutzungsentgelte Klärschlamm

Im Planansatz sind die voraussichtlichen Erträge enthalten, die von den Kläranlagenbetreibern aufgrund der vorgenannten Entgeltsätze zu begleichen sind.

4916 1 Entgelt für Rechengut, Sandfang und Gemische

Hier wurde nach Ausschreibung ein Vertrag mit einer im Wetteraukreis ansässigen mittelständischen Firma geschlossen. Je nach Abfallart werden Kosten zwischen 53,65 €/t und 183,12 €/t berechnet.

Wirtschaftsplan 2016
 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
 Erfolgsplan 2016

des
 Betriebszweiges Kläranlagenprodukte

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
II. AUFWENDUNGEN				
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
5410 1	Verwertung Rechengut, Sandfang und -Gemische	141.000,00	140.000,00	137.031,38
5430 2	Transport- und Ausbringungskosten	885.000,00	925.000,00	986.098,27
5431 2	Aufwendungen der ORD-Oberfressische Recycling-Dienste GmbH	228.000,00	228.000,00	228.480,00
	Summe der Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.254.000,00	1.293.000,00	1.351.609,65
	Summe Materialaufwand	1.254.000,00	1.293.000,00	1.351.609,65
4. Personalaufwand				
5512 2	Gehälter der Angestellten und Beamten	38.000,00	38.000,00	33.634,70
5612 2	Soziale Abgaben und Aufwendungen	14.000,00	12.000,00	12.523,44
	Summe Personalaufwand	52.000,00	50.000,00	46.158,14
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
5940 2	Abdecken von Schadenfällen	0,00	0,00	-12,00
5941 2	Analysekosten	68.000,00	68.000,00	82.530,50
5943 2	Garantieverpflichtung Kreis Klärschlamm	10.000,00	10.000,00	10.225,84
5942 2	Allgemeine Verwaltungskosten	12.000,00	11.000,00	11.739,10
5945 2	Gutachter- und Beratungskosten	0,00	4.500,00	0,00
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	90.000,00	93.500,00	104.483,44
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
6530 2	Zinsen BILMOG	0,00	0,00	7.168,00
	Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	7.168,00
	Summe Aufwendungen	1.396.000,00	1.436.500,00	1.509.419,23
	Summe Erträge abzüglich Aufwendungen	-72.000,00	-41.500,00	-59.010,30
	Jahresgewinn (+)	0,00	0,00	0,00
	Jahresverlust (-)	-72.000,00	-41.500,00	-59.010,30
	Entnahme (+) Rücklage für Gebührenaussgleich	72.000,00	41.500,00	59.010,30
	Zuführung (-) Rücklage für Gebührenaussgleich	0,00	0,00	0,00
	Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zu den Aufwendungen des Betriebszweiges Kläranlagenprodukte

5430 2 Transport- und Ausbringungskosten

Dem Ansatz liegen die voraussichtlichen Ausbringungsmengen und die fortgeführten Vergütungssätze an die Ausbringer zugrunde.

5431 2 Aufwendungen der ORD-Oberhessische Recycling-Dienste GmbH

Der AWB des Wetteraukreises hat mit der HBV Landwirtschaftlichen Beteiligungsgesellschaft mbH, Friedrichsdorf, eine Gesellschaft "ORD Oberhessische Recycling Dienste GmbH" zur Organisation einer geordneten Anwendung, Überwachung und Dokumentation von landbaulich verwertbaren Klärschlammern einschließlich Beratung beteiligter Landwirte, Kommunen und Abwasserverbände im Wetteraukreis gegründet.

5512 2 Gehälter der Angestellten und Beamten

5612 2 Soziale Abgaben und Aufwendungen

Der Ansatz wurde aufgrund des Personaleinsatzes für diesen Betriebszweig entsprechend der Verursachung gebildet.

5942 2 Allgemeine Verwaltungskosten

Der Betriebszweig ist mit allgemeinen Verwaltungskosten anteilmäßig nach einem Kostenschlüssel zu belasten.

5943 2 **Garantieverpflichtung Kreis Klärschlamm**

Der Planansatz beinhaltet die Kosten für eine Avalbürgschaft in Höhe von 10.300 € an den Kreis.

Jahresergebnis

Im Betriebszweig Kläranlagenprodukte erwarten wir entsprechend den vorstehenden Ansätzen ein Ergebnis von rd. – 72.000 € die der Gebührenaussgleichsrücklage entnommen werden.

Wirtschaftsplan 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises Erfolgsplan 2016 des Betriebszweiges Kompostierungsanlagen				
Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	I. ERTRÄGE			
	1. Umsatzerlöse			
4940 3	Gebühren für Bioabfall	1.495.000,00	1.443.000,00	1.523.279,69
4941 3	Gebühren der Selbstanlieferer für Grünabfälle	151.000,00	147.000,00	150.772,35
4942 3	Gebühr für kommunale Grünabfälle	106.000,00	96.000,00	106.726,32
4943 3	Gebühr für Grünabfälle von komm. Recyclinghöfen	33.500,00	30.000,00	33.602,10
4945 3	Gebühren für Bioabfall-Selbstanlieferer	0,00	0,00	58,84
	Summe Umsatzerlöse	1.785.500,00	1.716.000,00	1.814.439,30
	2. Sonstige betriebliche Erträge			
5330 3	Zinserträge Kompost	0,00	0,00	0,00
5343 3	Grundstückspachten	12.000,00	12.000,00	11.505,27
	Summe sonstige betriebliche Erträge	12.000,00	12.000,00	11.505,27
	Summe Erträge	1.797.500,00	1.728.000,00	1.825.944,57

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016
des
Betriebszweiges Kompostierungsanlagen

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	II. AUFWENDUNGEN			
	3. Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für bezogene Leistungen			
5440 3	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.000,00	1.000,00	0,00
5441 3	Transport Bioabfall bis zur Anlage	230.000,00	216.000,00	229.633,01
5442 3	Transportkosten Grünabfall	127.000,00	77.000,00	124.247,45
5444 3	Betriebskosten	1.933.000,00	1.914.000,00	2.061.667,60
	Summe Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.291.000,00	2.208.000,00	2.415.548,06
	Summe Materialaufwand	2.291.000,00	2.208.000,00	2.415.548,06
	4. Personalkosten			
5513 3	Gehälter der Beamten und Angestellten	108.000,00	105.000,00	94.176,17
5613 3	Soziale Abgaben und Aufwendungen	39.000,00	33.000,00	35.064,16
	Summe Personalaufwand	147.000,00	138.000,00	129.240,33
	5. Abschreibungen			
5703 3	Abschreibungen auf Sachanlagen	0,00	0,00	55,00
	Summe Abschreibungen	0,00	0,00	55,00

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Erfolgsplan 2016
des
Betriebszweiges Kompostierungsanlagen

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2015 EUR	Rechnungsergebnis 2014 EUR
	6. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
5951 3	Versicherungen	2.000,00	1.000,00	1.530,22
5953 3	Öffentlichkeitsarbeit	35.000,00	22.000,00	20.918,82
5954 3	Gutachter- und Beratungskosten	10.000,00	20.000,00	0,00
5955 3	Beiträge	1.000,00	1.000,00	511,00
5959 3	Allgemeine Verwaltungskosten	33.000,00	32.000,00	32.869,47
	Summe sonstige betriebliche Aufwendungen	81.000,00	76.000,00	55.829,51
	7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
6530 3	Zinsen BILMOG	0,00	0,00	5.739,00
	Summe Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	5.739,00
	Summe Aufwendungen	2.519.000,00	2.422.000,00	2.606.411,90
	8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-721.500,00	-694.000,00	-780.467,33
	9. Sonstige Steuern			
6814 3	Grundsteuern	4.000,00	4.000,00	4.033,84
	Summe sonstige Steuern	4.000,00	4.000,00	4.033,84
	10. Jahresgewinn (+) Jahresverlust (-)	0,00 -725.500,00	0,00 -698.000,00	0,00 -784.501,17
	11. Entnahme (+) Rücklage für Gebührenaussgleich Zuführung (-) Rücklage für Gebührenaussgleich	725.500,00 0,00	698.000,00 0,00	784.501,17 0,00
	Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zu den Erträgen im Erfolgsplan des Betriebszweiges Kompostierungsanlagen

Allgemeines:

Die Konzentration der gesamten Kompostierungskapazitäten am Standort Ilbenstadt ist das Ergebnis von Überlegungen, die Wirtschaftlichkeit der Kompostierungssparte zu verbessern. Aus Vermarktungsgründen wird die abfallwirtschaftliche Zielsetzung verfolgt, die Kompostierung innerhalb der Kreisgrenzen durchzuführen und die gütegesicherten Kompost- und Erdenmischungen in der Region abzusetzen.

Seit Beginn des Jahres 2000 wird die komplette Menge von mehr als 20.000 t/a der im Wetteraukreis anfallenden Bioabfälle im Erden- und Humuswerk Niddatal/ Ilbenstadt verarbeitet. Die Anlage hat unsere Kompostierungssparte unabhängig von Marktschwankungen auf dauerhaft sichere Füße gestellt.

WEAG als Investor der zentralen Tunnel-Kompostierungsanlage hat zum Jahresende 2007 eine Vergärungsanlage in Betrieb genommen. Als Teil einer mehrstufigen Behandlung der Bioabfälle werden diese in einem ersten Schritt einer Vergärung zugeführt. Das Material wird anschließend nach Entwässerung in die bestehende Tunnelkompostierung eingebracht und in der bisherigen Behandlung weiterbearbeitet. Das erzeugte Biogas wird in einem Blockheizwerk in Strom umgewandelt und anschließend ins Netz eingespeist.

2014 wurde die flexible Einspeisung durch den Bau eines 2.BHKW und eines Gasspeichers verwirklicht. Für die erforderliche Vertragsanpassung für den geänderten Betrieb hat die Betriebskommission beschlossen, dass aus vergaberechtlichen Gründen (inhouse-Fähigkeit) die Betreiberstruktur Ende 2014 umgestellt werden soll.

In der neuen Vertragsstruktur ist AVB Auftraggeber für die Behandlung der Bio- und Grünabfälle und WEAG Investor und Betreiber der umgestalteten Anlage. Die Kompostierung Wetterau wird zukünftig weiterhin die Vermarktung der erzeugten Produkte durchführen.

Folgende Gebühren werden seit dem 01.01.2014 erhoben:

Bioabfall	65,00 €/t
Grünabfall	30,00 €/t
Selbstangelieferte, kompostierbare Bioabfälle, die aus der kommunalen Einsammelpflicht ausgeschlossen sind	74,00 €/t
Selbstangelieferte, kompostierbare Grünabfälle	30,00 €/t
Kompostierbare Grünabfälle von Recyclinghöfen	10,00 €/t

4940 3 Gebühren für Bioabfall

Im Wirtschaftsjahr 2016 wird mit einem Anfall von rd. 23.000 t Bioabfall gerechnet.

4941 3 Gebühren für selbstangelieferten kompostierbaren Grünabfall

Der Ansatz wurde unter Zugrundelegung von rd. 5.000 t ermittelt. Hierunter fallen auch die Mengen, die auf den AWB-eigenen Recyclinghöfen eingesammelt werden.

4943 3 Gebühren für kompostierbare Grünabfälle von Recyclinghöfen

Es wird mit einer Menge von rd. 3.300 t Grünabfällen in 2016 gerechnet.

4942 3 Gebühren für kommunale Grünabfälle

Im Wirtschaftsjahr 2016 wird mit einer Anlieferung von rd. 2.600 t Grünabfällen aus Straßensammlungen der Gemeinden gerechnet.

4945 3 Gebühren für Bioabfall-Selbstanlieferer

Die Gebührenstelle wurde geschaffen, um beispielsweise Lebensmittelmärkten, die von der Gemeinde vom Anschluss- und Benutzungszwang befreit sind, die Gelegenheit zu geben, Bioabfälle getrennt zu sammeln und anzuliefern.

5343 3 Grundstückspachten

Für das Betriebsgebäude der Kompostierungsanlage ist von der WEAG eine jährliche Pacht aufgrund des Erbbaurechtsvertrages zu erheben.

Erläuterung zu den Aufwendungen im Erfolgsplan des Betriebszweiges Kompostierungsanlagen

5440 3 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Soweit Unterhaltungsmaßnahmen auf AVB-eigenem Gelände anstehen, die dem Betreiber der Kompostierungsanlage nicht auferlegt werden können, sind geschätzte Kosten in den Wirtschaftsplan eingestellt worden.

5441 3 Transport des Bioabfalls von der Gemarkungsgrenze bis zur Kompostierungsanlage

Das Ergebnis der gemeinsamen Ausschreibung von inzwischen 19 Kommunen des Wetteraukreises über die Einsammlung und den Transport wurde hier berücksichtigt.

5442 3 Transportkosten für Grünabfälle Kommunal und von Recyclinghöfen

Entsprechend der voraussichtlichen Anlieferungen in 2016 wurde der Ansatz gebildet.

5444 3 Betriebskosten

Im Ansatz stehen die vertraglich vereinbarten Betriebskosten der Anlage in Niddatal/Ilbenstadt. Neben den Kosten für die Betreuung der Kompostierungsanlage beinhaltet diese Position ebenfalls die Kosten für die Betreuung der Vergärungsanlage, die Ende des Jahres 2007 ihren Betrieb aufgenommen hat. Ebenfalls in der Position enthalten sind die Kosten für die Anlage Scherz/Altenstadt, die wir als regionale Annahmestelle für Grünschnitt und deren Behandlung einsetzen.

5513 3 Gehälter der Angestellten und Beamten

5613 3 Soziale Abgaben und Aufwendungen

Entsprechend einem Verteilerschlüssel des gesamten Personalaufwandes im Abfallwirtschaftsbetrieb wurden die Ausgaben für den Betriebszweig Kompostierungsanlagen ermittelt.

5951 3 Versicherungen

Im Ansatz enthalten sind die Versicherungsleistungen für die Feuer-, Einbruch-Diebstahl- und Sturmversicherung. Die Aufwendungen verschiedener Leistungen werden dem Betreiber weiterberechnet.

5953 3 Öffentlichkeitsarbeit

Soweit aus dem Gesamtkonzept der Öffentlichkeitsarbeit des AWB Kosten für den Betriebszweig Kompostierung anfallen, erfolgt die Verrechnung über den geplanten Ansatz.

5954 3 Gutachter- und Beratungskosten

Soweit im Rahmen abfallwirtschaftlicher Maßnahmen Gutachter- und Beratungskosten entstehen, sind hier die anteiligen Kosten enthalten.

5955 3 Beiträge

Beitragszahlungen an die Gütegemeinschaft Kompost sind im Ansatz enthalten.

5959 3 Allgemeine Verwaltungskosten

Die ermittelten allgemeinen Verwaltungskosten des Abfallwirtschaftsbetriebes werden verursachungsgemäß auf die einzelnen Betriebszweige verteilt. Auf den Betriebszweig Kompostierungsanlagen entfällt dabei der Planansatz.

Jahresergebnis

Im Betriebszweig Kompostierungsanlagen erwarten wir entsprechend den vorstehenden Planansätzen eine Unterdeckung von 725.500 €, die der Gebührenausrücklage entnommen werden.

Vermögensplan

**Wirtschaftsplan
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Vermögensplan 2016**

Bezeichnung	Entsorgungsanlagen/ Stoffstrommanagement EUR
I. DECKUNGSMITTEL (MITTELHERKUNFT)	
1 Zuführungen zum Stammkapital 1)	
2 Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen 1)	
3 Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzügl. Entnahmen 1)	
4 Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzügl. Entnahmen 1)	
5 Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	54.000
6 Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	
7 Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahme aus Pos. C der Passivseite	
8 Rückflüsse aus gewährten Darlehen / WEAG	270.000
9 Kredite	
a) von der Gemeinde	
b) von Dritten	
10 Rückflüsse Bankguthaben	0
Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt	324.000
II. AUSGABEN (MITTELVERWENDUNG)	
1 Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte für Entsorgung	73.000
2 Finanzanlagen	
3 Tilgung von Krediten	
4 Rückzahlung von Stammkapital	13.500
5 Anlage Bankguthaben	
Ausgaben/Verpflichtungsermächtigungen des Vermögensplans insgesamt	237.500
	324.000

1) Wenn die Entnahmen überwiegen, ist hier ein Negativposten auszuweisen.

**Erläuterungen zu den Einnahmen im Vermögensplan des Betriebszweiges "Entsorgungsanlagen, Stoffstrommanagement"
Abschreibungen und Anlagenabgänge**

Die Abschreibungen sind ein Finanzierungsmittel für die Investitionen. Zur Betragsfindung wird auf die Erläuterungen zu Konto 5700 1 Abschreibungen Abfallentsorgungsanlagen verwiesen, sowie auf die Erläuterungen zu Konto 5700 4 Abschreibungen Stoffstrommanagement.

Rückflüsse aus gewährten Darlehen

Aus zwei gewährten Darlehen an die WEAG ergeben sich Rückzahlungen in planangesezter Höhe.

Finanzplan 2015 - 2019

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Finanzplan 2015 bis 2019
des

Betriebszweiges Entsorgungsanlagen / Stoffstrommanagement

Ldf. Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2017 EUR	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2019 EUR
	I. DECKUNGSMITTEL (MITTELHERKUNFT)					
1	Zuführungen zum Stammkapital					
2	Zuführungen zu Rücklagen abzügl. Entnahmen					
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzügl. Entnahmen					
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklagenanteil abzügl.					
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	34.000	54.000	45.000	40.000	20.000
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse					
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzügl. Entnahmen aus Pos. C					
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen / WEAG	270.000	270.000	270.000	270.000	270.000
9	Kredite					
	a) von der Gemeinde					
	b) von Dritten					
10	Rückflüsse Bankguthaben					
11	Deckungsmittel insgesamt	304.000	324.000	315.000	310.000	290.000
	I. AUSGABEN (MITTELVERWENDUNG)					
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte					
	für Entsorgung	10.000	73.000	10.000	10.000	10.000
	für gemeinsame Anlagen					
2	Finanzanlagen					
3	Tilgung von Krediten (Wf-Bank)	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500
4	Rückzahlung von Stammkapital					
5	Auszahlung aus Rücklagen	210.000	175.000	175.000	175.000	175.000
6	Anlage Bankguthaben	70.500	62.500	116.500	111.500	91.500
7	Ausgaben insgesamt	304.000	324.000	315.000	310.000	290.000

zu 5 Auszahlung aus Rücklagen:

Entsprechend dem Kreistagsbeschluss vom 2. Oktober 2013 sind den Kommunen 10 € pro angelieferter Tonne Altpapier für den kommunalen Anteil auszuführen.

Wirtschaftsplan 2016

des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Wetteraukreis auswirken
(§ 19 Nr. 2 EigBGes)

Ldf. N°	Bezeichnung	Ansatz 2015 EUR	Ansatz 2016 EUR	Ansatz 2017 EUR	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2019 EUR
	Einnahmen					
1	Zuweisungen					
	zur Eigenkapitalaufstockung					
2	Zuweisungen					
	zum Verlustausgleich					
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	7.000	1.500	1.000	1.000	1.000
4	Darlehen des Wetteraukreises					
11	Deckungsmittel insgesamt	7.000	1.500	1.000	1.000	1.000
	Ausgaben					
1	Gewinnabführungen					
2	Konzessionsabgaben					
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	102.000	108.000	110.000	112.000	114.000
4	Eigenkapitalrückzahlung					
5	Tilgung von Darlehen des Wetteraukreises					
6	Ausgaben insgesamt	102.000	108.000	110.000	112.000	114.000

Wirtschaftsplan 2016
des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises
Stellenübersicht 2016

Aufteilung der Bezüge	Gesamtbetrag EUR	Entsorgungs- anlagen EUR	Stoffstrom- management EUR	Klärschlamm EUR	Kompost- anlagen EUR
I. GEHALTER DER BEAMTEN UND ANGESTELLTEN					
Beamtenbezüge	61.000	15.000	34.000	3.000	9.000
Angestelltenvergütungen	707.000	177.000	396.000	35.000	99.000
Summe Gehälter der Beamten und Angestellten	768.000	192.000	430.000	38.000	108.000
II. SOZIALE ABGABEN UND AUFWENDUNGEN					
Beiträge (Umlage) z. Versorgungskasse	45.000	12.000	25.000	2.000	6.000
AGA zur ZVK f. Angestellte	54.000	13.000	30.000	3.000	8.000
AGA z. gesetzl. Sozialvers. f. Angestellte	145.000	37.000	81.000	7.000	20.000
Beihilfen, Unterstützungen und dergl.	35.000	8.000	20.000	2.000	5.000
Summe Soziale Abgaben und Aufwendungen	279.000	70.000	156.000	14.000	39.000
Bezüge Gesamt	1.047.000	262.000	586.000	52.000	147.000

Wirtschaftsplan 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes des Wetteraukreises

Stellenübersicht

	Beamte (nachrichtlich)	Angestellte													Insgesamt
		Entgeltgruppe nach TVöD													
		15Ü	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5		
Stellenübersicht 2016	1		1	1		1	0,5	4,5	4	1		2		16	
Stellenübersicht 2015	1	1	1	1		1	0,5	4,5	3	1		2		16	
Zahl der am 30.06.2015 besetzten Stellen	1	1	1	1			0,5	3,5	4	1		2		15	

Stellenplan

In dem Stellenplan sind alle Mitarbeiter/innen aufgeführt, die im Wirtschaftsjahr 2016 ausschließlich für den Abfallwirtschaftsbetrieb tätig sein werden.

Festsetzung des Höchstbetrages der Kassenkredite

Zur Sicherstellung der rechtzeitigen Leistung von Ausgaben wird der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 1 Mio. € festgesetzt.

Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes

Die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes erstrecken sich auf die Prüfung nach § 131 HGO (dauernde Überwachung der Kassen sowie regelmäßige unermutete Kassenprüfungen) soweit das Dezernat für das Rechnungs- und Prüfungswesen nichts anderes bestimmt.



Friedberg, im Dezember 2015

Abfallwirtschaftsbetrieb des Wetteraukreises
- Betriebsleitung -

Eigenbetrieb Informationstechnologie



WEBIT

WEBIT
Eigenbetrieb
Informationstechnologie
des Wetteraukreises

Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2014

WEBIT Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises, Friedberg
 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014
 Bilanz zum 31. Dezember 2014

	Aktivseite		Passivseite	
	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	875.899,07	957.313,35	63.000,00	63.000,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	11.500,00	250.000,00	250.000,00
	<u>875.899,07</u>	<u>968.813,35</u>	25.059,06	179.433,98
II. Sachanlagen			13.867,36	-153.374,92
1. Andere Anlagen, BGA zur Leistungserstellung	9.262,18	12.512,67	351.926,42	338.059,06
2. IT-Anlagen	300.899,57	304.837,99		
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.753,04	6.106,10		
	<u>315.904,76</u>	<u>323.456,76</u>		
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	187.450,68	34.873,12	718.209,00	602.382,00
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.697,48	2.065,79	178.958,59	162.421,56
3. Forderungen an den Kreis/andere Eigenbetriebe davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 150.355,90 (Vorjahr EUR 149.238,18)	710.026,23	516.360,09	897.157,59	764.893,55
	<u>900.174,39</u>	<u>553.299,00</u>		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	51.707,23	81.528,99		
	<u>51.707,23</u>	<u>81.528,99</u>		
	<u>2.143.625,65</u>	<u>1.927.098,09</u>		
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen			75.787,40	24.499,36
C. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				
2. Sonstige Rückstellungen				
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten EUR 21,65 (Vorjahr EUR 19,95)	21,65			19,95
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 495.963,11 (Vorjahr EUR 229.618,57)	495.963,11			380.733,96
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis/anderen Eigenbetrieben davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 304.932,77 (Vorjahr EUR 402.560,60)	304.932,77			402.560,60
4. Sonstige Verbindlichkeiten				
a) davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 17.826,71 (Vorjahr EUR 16.421,60)	17.826,71			16.421,60
b) davon aus Steuern EUR 17.863,24 (Vorjahr EUR 16.307,60)				
d) davon gegenüber Personal EUR 163,47 (Vorjahr EUR 114,00)				
			818.744,24	799.736,11
			<u>2.143.625,65</u>	<u>1.927.098,09</u>

WEBIT Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises, Friedberg
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	2014 EUR	2013 EUR
1. Umsatzerlöse	3.243.301,25	2.748.963,92
2. Sonstige betriebliche Erträge davon Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil EUR 15.204,39 (Vorjahr EUR 3.003,86)	21.616,11	14.981,60
3. Gesamtleistung	<u>3.264.917,36</u>	<u>2.763.945,52</u>
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	340.743,44	17.155,31
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.137.287,03</u>	<u>1.170.345,48</u>
	1.478.030,47	1.187.500,79
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	783.060,48	739.745,12
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 128.952,93 (Vorjahr EUR 142.521,44)	261.527,00	295.164,25
	<u>1.044.587,48</u>	<u>1.034.909,37</u>
6. Abschreibung Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>561.378,27</u>	<u>499.599,31</u>
	561.378,27	499.599,31
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>101.640,91</u>	<u>111.168,99</u>
8. Betriebsergebnis	<u>79.280,23</u>	<u>-69.232,94</u>
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>42.013,87</u>	<u>38.119,88</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>37.266,36</u>	<u>-107.352,82</u>
11. Außerordentliche Aufwendungen	<u>20.150,00</u>	<u>42.773,10</u>
12. Außerordentliches Ergebnis	<u>-20.150,00</u>	<u>-42.773,10</u>
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>3.249,00</u>	<u>3.249,00</u>
14. Jahresgewinn/-verlust	<u><u>13.867,36</u></u>	<u><u>-153.374,92</u></u>

Inhaltsverzeichnis:

<i>I. Geschäftsverlauf und Lage</i>	3
1 Allgemeines	3
2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	7
3 Umsatz- und Auftragsentwicklung.....	7
4 Entwicklung der Investitionen.....	9
5 Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen.....	10
6 Personal- und Sozialbereich	11
<i>II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres</i>	13
1. Kooperation Gesundheitszentrum Wetterau und Lahn-Dill-Kliniken	13
2. Interkommunale Kooperation	13
<i>III. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen & Risiken der zukünftigen Entwicklung</i>	14
1. Personal, Personalkosten und Know-how.....	14
2. Betriebssicherheit und proaktives Management.....	14
3. Entwicklung WEBIT im Rahmen interkommunaler Kooperationen	15

I. Geschäftsverlauf und Lage

1 Allgemeines

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und den bereits heute spürbaren Auswirkungen des demografischen Wandels sind alle Gesellschaften des öffentlichen Dienstes permanent gezwungen ihre Aufbau- und Ablauforganisation den sich verändernden Strukturen anzupassen und zu optimieren. Dies ist für den Kundenkreis von WEBIT und für die Kreis-IT selbst eine große strategische Herausforderung. Fortlaufende Strukturänderungen erzwingen eine stark anpassungsfähige und dynamische IT. Notwendige Adaptionen müssen schnell, kostengünstig und daher ohne großen Aufwand durchführbar sein. Ein moderner IT-Dienstleister wie WEBIT muss dieser Forderung durch eine dynamische Technik und durch organisatorische Rahmenbedingungen gerecht werden.

Es ist unumstritten, dass die Konvergenz von IT- und Geschäftsprozess einen wesentlichen Wertbeitrag für den Erfolg des Unternehmens darstellt. Die Effektivität und Effizienz des Unternehmens wird hierbei nicht von der Menge der eingesetzten IT sondern vielmehr von der Qualität, Vernetzung und Nutzung der eingesetzten Technologien beeinflusst. Die Zusammenarbeit von Verwaltung und WEBIT, die im Wetteraukreis sehr aktiv gelebt wird, ist Voraussetzung für die im letzten Jahr umgesetzten Optimierungsmaßnahmen.

WEBIT muss sich, mit steigender Geschwindigkeit, im Verwaltungs- und medizinischen Umfeld auf riesige Datenmengen, mit der Forderung einer hohen Auswertungsgeschwindigkeit, einer flexiblen und mobilen IT-Bereitstellung und einer, die reguläre Arbeitszeit überschreitenden Serviceanforderung einstellen. Von besonderer Bedeutung für einen IT-Dienstleister ist hierbei die Beherrschung der rapide zunehmenden IT-Komplexität. Dies ist unter dem Aspekt eines großen kommunalen Kostendrucks und mehr und mehr hart umkämpfter IT-Personalressourcen eine sehr herausfordernde Aufgabe. Diese Aufgabe wird von WEBIT aktiv und zukunftsorientiert angegangen.

Die systemtechnische Zentralisierung der IT im Projekt ATLAS-NG (Allgemeine Technische Leistungssteigerung Aller Systeme im Wetteraukreis – Next Generation) ist der wesentliche Schritt zur Professionalisierung und Prozessorientierung der IT im Wetteraukreis. ATLAS-NG ist die strategisch-technische Antwort auf alle oben gelisteten Anforderungen. Das Projekt wurde 2014 mit großem Einsatz vorangetrieben. Zielsetzung der zentralen Steuerung ist eine konsequente Ausrichtung der Verwaltungsprozesse an operativen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten. ATLAS-NG, als technische Basis einer zukunftsorientierten Unternehmensführung, richtet sich im digitalen Wachstumsmarkt am Aspekt der Bereitstellung notwendiger IT-Ressourcen aus. IT-Dienste können zukünftig sehr schnell, endgeräteunabhängig, ohne großen Aufwand, orts- und providerunabhängig und wirtschaftlich aus der „Cloud-Wetterau“ zur Verfügung gestellt werden.

WEBIT übernimmt mit dem Umbau vom PC-orientierten Umfeld zu einer zentral gemanagten und betriebenen IT-Struktur aber auch mehr Verantwortung. Der in dieser Struktur erzielten Wirtschaftlichkeitssteigerung, der höheren Serviceorientierung, Dynamik und Transparenz steht das Risiko einer zentralen und damit

allgemeinen Betriebsbeeinträchtigung gegenüber. Dem Ausbau des Risikomanagements kommt unter dem Aspekt „Hochverfügbarkeit“ ein besonderer Stellenwert zu. Daher ist für WEBIT und die GZW-IT der weitere Ausbau eines proaktiven IT-Managements, die automatische Erkennung von Störungen bevor sie auftreten, essenziell.

Das 2014 umgesetzte Cloud-Management, der Umbau der bestehenden dezentralen IT hin zum Rechenzentrumsbetrieb, stellt hohe Anforderungen an das Betreuungspersonal und dessen Know-how. Weder WEBIT noch die IT des Krankenhauses sind in der Lage, dies im eigenen Team aufzubauen und zu erhalten. Die nach umfangreichen Planungen durchgeführte Cloud-Migration ATLAS-NG konnte nur im Rahmen der aktiv gelebten Kooperation WEBIT-GZW umgesetzt werden. Der Ausbau wird sukzessive intensiviert. Im letzten Jahr wurde der Service-Desk von WEBIT und GZW zusammengeführt. Dieser Schritt führt zu deutlichen Einsparungen im GZW und im Kreis.

Der weiterhin rapide Anstieg an IT-Dienstleistungsforderungen wird mittel- und langfristig weitere Maßnahmen erfordern. Neben der Auslagerung von Dienstleistungen an zentrale und überregionale Dienstleister ist ein weiterer lukrativer Weg der Ausbau interkommunaler Kooperationen. Dieser Schritt wird auch politisch unterstützt. Im Verwaltungsbereich ist hier die Zusammenarbeit mit dem hessenweiten Provider ekom21 und die 2014 begonnenen Kooperationsgespräche mit anderen Kommunen und Kreisverwaltungen anzuführen. Im Gesundheitsbereich wurde mit der anstehenden Zusammenarbeit des Gesundheitszentrums Wetterau mit den Lahn-Dill-Kliniken ein leistungsstarker und interessanter Partner ins Boot geholt. Hier fanden 2014 erste Abstimmungen statt. Grundsätzlich steckt in einer übergreifend branchenunabhängigen IT-Strategie ein enormes Synergie- und Einsparungspotential. WEBIT beschreitet diesen Weg sehr konsequent.

WEBIT hat 2014 einen Umsatz von 3,2 Mio € erwirtschaftet. Dies ist ein Mehr von knapp 495 T€ zum Vorjahr und liegt mit 389 T€ über der Wirtschaftsplanung. Dieses Mehr ist im Wesentlichen auf die Ausweitung der Kooperation im Beschaffungswesen mit dem GZW und anderen Kommunen begründet. Die Bündelung der Beschaffung im Projekt ATLAS-NG war und ist ein großer monetärer Vorteil für WEBIT, seine Kunden und Partner. Der monetäre Vorteil dieser Kooperationen wurde sowohl an die Kommunen wie auch ans GZW vollständig weitergegeben.

Die Aufrechterhaltung und der Ausbau der IT war im abgelaufenen Jahr 2014 eine große Herausforderung. Neben dem „Cloud-Aufbau“ musste der Betrieb auch in der „Alten-Welt“ weiter gewährleistet werden. Diese Parallelität war besonders für das IT-Personal sehr belastend. Trotz allem sind im vergangenen Jahr keine nennenswerten Störungen aufgetreten. Die Serviceanforderungen zur Leistungsvereinbarung mit dem Kreis (SLA) wurden durch WEBIT vollständig erfüllt.

IT in der Kreisverwaltung:

Die Kreisverwaltung ist der größte Kunde von WEBIT. Das heterogene und vielschichtige Aufgabenportfolio der Kreisverwaltung bedingt ein umfangreiches System- und Applikationsszenario. 2014 wurde dieses System- und Applikationsumfeld grundlegend reorganisiert und strukturiert.

Der im letzten Jahr deutlich angestiegene Umsatz mit der Kreisverwaltung beruht zu großen Teilen auf der Integration der Eigenbetriebe EGW und VHS (Fachbereich 5). Die IT-Wirtschaftsplanung in Höhe von 2.514 T€ wurde im Jahresergebnis bestätigt. Mit einem kleinen Mehr von knapp 20 T€ differieren Planung und Ergebnis um deutlich weniger als 1 %.

Die für ATLAS-NG vereinbarte Sonderumlage hatte 2014, in Höhe von knapp 250 T€, den monetären Zenit. Sie wird ab 2016 sukzessive reduziert und planmäßig 2018 komplett entfallen.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Kreis-IT war der Ausbau des e-Government-Bereiches. Die Umsetzung des Rechnungsworkflows im Kreditoren- und zukünftig auch Debitorenbereich ist hier besonders zu erwähnen. WEBIT obliegen hier der technische Betrieb und auch der besonders wichtige Bereich der Archivierung. Das Archivierungssystem musste, aufgrund eines Defektes, im letzten Jahr getauscht werden.

Eigenbetriebe, kreisnahe Betriebe und Leitstelle:

Der wesentliche Umsatz bei den Eigen- und kreisnahen Betrieben wurde in den Vorjahren mit den Eigenbetrieben EGW und VHS erzielt. Mit der Integration der beiden Eigenbetriebe in die Kreisverwaltung zum 01.01.2014 reduziert sich der hier erzielte Umsatz auf knapp 14 T€.

Neben dem GZW ist die Leitstelle in der Kreisverwaltung ein Kunde mit einem 24/7-Serviceanspruch. Wie in den Vorjahren wurde auch 2014, aufgrund redundanter Systeme und eines hohen Engagements der Mitarbeiter, der Leitstelle und WEBIT erneut ein störungsfreier Betrieb gewährleistet. Die Leitstelle ist für WEBIT ein anspruchsvoller und innovativer Kunde, der in der landesweiten Integration einem permanenten Änderungs- und Optimierungsprozess unterworfen ist. Der Umsatz WEBIT war 2014 annähernd konstant und betrug knapp 83 T€.

IT-Umsatz mit Dritten:

WEBIT betreut in diesem Kundensegment die Stadt Büdingen, die Gemeinde Rockenberg, das Gesundheitszentrum- und das Jobcenter Wetterau.

Unsere Dienstleistungen an Büdingen und Rockenberg erfolgen, nach Finanzamtsentscheid, umsatzsteuerfrei. Dienstleistungen an das Gesundheitszentrum und das Jobcenter unterliegen der Umsatzsteuer.

Im Segment der Dritten hat WEBIT im letzten Jahr den größten Umsatzanstieg zu verbuchen. Neben zusätzlichen Dienstleistungen im Zuge der Systemmigrationen erfolgte, für alle wesentlichen Komponenten und vor allem auch im Lizenzbereich, eine gemeinsame Beschaffung über WEBIT.

Im Bereich der Kommunen ist dieser Anstieg im Wesentlichen auf das Beschaffungsjahr 2014 beschränkt. Die Umsätze mit dem GZW sind, aufgrund einer gemeinsam betriebenen kooperativen Infrastruktur, langfristig ausgelegt. WEBIT hat im letzten Jahr auch die Ausschreibung der Kopier- und Drucksysteme für die Stadtverwaltung Karben und für das GZW erfolgreich durchgeführt.

Telefon- und Kopierdienstleistungen:

Das Aufgabenportfolio im Telefonsektor umfasst im Wetteraukreis die Festnetztelefonie und die Betreuung aller Mobilgeräte. Klassische Telefonanlagen gehören mehr und mehr der Vergangenheit an. Im Rahmen der IP-Telefonie wird das klassische Telefon vollständig in den IT-Netzwerkservice integriert. Dies ist ein elementarer technischer Umbruch. Die Anlagen in der Kreisverwaltung werden in einem hybriden Betrieb gefahren. Auch 2014 wurde diese Strukturänderung konsequent vorangetrieben.

Der Umsatz im Telefoniebereich ist seit Jahren leicht ansteigend. WEBIT hat 2014 in diesem Segment einen Umsatz von 211 T€ erzielt. Wirtschaftsplanung und Jahresergebnis stimmen fast exakt überein.

Hierbei steht einer degressiven Kostenentwicklung im Festnetzbereich eine stetige Serviceerweiterung im Mobilsegment gegenüber. Der Ausbau mobiler Services, hier ist vor allem der Datendienst auf tragbaren Geräten gemeint, wird auch in Zukunft ein deutliches Entwicklungspotential im Wetteraukreis haben.

Die Einnahmen aus dem Festnetzbereich setzen sich aus Pauschalabgaben pro Telefon und einer verbrauchsabhängigen Umlage der Flatrate-Gesprächsgebühren zusammen. Im Mobilfunkbereich werden die providerbasierende Grundgebühr und alle Verbrauchskosten verursachungsgerecht weiterbelastet.

Im „Geschäftsfeld Drucken/Kopieren“ wurde 2014 im Wetteraukreis ein komplett neuer Weg eingeschlagen. Die Druck- und Kopierkosten der Kreisverwaltung waren in der Vergangenheit nicht transparent und wurden über verschiedene Kostenstellen abgerechnet. Verbrauchsmaterialien wurden dezentral beschafft. Die durch das Kreismanagement angeregte Optimierung wurde durch einen externen Gutachter begleitet. Die Druck- und Kopierkosten beliefen sich in der Vergangenheit auf mehr als 200 T€. Beginnend ab 2014 werden nun alle Kopier- und Drucksysteme inkl. Tonerbereitstellung, von WEBIT betreut und abgerechnet. Die begleitende Modernisierung war im Umfeld ATLAS-NG technisch notwendig und ist für den Kreis sehr wirtschaftlich. Hier wird kreisübergreifend eine Kostenreduktion von mindestens 30 % realisiert. Die nicht unerheblichen Beschaffungs- und Bereitstellungskosten für Verbrauchsmaterialien erhöhen logischerweise den Umsatz von WEBIT. Mit der Einführung eines Druckmanagements und transparenten Auswertungen kann seit Anfang 2014 auch dieser Kostenblock durch die Führungskräfte des Kreises aktiv gesteuert werden. Das Kopier- und Druckvolumen wurde in den letzten Quartalen deutlich reduziert.

2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die demografische Entwicklung und das bereits heute bestehende Personalproblem lässt den Kommunen und auch den Krankenhäusern keine andere Wahl, als bestehende Prozesse und Aufgaben zu überarbeiten und zu automatisieren. Dies führt zu einem weiteren Ausbau der Applikationslandschaft und zur weiteren Vernetzung der Anwendungen.

Im Verwaltungsbereich ist die interne Ausrichtung von e-Government aktuell wichtiger als die doch sehr langsam greifende digitale Einbindung der Bürger ins kommunale Geschehen. Mit den schnell wachsenden Personalproblemen in der Verwaltung wird der Innovationsdruck in den nächsten Jahren mit großer Sicherheit rapide zunehmen.

Im Gesundheitswesen ist die Umsetzung der „Elektronischen Patientenakte“ ein nahes Zukunftsziel. Die damit verknüpften Anforderungen an die IT sind sehr groß. Die anfallenden Datenmengen bildgebender Verfahren übertreffen den kommunalen Ansatz um Längen.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines IT-Dienstleisters im kommunalen- und im Gesundheitsbereich sind, sofern er den gestellten Anforderungen gerecht wird, sehr positiv zu bewerten. Weder WEBIT noch die Krankenhaus-IT werden in der bestehenden Struktur das zukünftige Aufgabenpotential meistern können. Erfolgsfaktor wird hierbei nicht die Anzahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im IT-Sektor sein. Das Know-how, eine moderne IT-Infrastruktur und die Zufriedenheit der Anwender entscheiden zukünftig über den weiteren Bestand.

Die IT ist aber nur Mittel zum Zweck. Der wesentliche Optimierungsbedarf liegt bei den Kunden. Die Akzeptanz und Umsetzung von Veränderungsprozessen in Verwaltung und Gesundheitswesen hat höchste Priorität. Hier kann WEBIT nur unterstützen.

3 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde durch WEBIT ein Gesamtertrag von 3.264.917,36 € erwirtschaftet. Dies sind TEUR 501 mehr als 2013. Das Ergebnis liegt 14 % über der Wirtschaftsplanung. Die Umsatzentwicklung ist, wie auch im Vorjahr 2013, sehr stark mit der Systemmigration im Wetteraukreis verknüpft und wird vor allem durch die Mehreinnahmen im Bereich der Dritten bedingt. Grundsätzlich ist auch in den kommenden Jahren mit Kostensteigerungen im IT-Sektor zu planen.

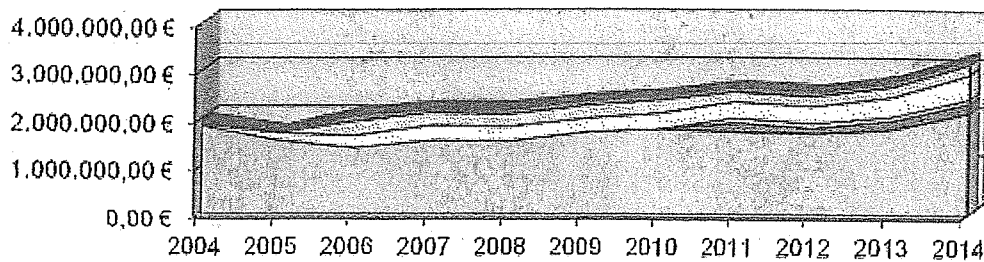
Tabelle der Umsatzentwicklung:

Erträge	Jahresabschluss 2014	Wirtschaftsplan 2014	Jahresabschluss 2013
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an die Verwaltung des Wetteraukreises	2.126.058,50 €	2.096.236,00 €	1.770.569,65 €
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen für e-Government	213.091,81 €	175.846,00 €	195.422,39 €
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an die zentrale Leitstelle	82.927,35 €	79.377,00 €	77.710,46 €
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Eigenbetriebe und kreisnahe Betriebe	13.999,60 €	12.953,00 €	261.916,33 €
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Dritte (hoheitliche Beistandsleistungen)	138.061,32 €	46.640,00 €	51.398,85 €
Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Dritte (umsatzsteuerpflichtig)	356.677,19 €	98.743,00 €	100.370,64 €
Summe Erlöse aus Lieferungen und Leistungen	2.930.815,77 €	2.509.795,00 €	2.457.388,32 €
Erlöse aus Telefondiensten	211.230,46 €	210.000,00 €	202.095,01 €
Erlöse aus Kopierdiensten	101.255,02 €	135.000,00 €	89.480,59 €
Gesamtumsatz	3.243.301,25 €	2.854.795,00 €	2.748.963,92 €
Sonstige betriebliche Erträge	21.616,11 €	2.800,00 €	14.981,60 €
Zinsen und ähnliche Erträge			
Gesamtertrag	3.264.917,36 €	2.857.595,00 €	2.763.945,52 €

WEBIT erstellt 2014 das elfte testierte Jahresergebnis.

Die Umsatzentwicklung ist in folgender Grafik deutlich zu erkennen. Der IT-Umsatz in der Kreisverwaltung liegt 2014 auf einem ähnlichen Niveau wie 2004. Die IT-Struktur vor 10 Jahren ist aber im Umfang und Qualität mit dem heutigen Umfeld nicht vergleichbar.

Umsatzentwicklung WEBIT



IT Kreisverwaltung	e-Government	Zentrale Leitstelle
IT sonstige	Telefondienstleistungen	Kopierdienste

4 Entwicklung der Investitionen

In die IT-Infrastruktur des Kreises wurden 2014 insgesamt 461.832 € investiert. Die projektbezogenen Ausgaben ATLAS-NG erfolgten schwerpunktmäßig 2013. Daher sinken die Investitionen im Vorjahresvergleich.

System- und Standardsoftware	188 T€
Arbeitsplatzausstattung	107 T€
Individualsoftware	103 T€
Server und Netzwerk	53 T€
Büro- und Geschäftsausstattung WEBIT	5 T€
IT-Sicherheit	5 T€

Details Software

Office-Lizenzen	149 T€
Internetauftritt Kreis	63 T€
Systemsoftware	22 T€
Leitstelle Digitalfunk	15 T€
SW-Ansteuerung digitales Archiv	11 T€
Telearbeitslösung nach Migration	11 T€
GIS Ergänzung	8 T€
Kundenaufrufsystem	5 T€
Bauverwaltung Ergänzung	4 T€

Schwerpunkt in der Cloudmigration, Projekt ATLAS NG, war die Ablöse der alten PC-Systeme und deren Ersatz durch Thin-Clients. Diese Systeme integrieren sich optimal in die moderne IT-Infrastruktur und sind auch energetisch ein Gewinn für die Kreisverwaltung. Der geringere Energieverbrauch dieser Endgeräte refinanziert die Investition vollständig schon bei einer Laufzeit von unter drei Jahren. Der strategische Aspekt „Green-IT“ wird gelebte Praxis.

Im Softwarebereich war die Hauptinvestition der Neuaufbau des Internetauftritts der Kreisverwaltung. In enger und guter Zusammenarbeit mit dem Öffentlichkeitsbereich wurde hier im letzten Jahr eine technisch innovative und moderne Plattform in

Betrieb genommen. Der neue Auftritt hat aber nicht nur eine optische und inhaltliche Optimierung erfahren. Die heute eingesetzte Systemplattform, auf Basis „Open-Source“ ist zukunftsorientiert im „Responsive Webdesign“ erstellt und damit geräteübergreifend, dynamisch, barrierefrei und nachhaltig. Das eingerichtete System ist gleichzeitig Basis des jetzt ebenfalls neu zu konzipierenden Intranets.

5 Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Durch den Kreisausschussbeschluss vom 24.03.2010 wird den Eigenbetrieben eine Eigenkapitalquote in Höhe von 30 % der Bilanzsumme vorgegeben. WEBIT hat, 2013 ausgenommen, immer ein positives Jahresergebnis erzielt. Die Abführung von Gewinnen erfolgte nach den Vorgaben des Kreisausschusses.

Der geplante und langfristig prognostizierte Jahresfehlbetrag 2013 in Höhe von 153.374,92 € wurde mit dem Gewinnvortrag der vorangegangenen Jahre verrechnet. Die derzeitige Eigenkapitalquote liegt aufgrund der Gewinnrückführungen und der gestiegenen Bilanz deutlich unter den KA-Vorgaben.

Es ergibt sich folgende Übersicht der Eigenkapitalmittel:

Das Stammkapital von WEBIT beträgt		63.000,00 €
Aus dem Jahresüberschuss 2004 und 2005 wurde eine allgemeine Rücklage gebildet		250.000,00 €
Aus dem Jahresüberschuss 2005, 2007, 2008, 2010 und 2011 wurden auf neue Rechnung vorgetragen	271.182,27 €	
Rückführung aus dem Rechnungsvortrag an den Wetteraukreis in 2010	-121.218,00 €	149.964,27 €
Aus dem Jahresüberschuss 2012 wurde auf neue Rechnung vorgetragen		28.469,71 €
Aus dem Jahresverlust 2013 wurde auf neue Rechnung vorgetragen		-153.374,92 €
		338.059,06 €

Das Bilanzvolumen 2014 hat sich aufgrund der umfangreichen Investitionen des aktuellen und letzten Jahres um 217 T€ auf 2.144 T€ erhöht. In Anwendung des Kreisausschussbeschlusses kann WEBIT somit ein Eigenkapital von maximal 643 T€ halten. Dies liegt weit über dem aktuellen Stand.

Der Eigenbetrieb WEBIT empfiehlt daher dem Kreistag, den Jahresgewinn 2014 in Höhe von 13.867,36 € dem Ergebnisvortrag zuzuführen.

Tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Rückstellungen:

Stand 01.01.2014	Verwendung	Zuführung 2014	Verwendung 2014	Auflösung 2014	Stand 31.12.2014
602.382,00 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	115.827,00 €			718.209,00 €
	<i>Sonstige Rückstellungen:</i>				
113.778,00 €	Rückstellungen für Beihilfen	4.088,00 €			117.866,00 €
15.904,89 €	Rückstellung für Resturlaub	25.238,73 €	15.904,89 €		25.238,73 €
12.904,30 €	Rückstellung für Überstunden	14.120,79 €	12.904,30 €		14.120,79 €
5.712,40 €	Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten Beamte	1.103,70 €			6.816,10 €
5.600,00 €	Rückstellung für die Erstellung des Jahresabschlusses	200,00 €			5.800,00 €
5.355,00 €	Rückstellung für die Prüfung des Jahresabschlusses	5.950,00 €	5.355,00 €		5.950,00 €
3.166,97 €	Anmietung von Archivräumen zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen für 10 Jahre				3.166,97 €
162.421,56 €	<i>Zwischensumme sonstige Rückstellungen</i>	50.701,22 €	34.164,19 €	0,00 €	178.958,59 €
764.803,56 €	<i>Summe Rückstellungen</i>	166.528,22 €	34.164,19 €	0,00 €	897.167,59 €

Der Schwerpunkt der Rückstellungen 2014 resultiert aus den Pensionsansprüchen der beiden bei WEBIT beschäftigten Beamten. Die Zuführung 2014 beträgt 115.827 € und ist damit etwas geringer als 2013 (126.235 €).

6 Personal- und Sozialbereich

Die Personalstärke von WEBIT ist im Wirtschaftsplan auf 15,5 Personen festgelegt. Zum Bilanzstichtag waren bei WEBIT 16 Mitarbeiter/innen beschäftigt, davon zwei in Teilzeit.

Die Einsatzbereitschaft und der Erfolg des IT-Eigenbetriebes WEBIT sind sehr eng mit dem Personalkörper verbunden. Auch WEBIT muss mit der „strategischen Brille Demografie“ betrachtet werden. Dem Personalkörper des Eigenbetriebes müssen mittelfristig leistungsfähige Nachwuchskräfte zugeführt werden. Die Gewinnung von Nachwuchskräften ist daher ein wichtiger strategischer Aspekt. 2014 konnte leider, wie bereits 2013, die Ausbildungsstelle zum Fachinformatiker nicht besetzt werden. Aus diesem Grund wurden für 2015, in Zusammenarbeit mit dem GZW, zwei Ausbildungsstellen ausgeschrieben. Beide Stellen konnten mit geeigneten Bewerbern besetzt werden.

Folgende Zahlungen wurden im Personalbereich 2014 geleistet:

Beschäftigte			
Gehälter	ZVK	Sozialversicherung	Beihilfen / Unterstützung
670.807,06 €	55.252,83 €	125.412,87 €	./.

Beamte		
Bezüge	Aufwendungen für Altersversorgung / Unterstützung	Beihilfe
109.539,41 €	18.236,10 €	3.073,20 €

Die Summe der Personalkosten beläuft sich 2014 auf 1.043.687 € und liegt mit 8.778 € also rund 0,84 % über den Ausgaben 2013. Aufgrund aktueller Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und der Personalentwicklung WEBIT muss ein Anstieg der Personalkosten auch in den nächsten Jahren eingeplant werden. Die Personalkosten haben aktuell einen Anteil von rund 32 %, gemessen am Gesamtaufwand.

Im Gegensatz zur Kreisverwaltung werden im Eigenbetrieb WEBIT die Rückstellungen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) ermittelt.

Im Abschluss 2010 führten die Anpassungen gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) zu erhöhten Rückstellungen und damit zu einer deutlichen Erhöhung der Personalkosten. Diese Anpassungen haben wie folgt Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2014:

- Rückwirkend zum 01.01.2010 ist die Pensionsrückstellung um 302.254 € zu erhöhen. WEBIT wird dies gleichmäßig in 15 Jahresraten (jährlich 20.150 €) erfüllen. 2014 wurde die fünfte Rate berücksichtigt.
- Darüber hinaus beträgt die Zuführung zur Pensionsrückstellung 95.677 € in 2014 (gegenüber 106.085 € in 2013).

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Die Synergieeffekte interkommunaler Zusammenarbeit sind sehr vielschichtig. Die IT bietet hier zwar einen wichtigen aber monetär betrachtet nur geringen Aspekt. Der operative und wirtschaftliche Vorteil von Kooperationen liegt vor allem in der Abstimmung von Prozessen und Vorgängen. Die IT ist in vielen Fällen nur der technische Träger und Nutzungsvoraussetzung.

1. Kooperation Gesundheitszentrum Wetterau und Lahn-Dill-Kliniken

Die im letzten Jahr durch die politischen und operativen Führungskräfte angestrebte Zusammenarbeit des Gesundheitszentrums Wetterau und der Lahn-Dill-Kliniken wird, sofern sie die Zustimmung der Kreistage beider Kreise erhält, dieses Jahr umgesetzt. Im extrem dynamischen gesundheitsspezifischen Bereich verspricht der Aufbau eines übergreifenden IT-Managements ein großes Kooperations-, Synergie und letztlich Einsparungspotential. Die Lahn-Dill-Kliniken unterscheiden sich in der implementierten IT-Struktur zwar deutlich vom GZW, setzen aber im führenden Krankenhausinformationssystem (KIS) das gleiche System ein. Hier ist das Lahn-Dill-Klinikum dem GZW ebenbürtig. Neben dem Potential KIS wird eine gelebte Zusammenarbeit sukzessive den Ausbau einer übergreifenden IT fordern. Nur durch und mit einer abgestimmten IT kann aus der Kooperation zügig Gewinn geschlagen werden.

Der Wetteraukreis mit WEBIT und GZW-IT können von der anstehenden Zusammenarbeit nur profitieren.

2. Interkommunale Kooperation

Das Aufgabenportfolio der Kreise in Hessen ist nahezu identisch. Grundsätzlich unterscheiden sich, basierend auf der kommunalen Eigenständigkeit, aber die IT- und softwaretechnischen Realisierungen mehr und weniger. WEBIT als Repräsentant des Wetteraukreises hat im letzten Jahr Verbindung zu verschiedenen IT-Bereichen benachbarter Kreisverwaltungen aufgenommen. Grundsätzlich besteht in allen Kommunen eine Kooperationsbereitschaft. Auch wenn der Weg zu einem kreisübergreifenden synergetischen Betrieb noch sehr steinig ist, konnten 2014, in sehr offenen Besprechungen, wichtiges Know-how ausgetauscht und erste Rahmenvorgaben kommuniziert werden. WEBIT wird auch 2015 mit Nachdruck den Gedanken der interkommunalen kreisübergreifenden Kooperation vorantreiben. Dieser strategische Ansatz wird sich, mit großer Sicherheit, in den nächsten Jahren auszahlen. Im Projekt ATLAS-NG wurden die Erfahrungen der virtuellen Serverlandschaft im Fachverfahren Bauwesen des Main-Kinzig-Kreises bereits aktiv eingearbeitet.

III. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft sowie Chancen & Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung von WEBIT sind, wie für jeden IT-Dienstleister, sehr vielschichtig. Viele Faktoren der zukünftigen Entwicklung werden durch den Eigenbetrieb selbst bestimmt oder direkt beeinflusst. WEBIT als kommunale Einrichtung unterliegt natürlich übergeordneten strategischen Entscheidungen der politischen Gremien.

1. Personal, Personalkosten und Know-how

„Erfolgsfaktor Nr. 1“ eines IT-Dienstleisters ist das Personal und dessen Know-how. Nur wenn WEBIT weiterhin sein umfassendes technisches und anwendungsspezifisches Fachwissen im interkommunalen Markt beweist und unsere Kunden dies auch erkennen, wird der Eigenbetrieb langfristig Bestand haben. Der fortwährende Ausbau von Wissen und die Nachwuchsausbildung haben daher im IT-Bereich einen besonderen Stellenwert. Der Know-how Transfer ATLAS-NG wird WEBIT und die IT des GZW noch geraume Zeit fordern. Hier waren und sind konkrete Schulungsblöcke Projektbestandteil. In der Nachwuchsausbildung wurde, in Abstimmung mit dem Personaldezernenten, die Bereitstellung von zwei Ausbildungsplätzen 2015 vereinbart. Die Ausbildung erfolgt in Kooperation mit dem GZW. Zielsetzung ist eine langfristige Bindung der Mitarbeiter an die IT des Kreises, respektive WEBIT oder an den Kooperationspartner GZW. Im immer enger werdenden IT-Personalmarkt wird die Bindung von qualifizierten Fachkräften immer schwieriger. WEBIT, respektive die Öffentliche Hand, muss und wird sich dieser Herausforderung stellen müssen. Es ist fraglich, ob die starren kommunalen Personalstrukturen diesen kommenden Anforderungen gerecht werden.

2. Betriebssicherheit und proaktives Management

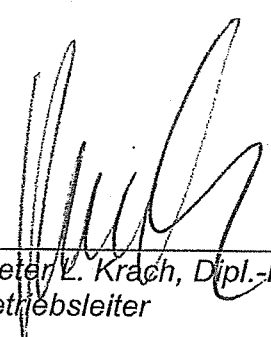
Der Umstieg vom PC-Netzwerk zu zentral gesteuerten Dienstleistungen aus der Cloud bedingt eine klare strategische Vorgehensweise. Vor allem beim IT-Dienstleister WEBIT müssen viele Prozesse neu erarbeitet und gelebt werden. Die Mitnahme und Integration des Personals in ein neues zentrales Betreuungskonzept bedingt auch ein Umdenken und Umlernen in der IT. Neben dem bereits mehrfach hervorgehobenen Bedarf an Know-how muss in einem modernen Betreuungsumfeld eine Systemüberwachung weitgehend automatisiert werden. Systemstörungen sind in einem zentralen Betrieb grundsätzlich soweit als möglich zu vermeiden. Eine regelmäßige und konsequente Überprüfung aller serverseitigen Log-Files oder Systemmeldungen ist essentiell. Um der Forderung Hochverfügbarkeit nachzukommen, wird im Projekt ATLAS-NG der Wechsel vom reaktiven zum proaktiven IT-Management vollzogen. Dieser Schritt und die technische Umsetzung wird WEBIT langfristig beschäftigen. Nur wenn das Systemumfeld ausfallsicher und stabil funktioniert, werden unsere Kunden sich langfristig binden.

3. Entwicklung WEBIT im Rahmen interkommunaler Kooperationen

Interkommunale Kooperationen bedingen immer Führungsentscheidungen auf höchster Ebene. WEBIT wird sich auch zukünftig für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Kommunen einsetzen. Kooperation bedeutet aber auch den Willen, sich aktiv mit dem Partner auseinanderzusetzen und eigene Prozesse auf den Prüfstein zu legen. Die IT öffnet vielen Unternehmen einen nicht unwesentlichen Gestaltungsspielraum. Eine übergreifende Kooperation oder ein gemeinsamer IT-Betrieb würde diesen zumindest teilweise einschränken. Hier gilt es Einschränkung gegen wirtschaftlichen Vorteil abzuwägen. Mit der technischen Umstrukturierung in ATLAS-NG hat WEBIT alle relevanten IT-Services und die Nutzung von Fachanwendungen weitgehend modularisiert. Grundsätzlich ist damit eine beliebig ausgeprägte Kooperation auf System-, Modul- oder Anwendungsebene möglich. Dieser Aspekt des Projektes ATLAS-NG ist DIE Basis der zukunftsorientierten Umstrukturierung WEBIT zu einem modernen IT-Dienstleister.

Friedberg, den 01.04.2015

WEBIT
Eigenbetrieb
Informationstechnologie
des Wetteraukreises



Dieter L. Krach, Dipl.-Inform.
Betriebsleiter



Wetterau

WEBIT

Wirtschaftsplan

**des Eigenbetriebes Informationstechnologie
des Wetteraukreises**

für das

Wirtschaftsjahr 2016

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

	Inhaltsübersicht	Seite
I.	Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2016	3
II.	Vorbericht zum Wirtschaftsplan	5
III.	Erfolgsplan	6
IV.	Erläuterungen zum Erfolgsplan	14
V.	Vermögensplan	19
VI.	Erläuterungen zum Vermögensplan	24
VII.	Finanzplan 2015 – 2019	25
VIII.	Erläuterungen zum Finanzplan 2015 – 2019	32
IX.	Übersicht der leistungsverändernden Vorhaben (Projekte)	32
X.	Stellenübersicht	35
XI.	Erläuterungen zur Stellenübersicht	37
XII.	Entgeltverzeichnis – Anlage zum Wirtschaftsplan 2016	38
XIII.	Erläuterungen Fachbegriffe und Abkürzungen	55

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes IT des Wetteraukreises für das Wirtschaftsjahr 2016

Der Kreistag des Wetteraukreises hat in seiner Sitzung vom 09.12.2015 folgenden Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2016 beschlossen:

§ 1

Der Wirtschaftsplan für das Kalenderjahr 2016 wird im Erfolgsplan

in den Erträgen auf.....	3.059.583,00 Euro
in den Aufwendungen auf.....	3.149.478,00 Euro
im Vermögensplan	
in den Einnahmen auf	635.692,00 Euro
in den Ausgaben auf	635.692,00 Euro

festgesetzt.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite im Vermögensplan zur Finanzierung von Maßnahmen wird auf 0,00 Euro festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 400.000,00 Euro festgesetzt.


§ 5

Es gilt die vom Kreistag mit dem Wirtschaftsplan am 09.12.2015 beschlossene Stellenübersicht für das Wirtschaftsjahr 2016.

Friedberg, den 09.12.2015

Wetteraukreis Friedberg
Der Kreisausschuss


Joachim Arnold
Landrat


Wolfgang Patzak
Dezernent WEBIT

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2016

Folgt man den IT-Analysten so wird die Zukunft der IT durch die Begriffe Cloud- und Mobile Computing, Big Data sowie Business Intelligence bestimmt. Unbestritten ist, dass aufgrund ständig steigender Anforderungen, permanent wachsenden Datenmengen und immer kürzeren Innovationszyklen die IT der Zukunft stetig komplexer und mächtiger wird. Die Administration und der Betrieb des mehr und mehr vernetzten IT-Umfeldes setzt mehr und mehr ein spezifisches Fachwissen voraus. Dieses Fachwissen kann in der notwendigen Breite, Tiefe und Redundanz durch kommunale IT-Organisationen, wie WEBIT, nicht mehr umfassend vorgehalten werden. Ausweg und Lösung dieser Entwicklung verspricht der „Cloud-Gedanke“. Alle notwendigen IT-Dienste werden bedarfsgerecht aus der „Wolke“ bezogen. Dies kann aber nur dann funktionieren wenn in der Wolke die Verantwortlichkeiten, die organisatorischen, technischen und vor allem rechtlichen Vorgaben geregelt wurden. Daneben spielen Datensicherheit und Datenschutz eine immer wichtigere Rolle.

Im Wetteraukreis ist Cloud- und Mobile Computing bereits gelebte Realität. Die notwendigen Voraussetzungen wurden erfolgreich in den letzten beiden Jahren durch das Projekt ATLAS-NG geschaffen. Der IT-Betrieb in der Kreisverwaltung, im Gesundheitszentrum und bei allen weiteren Kunden erfolgt synergetisch und nimmt hinsichtlich technologischer Zukunftsorientierung, Wirtschaftlichkeit und strategischer Ausrichtung im deutschlandweiten kommunalen Umfeld definitiv eine Führungsrolle ein.

Auch zukünftig wird WEBIT den eingeschlagenen innovativen Weg weitergehen. Der Wirtschaftsplan 2016 ist eine konsequente Fortschreibung dieser zukunftsorientierten Ausrichtung. Neben der Optimierung bestehender Prozesse und dem Ausbau von Know-how ist die weitere Konkretisierung der Kernkompetenzen im verwaltungstechnischen und medizinischen Betreuungsumfeld ein hohes strategisches Ziel. Neuinvestitionen sind im Netzwerkbereich und im Management der Daten unabdingbar.

Der Wirtschaftsplan 2016 wird, wie langfristig geplant, durch die Investitionen der Vorjahre geprägt. Die Abschreibungen aus dem Projekt ATLAS-NG und die geplanten Ausgaben im Netzwerk- und Speicherbereich bedingen, dass 2016 keine ausgeglichene Haushaltsplanung erfolgen kann. Mittelfristig erwarten wir, aufgrund guter wirtschaftlicher Rahmenfaktoren, erneut positive Jahresergebnisse. Eine Anhebung des Entgeltverzeichnisses zur Finanzierung der Investitionen ist daher nicht vorgesehen.

Das klar erkennbare wachsende Aufgabenportfolio, der konsequente Konsolidierungskurs und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung machen eine leistungsfähige und innovative IT unverzichtbar. Dafür steht WEBIT.

Erfolgsplan
des Eigenbetriebes Informationstechnologie
des Wetteraukreises
für das
Wirtschaftsjahr 2016

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Wirtschaftsplan 2016						
des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises						
Erfolgsplan						
Bezeichnung		Ansatz 2016	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2014	
Erträge		€	€	€	€	€
EE01	1. Umsatzerlöse					
	Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an die Kreisverwaltung	1.920.696,00	1.796.625,00	1.831.724,00	1.845.081,26	
EE02	Erlöse aus Lieferungen und Leistungen für e-Government	175.172,00	182.434,00	175.846,00	213.091,81	
EE03	Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an die zentrale Leitstelle	90.805,00	85.942,00	79.377,00	82.927,35	
EE04	Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Eigenbetriebe und kreisnahe Betriebe	14.516,00	14.834,00	12.953,00	13.999,60	
EE05	Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Dritte	147.114,00	176.712,00	145.383,00	494.738,51	
EE06	Erlöse aus Lieferungen und Leistungen aus Projekten	262.280,00	344.188,00	264.512,00	280.977,24	
EE07	Erlöse aus Telefonleistungen	230.000,00	210.000,00	210.000,00	211.230,46	
EE08	Erlöse aus Druck- und Kopierleistungen	180.000,00	200.000,00	135.000,00	101.255,02	
	Summe Umsatzerlöse	3.020.583,00	3.010.735,00	2.854.795,00	3.243.301,25	

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Wirtschaftsplan 2016

des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

Erfolgsplan

Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2014
	€	€	€	€
Erträge				
<u>2. Sonstige betriebliche Erträge</u>				
Sonstige betriebliche Erträge	39.000,00	13.700,00	2.800,00	21.616,11
<u>3. Sonstige Erträge</u>				
Zinsen und ähnliche Erträge				
Summe Erträge	3.059.583,00	3.024.435,00	2.857.595,00	3.264.917,36

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises Erfolgsplan					
Bezeichnung		Ansatz 2016	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2014
Aufwendungen		€	€	€	€
1. Personalaufwand					
AE01	Beschäftigtenvergütungen	709.710,00	677.850,00	657.050,00	670.415,03
AE02	AGA zur ZVK f. Beschäftigte	58.550,00	55.580,00	54.830,00	55.252,83
AE03	AGA z. gesetzl. Soz. Vers. f. Beschäftigte	132.590,00	127.690,00	123.880,00	125.412,87
AE04	Beamtenbezüge	119.040,00	116.650,00	110.230,00	109.539,41
AE05	Versorgungsrücklagen u. Umlage zur Versorgungskasse	23.000,00	21.250,00	21.250,00	18.236,10
AE06	Beihilfe	8.500,00	8.000,00	8.400,00	3.073,20
AE07	Rückstellung Pension (Beamte)	60.000,00	60.000,00	10.000,00	55.464,00
AE08	Rückstellung Beihilfe (Beamte)	10.000,00	15.000,00	15.000,00	4.088,00
AE09	Rückstellung Lebensarbeitszeitkonten (Beamte)	500,00	500,00	500,00	1.103,70
AE10	Rückstellung Urlaub/Überstunden	1.000,00	1.000,00	1.000,00	1.410,31
AE11	Ausbildungsvergütung Fachinformatiker	30.620,00	5.940,00	6.030,00	592,03
	Summe Personalaufwand	1.153.510,00	1.089.460,00	1.008.170,00	1.044.587,48
2. Abschreibungen					
AE12	Abschreibung für getätigte Investitionen	437.075,00	540.480,00	557.438,00	561.378,27
AE13	Abschreibung geplante Investitionen	68.467,00	66.933,00	89.467,00	
	Summe Abschreibungen	505.542,00	607.413,00	646.905,00	561.378,27

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Wirtschaftsplan 2016

des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

Erfolgsplan

Bezeichnung		Ansatz 2016	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2014
Aufwendungen		€	€	€	€
3. Aufwendungen für bezogene Waren und Leistungen					
<u>Objekte: Allgemein, leistungserhaltend</u>					
AE14	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (Datenträger etc.)	25.000,00	20.000,00	20.000,00	340.623,88
AE15	Wartungsverträge	40.000,00	33.929,00	40.755,00	37.988,12
AE16	Telefonie (Bereitstellung und Verbindungsentgelte)	65.000,00	65.000,00	75.000,00	56.568,09
AE17	Mobile Kommunikation	40.000,00	35.000,00	30.000,00	36.853,20
AE18	Kopierer- / Druckerbetrieb	130.000,00	130.000,00	110.000,00	78.210,76
AE19	Datenleitungen	50.000,00	50.000,00	50.000,00	47.905,33
AE20	Softwarepflegeverträge allgemein	24.000,00	21.785,00	41.330,00	32.705,42
AE21	Fachapplikationen (Softwarepflege)	704.326,00	649.532,00	620.682,00	670.621,25
AE22	Internet/E-Mail	50.000,00	50.000,00	50.000,00	54.025,94
AE23	techn. Dienstleistungen, Installation, Reparatur	20.000,00	20.000,00	20.000,00	33.977,89
AE24	techn. Consulting	20.000,00	20.000,00	20.000,00	20.354,95
AE25	Entsorgungskosten	1.000,00	1.000,00	1.000,00	345,10
	<i>Summe Objekte</i>	1.169.326,00	1.096.246,00	1.078.767,00	1.410.179,93
Projekte: Leistungsverändernd (Beratung, Inst., Schulung)					
P202	e-government: DMS *		20.000,00		7.868,86
P237	e-government: GIS *				
P105	Migration System- und Standardsoftware *		10.000,00	20.000,00	40.264,16

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises Erfolgsplan

	Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2014
		€	€	€	€
Aufwendungen					
P117	Mobile Kommunikation		10.000,00	10.000,00	
P107	Systemmonitoring	35.000,00			
P201	e-government: CMS/Intranet (SFD 01) *		20.000,00	5.000,00	12.520,00
P230	SW Personalmanagement (FD 1.1)		1.000,00		
P226	Kommunaler Konzernabschluss (FD 1.2)	50.000,00	16.500,00		
P231	Fahrerlaubnis Verfahrensumstellung (FD 1.3)	3.000,00			
P211	Octaware TN (FD 2.3) *	6.500,00	6.500,00	6.500,00	3.565,24
P242	Datenbank EWOC (FD 3.2)		35.000,00		
P213	Bauantrag Online (FD 4.5)	3.000,00	3.000,00	3.000,00	
P243	Archivierung Bauakten (FD 4.5)	20.000,00			
P234	Raum- und Ressourcenmanagement (FB 5)		5.000,00		
P241	e-Vergabe (FB 5 u.a.)		5.000,00		
	Druckerkonzept				149,28
	* Fortführung eines Projektes aus 2015 / Projektmittel wurden in 2015 nicht oder nur teilweise verwendet				
	Summe Projekte	117.500,00	132.000,00	44.500,00	64.367,54
	Summe Aufwendungen für bezogene Waren und Leistungen	1.286.826,00	1.228.246,00	1.123.267,00	1.474.547,47

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Wirtschaftsplan 2016

des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

Erfolgsplan

Bezeichnung	Ansatz 2016	Ansatz 2015	Ansatz 2014	Rechnungs- ergebnis 2014
	€	€	€	€
Aufwendungen				
<u>4. Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>				
AE26 Regiekosten	25.000,00	30.000,00	33.000,00	23.733,48
AE27 Mietkosten Büroräume	34.000,00	34.000,00	34.000,00	33.872,20
AE28 Heizung, Strom, Wasser	7.000,00	7.000,00	7.000,00	6.742,44
AE29 Reinigung	3.500,00	3.500,00	3.500,00	3.483,00
AE30 Dienstreisen	3.000,00	3.500,00	3.500,00	2.244,45
AE31 Bewirtung	1.000,00	1.000,00	1.000,00	473,60
AE32 Fortbildung	15.000,00	15.000,00	15.000,00	8.520,31
AE33 Ausbildungskosten	11.000,00	3.000,00	3.000,00	
AE34 Betrieb, Instandhaltung, Reparatur	1.000,00	1.000,00	1.000,00	
AE35 Jahresabschluss, Rechtsberatung	10.000,00	10.000,00	10.000,00	7.782,10
AE36 Organisationsberatung	5.000,00	5.000,00	5.000,00	
AE37 Kopierkosten	1.200,00	1.500,00	1.500,00	744,21
AE38 Bürobedarf	500,00	500,00	500,00	360,61
AE39 Bücher und Zeitschriften	500,00	500,00	500,00	320,00
AE40 Post- und Fernmeldegebühren	3.000,00	3.500,00	3.500,00	2.758,36
AE41 Sonstige Personalaufwendungen	5.000,00	5.000,00	5.000,00	4.605,00
AE42 Arbeitsmedizinischer u. sicherheitstech. Dienst	500,00	500,00	500,00	397,28

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises Erfolgsplan

Bezeichnung	Ansatz 2016 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2014 €	Rechnungs- ergebnis 2014 €
Aufwendungen				
AE43 Aufwendungen aus Abgängen/Verkäufen von Anlagegütern				294,68
Übrige sonstige Aufwendungen				
AE44 Aufwendungen f. ehrenamtl. Tätigkeiten (Betriebskommission)	1.500,00	1.600,00	1.500,00	1.384,10
AE45 Versicherungen/ Mitgliedschaften	7.000,00	7.000,00	6.000,00	6.472,99
AE46 Nebenkosten Geldverkehr/ Kontoführung	250,00	250,00	250,00	221,20
AE47 Zinsen für Kontoführung und Kreditaufnahme	2.000,00	7.700,00	14.146,00	1.800,87
AE48 Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen und sonstige Aufwendungen	40.000,00	35.000,00	34.000,00	40.213,00
AE49 Sonstige Geschäftsausgaben	2.500,00	3.000,00	3.000,00	713,90
AE50 Steuern vom Einkommen und Ertrag	4.000,00	4.000,00	5.000,00	3.249,00
<i>Summe sonstige betr. Aufwendungen</i>	<i>183.450,00</i>	<i>183.050,00</i>	<i>191.396,00</i>	<i>150.386,78</i>
Außerordentliche Aufwendungen	20.150,00	20.150,00	20.150,00	20.150,00
Summe Aufwendungen	3.149.478,00	3.128.319,00	2.989.888,00	3.251.050,00

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Der Erfolgsplan 2016 weist auf der Einnahmenseite ein Defizit von 89.895,- Euro aus. Gemäß § 11 Abs 6 EigBGes soll dieser voraussichtliche Jahresverlust auf neue Rechnung vorgetragen werden (zum Jahresabschluss 2014 hat der Rechnungsvortrag - vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistags - einen Stand von + 38.926,42 Euro). Laut § 11 Abs 6 EigBGes sind die Gewinne der folgenden fünf Jahre zunächst zur Verlusttilgung zu verwenden.

I. Erträge Umsatzerlöse

- EE01 Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an die Kreisverwaltung
Neue Produkte im Applikationsbereich und Folgekosten aus Beschaffungen von Hard- und Software bedingen einen Anstieg bei den geplanten Erlösen aus Standard-IT-Leistungen an die Kreisverwaltung.
- EE02 Erlöse aus Lieferungen und Leistungen für e-Government
Separate Darstellung der Erlöse aus e-Government (GIS und DMS - Elektron. Anordnungswesen). Es handelt sich um fachdienstübergreifende zukunftsorientierte Bereiche.
- EE03 Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an die zentrale Leitstelle
Dieser Bereich wird separat dargestellt, da es sich bei der Leitstelle um einen Kunden mit spezifischer Konfiguration handelt. In 2016 sind durch erforderliche Investitionen höhere Umsatzerlöse zu erwarten.
- EE04 Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Eigenbetriebe und kreisnahe Betriebe
Nach Rückführung der Eigenbetriebe EGW und vhs in die Kreisverwaltung verbleiben in dieser Position die Umsätze mit dem AWB und dem Wasserverband Nidda.
- EE05 Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Dritte
Die Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Dritte beinhalten Umsätze mit dem Jobcenter, der Stadtverwaltung Büdingen, der Gemeinde Rockenberg und dem GZW.
- EE06 Erlöse aus Lieferungen und Leistungen aus Projekten
Die Position enthält erwartete Erlöse aus IT-Projekten, vor allem aus dem im Entgeltverzeichnis dargestellten Migrationsbeitrag. Gegenüber 2015 sinkt der Migrationsbeitrag um rund 30%, entsprechend sinken die kalkulierten

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Erlöse.

Die Erlöse aus e-Government-Projekten sind in EE02 enthalten.

EE07

Erlöse aus Telefonleistungen

Die Erlöse aus Telefondiensten (Festnetztelefonie und mobile Kommunikation) enthalten die Umsatzerlöse mit der Kreisverwaltung und weiteren Kunden von WEBIT.

Für 2016 wird, auf Basis der aktuellen Zahlen, mit einem Anstieg der Erlöse gerechnet.

EE08

Erlöse aus Kopier- und Druckerleistungen

Die Erlöse aus Kopier- und Druckerleistungen enthalten die Umsatzerlöse mit der Kreisverwaltung und weiteren Kunden von WEBIT. Die Schätzung der voraussichtlichen Erlöse erfolgt auf Basis des erstellten Konzepts und der aktuellen Zahlen.

Nach Umsetzung des in 2013 erarbeiteten Drucker- und Kopiererkonzepts werden flächendeckend zentral administrierte (und abgerechnete) Drucker und Kopierer eingesetzt. Die Bereitstellungsgebühren für diese Drucker und die Seitenpreise für die darauf erstellten Ausdrücke werden über WEBIT abgerechnet. Gleichzeitig werden durch günstigere Seitenpreise für Ausdrücke und den Wegfall von Tonerkauf für dezentrale Drucker Einsparungen im Kreishaushalt erwartet.

Sonstige betriebliche Erträge

EE09

Es handelt sich hierbei um die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten.

II. Aufwendungen

Personalaufwand

AE01-AE04

Siehe Erläuterungen zur Stellenübersicht auf Seite 37.

Die Erhöhung der Personalkosten resultiert aus tariflichen Erhöhungen sowie geplanten Höhergruppierungen.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

AE07 Rückstellung Pension (Beamte)
Durch das Bilanzmodernisierungsgesetz (BilMoG) ist der Eigenbetrieb seit 2010 zur Bildung höherer Pensionsrückstellungen verpflichtet. Das aktuell sehr niedrige Zinsniveau bedingt einen Anstieg der zu bildenden Rückstellungen.
Die Rückstellungen bestehen neben dem Personalaufwand aus Zinseffekten aus der Aufzinsung des Vorjahresbestands. Dieser Zinsaufwand ist unter Position AE48 dargestellt.

AE11 Ausbildungsvergütung Fachinformatiker
Im Ausbildungsjahr 2015 wurden 2 neue Auszubildende (Fachinformatiker) eingestellt (siehe auch Erläuterungen zur Stellenübersicht auf Seite 37).

Abschreibungen

AE12-AE13 Die Investitionen werden linear abgeschrieben. Abschreibungen für Investitionen bis Ende des Wirtschaftsjahres 2015 werden im Pkt. AE12 und für die in 2016 neu zu tätigen Investitionen im Pkt. AE13 berücksichtigt.

Aufwendungen für bezogene Waren und Leistungen

Leistungserhaltende Vorhaben = Objekte

Erläuterung zur Position:

AE15 Wartungsverträge
für das zentrale Speichersystem (SAN), die USV-Anlagen und die Kassenautomaten.

AE16 Telefonie
Telefon- und Leitungsgebühren, Wartung und Instandhaltung der Telefonanlage incl. Ersatzbeschaffungen.

AE17 Mobile Kommunikation
Der Bereich der mobilen Kommunikation (Handy, Blackberry, Smartphone, Surfstick) gewinnt zunehmend an Bedeutung (Zunahme der Verträge um rund 8% in einem Jahr).

AE18 Kopierer- / Druckerbetrieb
Die Umsetzung des Druckerkonzepts (zentrale Administration und Abrechnung aller Drucker / Kopierer wie unter EE08 beschrieben) führt zu gesteigerten Aufwendungen bei WEBIT für die zentrale Bereitstellung der Druckdienste.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

- AE19 Datenleitungen
Angemietete Datenleitungen zwischen den Verwaltungsstandorten.
- AE20 Softwarepflegeverträge allgemein
Neben der erweiterten Management- und Helpdesksoftware fallen im Zuge des Migrationsprojektes ATLAS NG Kosten für die Wartung der Virtualisierungssoftware an.
- AE21 Fachapplikationen (Softwarepflege)
Wartungsverträge und weitere Kosten externer Firmen für alle Fachapplikationen. Preiserhöhungen und zusätzliche Fachapplikationen führen zur Erhöhung des Aufwands.

Leistungsverändernde Vorhaben = Projekte
siehe Übersicht der leistungsverändernden Vorhaben (Projekte) S. 32 ff.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Erläuterung zur Position:

- AE26 Regiekosten
Die Regiekosten sind Kosten für Dienstleistungen, die WEBIT bei der Kreisverwaltung in Anspruch nimmt, u.a. Personalbetreuung, Abwicklung der Buchführung und Überprüfung der Vergaben.
- AE33 Ausbildungskosten
Im Ausbildungsjahr 2015 wurden 2 neue Auszubildende (Fachinformatiker) eingestellt. Es entstehen Kosten für ausbildungsbegleitende Seminare.
- AE41 Sonstige Personalaufwendungen
Die sonstigen Personalaufwendungen enthalten Kosten für Jobticket, Kantinenzuschuss, Zuschuss zu Gemeinschaftsveranstaltungen etc.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

- AE48 Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen und sonstige Aufwendungen
Zinsaufwendungen nach §67 Abs. 7 EGHGB aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen auf Grund der Anwendung des BiLMoG (Bilanzmodernisierungsgesetz).
- AE50 Steuern vom Einkommen und Ertrag
Für die anteiligen Erlöse aus der Betreuung "gewerblicher" Kunden (GZW und Jobcenter) ist WEBIT gewerbe- und körperschaftssteuerpflichtig.
- Außerordentliche Aufwendungen
Aufwendungen nach §67 Abs. 7 EGHGB aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen auf Grund der Erstanwendung des BiLMoG (Bilanzmodernisierungsgesetz) ab 2010.

Vermögensplan

**des Eigenbetriebes Informationstechnologie
des Wetteraukreises**

für das

Wirtschaftsjahr 2016

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 2016 des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 1 -

Deckungsmittel (Mittelherkunft)		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Euro
1	Zuführungen zum Stammkapital	
2	Zuführungen zu Rücklagen abzgl. Entnahmen	
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	130.150,00 €
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr. 6)	505.542,00 €
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos. C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	
9	Kredite	
	a) von der Gemeinde	
	b) von Dritten	
10	
11	Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt	<u>635.692,00 €</u>

Erläuterung

voraussichtl. Zuführung zu Rückstellungen für Pension und Beihilfe

voraussichtl. Abschreibung auf getätigte und geplante Investitionen

Kreditaufnahme für Investitionen

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 2016 des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 2 -

Ausgaben (Mittelverwendung)		Planansatz		Investitionen (nachrichtlich)		
Projekt Nr.	Lfd. Nr. Bezeichnung	Ausgaben des Wirtschaftsjahres Euro	Verpflichtungser- mächtigungen des Wirtschaftsjahres Euro	Gesamtaus- gabebedarf Euro	bisher bereitgestellt Euro	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagenwerte					
1.1	<u>Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>					
AV01	Hardware Eigenbetrieb	6.000,00				laufender Bedarf
AV02	Möbel Eigenbetrieb	2.000,00				laufender Bedarf
	<i>Summe Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	<i>8.000,00</i>				
1.2	<u>Investitionen für ITK-Ausstattung (Hard- und Software)</u>					
	<u>a) Objekte: Leistungserhaltend</u>					
AV03	Beschaffung Hard- und Software	30.000,00				laufender Bedarf
AV04	Erneuerung zentrale Infrastruktur	15.000,00				laufender Bedarf
AV05	Antivirensoftware	10.000,00				Laufzeit 2 Jahre
AV06	Lizenzen für zentrale Komponenten	10.000,00				laufender Bedarf
P202	<u>b) Projekte: Leistungsverändernd e-government: DMS - Elektron. Anordnungswesen *</u>	10.000,00		110.984,00	100.984,00	

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 2016 des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 2 -

Projekt Nr.	Lfd. Nr.	Ausgaben (Mittelverwendung) Bezeichnung	Planansatz		Investitionen (nachrichtlich)			Erläuterungen
			Ausgaben des Wirtschaftsjahres Euro	Verpflichtungsermächtigungen des Wirtschaftsjahres Euro	Gesamtausgabebedarf Euro	bisher bereitgestellt Euro		
	1	2	3	4	5	6	7	
P237		e-government: GIS - Lizenzen und Hardware	15.000,00					
P108		Telefonanlage - Erweiterung *	10.000,00					
P106		Mobile Kommunikation	10.000,00					laufender Bedarf
P110		SAN	250.000,00		40.000,00	30.000,00		
P116		Erneuerung zentrale Datensicherung			300.000,00			Aktuelle Technologie
P106		LAN - Austausch	80.000,00		90.000,00			Aktuelle Technologie
		Netzwerkkomponenten						
		Systemmonitoring						
P201		Internet / Intranet (SFD 01)	20.000,00		20.000,00			Kundenforderung
P232		SW Prozessdarstellung (FD 02)	5.000,00		5.000,00			Kundenforderung
P230		SW Personalmanagement (FD 1.1)			5.000,00			Kundenforderung
P226		Kommunaler Gesamtabschluss (FD 1.2)	50.000,00		63.000,00	13.000,00		Kundenforderung
P231		Fahrerlaubnis Verfahrensumstellung (FD 1.3)	5.000,00		5.000,00			Konsolidierungsprojekt
P239		Ratsinformationssystem Umstellung (FD 1.5)	30.000,00		80.000,00	50.000,00		Abkündigung vor handenes Verfahren
P236		Erneuerung IT-Infrastruktur Leitstelle (FD 2.3.5)	15.000,00		90.000,00	75.000,00		Kundenforderung

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Vermögensplan für das Wirtschaftsjahr 2016 des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 2 -

Projekt Nr.	Lfd. Nr.	Ausgaben (Mittelverwendung)		Planansatz		Investitionen (nachrichtlich)			Erläuterungen
		Bezeichnung	Ausgaben des Wirtschaftsjahres Euro	Verpflichtungen des Wirtschaftsjahres Euro	Gesamtausgabebedarf Euro	bisher bereitgestellt Euro			
	1	2	3	4	5	6	7		
P211		Octaware TN (FD 2.3) *	12.000,00						
P213		Bauantrag Online (FD 4.5)	10.000,00						
P243		Archivierung Bauakten (FD 4.5)	30.000,00		40.000,00	30.000,00		bisher nicht umgesetzt	
		* Fortführung eines Projektes aus 2015 / Projektmittel wurden in 2015 nur teilweise verwendet						Kundenforderung	
		Summe Investitionen	617.000,00						
		Summe Sachanlagen und immaterielle Anlagenwerte	625.000,00						
	2	Finanzanlagen							
	3	Tilgung von Krediten							
AV07		Tilgung Investments WEBIT	10.692,00						
		Summe Tilgung	10.692,00						
	4	Rückzahlung von Stammkapital							
AV08		Rückzahlung Jahresüberschuss an Wetteraukreis							
	5	Rückzahlung Jahresüberschuss an Wetteraukreis							
	6	Ausgaben / Verpflichtungsermächtigungen des Vermögensplans insgesamt	635.692,00						

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Erläuterungen zum Vermögensplan

Leistungserhaltende Vorhaben = Objekte

- AV03 Beschaffung Hard- und Software
Diese Position enthält die voraussichtlichen Ersatzbeschaffungen an Hard- und Software sowie den von den Fachdiensten und Eigenbetrieben mitgeteilten Bedarf an Ergänzungsbeschaffungen.
- AV04 Erneuerung zentrale Infrastruktur
Ersatzbeschaffungen im Bereich Server und Netzwerk, um den erreichten Leistungsstandard auch in Zukunft zu gewährleisten.
- AV05 Die Lizenzen der eingesetzten Antivirensoftware haben eine Laufzeit von 2 Jahren.
- AV06 Lizenzen für zentrale Komponenten
Neubeschaffung und Aktualisierung von Systemsoftware.

Leistungsverändernde Vorhaben = Projekte
siehe Übersicht der leistungsverändernden Vorhaben (Projekte) S. 32 ff.

Finanzplan

**des Eigenbetriebes Informationstechnologie
des Wetteraukreises**

für das

Wirtschaftsjahr 2016

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Finanzplan zum Wirtschaftsplan 2016

des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 1 -

A		Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§ 19 Nr. 1 EigBGes)				
		2015 €	2016 €	2017 €	2018 €	2019 €
	Bezeichnung					
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1	Zuführungen zum Stammkapital					
2	Zuführungen zu Rücklagen abzgl. Entnahmen					
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	130.150,00	130.150,00	125.000,00	125.000,00	120.000,00
4	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen					
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr. 6)	607.413,00	505.542,00	483.160,00	394.439,00	410.297,00
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse					
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos. C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"					
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen					
9	Kredite					
	a) von der Gemeinde					
	b) von Dritten					
	Deckungsmittel insgesamt*	737.563,00	635.692,00	608.160,00	519.439,00	530.297,00

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Finanzplan zum Wirtschaftsplan 2016

des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 1 -

A		Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§ 19 Nr. 1 EigBGes)				
Bezeichnung		2015	2016	2017	2018	2019
		€	€	€	€	€
1	Ausgaben (Mittelverwendung) Sachanlagen und immaterielle Anlagenwerte					
1.1	Betriebs- und Geschäftsausstattung					
AF01	Hardware Eigenbetrieb	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00	6.000,00
AF02	Möbel Eigenbetrieb	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00	2.000,00
	<i>Summe Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>	<i>8.000,00</i>	<i>8.000,00</i>	<i>8.000,00</i>	<i>8.000,00</i>	<i>8.000,00</i>
1.2	Investitionen für ITK-Ausstattung (Hard- und Software)					
	a) <u>Objekte: Leistungserhaltend</u>					
AF03	Beschaffung Hard- und Software	50.000,00	30.000,00	50.000,00	40.000,00	40.000,00
AF04	Erneuerung zentrale Infrastruktur	30.000,00	15.000,00	20.000,00	30.000,00	40.000,00
AF05	Antivirensoftware	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00	10.000,00
AF06	Lizenzen für zentrale Komponenten	10.000,00	10.000,00	20.000,00	10.000,00	20.000,00
	b) <u>Projekte: Leistungsverändernd</u>					
P202	e-government: DMS - Elektron. Anordnungswesen	30.000,00	10.000,00	30.000,00	20.000,00	10.000,00
P237	e-government: GIS - Lizenzen und Hardware	5.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00	15.000,00
P105	Migration System- und Standardsoftware, Hardware			30.000,00		30.000,00

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Finanzplan zum Wirtschaftsplan 2016

des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 1 -

A		Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§ 19 Nr. 1 EigBGes)					
Bezeichnung		2015	2016	2017	2018	2019	
		€	€	€	€	€	
P108	Telefonanlage - Erweiterung	10.000,00	10.000,00	10.000,00	100.000,00	10.000,00	
P117	Mobile Kommunikation	30.000,00	10.000,00				
P110	SAN		250.000,00		30.000,00	20.000,00	
P116	Erneuerung zentrale Datensicherung	80.000,00					
P106	LAN - Austausch Netzwerkkomponenten		80.000,00				
P232	SW Prozessdarstellung (FD 02)	5.000,00	5.000,00				
P230	SW Personalmanagement (FD 1.1)	5.000,00		10.000,00			
P226	Kommunaler Konzernabschluss (FD 1.2)	13.000,00	50.000,00				
P231	Fahrerlaubnis Verfahrensumstellung (FD 1.3)	40.000,00	5.000,00				
P226	Prozessoptimierung Insolvenzverwaltung / Verwahrgelass (FD 1.2)			10.000,00			
P235	Umstellung Verwaltungsvollstreckung (FD 1.2)						
P238	BI - Business Intelligence (FD 1.2)			10.000,00	15.000,00		
P239	Ratsinformationssystem Umstellung (FD 1.5)			30.000,00	70.000,00		
P201	Internet / Intranet (SFD 01)	50.000,00	30.000,00				
P211	Octoware TN (FD 2.3)		20.000,00				
P236	Erneuerung IT-Infrastruktur Leitstelle (FD 2.3.5)	12.000,00	12.000,00	12.000,00			
P213	Bauantrag Online (FD 4.5)	75.000,00	15.000,00	15.000,00	10.000,00	30.000,00	
P243	Archivierung Bauakten (FD 4.5)	30.000,00	10.000,00	20.000,00		20.000,00	
			30.000,00	30.000,00			

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Finanzplan zum Wirtschaftsplan 2016

des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 1 -

A		Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§ 19 Nr. 1 EigBGes)				
		2015 €	2016 €	2017 €	2018 €	2019 €
	Bezeichnung					
P215	LuGM - Liegenschafts- und Gebäudemanagement Aktualisierung (FB 5)				60.000,00	
P241	e-Vergabe (FB 5 u.a.)		20.000,00			
P217	Aktualisierung Lizenzen CAD (FB 5)	485.000,00	617.000,00	30.000,00		
	<i>Summe Investitionen</i>		362.000,00		395.000,00	235.000,00
	Summe Sachanlagen und immaterielle Anlagenwerte	493.000,00	625.000,00	370.000,00	403.000,00	243.000,00
2	Finanzanlagen					
3	Tilgung von Krediten	244.563,00	10.692,00	238.160,00	96.439,00	267.297,00
4	Rückzahlung von Stammkapital					
5	Rückzahlung Jahresüberschuss an Wetteraukreis				20.000,00	20.000,00
6	Jahresverlust					
	Ausgaben insgesamt	737.563,00	635.692,00	608.160,00	519.439,00	530.297,00

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Finanzplan zum Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 2 -

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Gemeinde auswirken (§19 Nr. 2 EigBGes)						
Nr.	Bezeichnung	2015 €	2016 €	2017 €	2018 €	2019 €
	<u>Einnahmen</u>					
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung					
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich					
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen					
	- aus IT-Leistungen	2.404.989,00	2.444.753,00	2.469.201,00	2.493.893,00	2.518.832,00
	- aus Kopierleistungen	180.000,00	162.000,00	163.620,00	165.256,00	166.909,00
	- aus Telefonleistungen	199.500,00	218.500,00	220.685,00	222.892,00	225.121,00
	<i>Summe Verwaltungskostenbeiträge</i>	<i>2.784.489,00</i>	<i>2.825.253,00</i>	<i>2.853.506,00</i>	<i>2.882.041,00</i>	<i>2.910.862,00</i>
4	Darlehen der Gemeinde					

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Finanzplan zum Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

- 2 -

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Gemeinde auswirken (§19 Nr. 2 EigBGes)		2015	2016	2017	2018	2019
Nr.	Bezeichnung	€	€	€	€	€
B						
	Ausgaben					
1	Gewinnabführungen	21.250,00	23.000,00	23.230,00	23.462,00	23.697,00
2	Konzessionsabgaben	8.000,00	8.500,00	8.585,00	8.671,00	8.758,00
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	30.000,00	25.000,00	32.000,00	32.000,00	32.000,00
	- Umlage zur Versorgungskasse	34.000,00	34.000,00	34.000,00	34.000,00	34.000,00
	- Beihilfe	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
	- Regiekosten	500,00	500,00	500,00	500,00	500,00
	- Miete Büroräume	200,00	200,00	200,00	200,00	200,00
	- Heizung, Strom, Wasser	3.800,00	2.500,00	2.525,00	2.550,00	2.576,00
	- Rechtsberatung	500,00	500,00	505,00	510,00	515,00
	- Post- und Fernmeldegebühren	7.000,00	7.000,00	7.070,00	7.141,00	7.212,00
	- Arbeitsmedizinischer u. sicherheitstechn. Dienst	7.700,00	2.000,00	2.020,00	2.040,00	2.060,00
	- Versicherungen/ Mitgliedschaften	119.950,00	110.200,00	117.635,00	118.074,00	118.518,00
	- Zinsen aus Darlehen / Kontoführung					
	<i>Summe Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen</i>					
4	Eigenkapitalrückzahlung					
5	Tilgung von Darlehen der Gemeinde	244.563,00	10.692,00	238.160,00	20.000,00	20.000,00
					96.439,00	267.297,00

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Erläuterungen zum Finanzplan

Die Investitionen des Eigenbetriebes WEBIT werden in einer 5-jährigen Finanzplanung dargestellt. Die mittelfristige Finanzplanung gibt die IT-Strategie von WEBIT wieder, orientiert an der Ausrichtung des Wetteraukreises und den Anforderungen der Kunden. Diese wurden im Vorfeld mit den Fachdiensten der Kreisverwaltung und den weiteren Kunden abgestimmt.

Übersicht der leistungsverändernden Vorhaben (Projekte)

- | | |
|------|--|
| P202 | <p>e-Government - DMS – Elektronisches Anordnungswesen
Nach Beschaffung und Implementierung eines Dokument Management Systems im Fachdienst Verkehr wurden weitere Bereiche in das System integriert. Im Bereich der Finanzsoftware war dies WEBIT als Pilotanwender in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst 1.2. Die in 2014 begonnene schrittweise Ausweitung auf die Kreisverwaltung wurde in 2015 fortgeführt und umfasst inzwischen weite Teile der Kreisverwaltung.</p> |
| P237 | <p>eGovernment - GIS
Ein Geographisches Informationssystem liefert eine kartenbezogene Darstellung von steuerungsrelevanten Daten und ist analog zum DMS ein IT-Grundbaustein von eGovernment.
Nach dem Erwerb der Geobasisdaten und der Lizenzen und Hardware werden in Zukunft ergänzende Beschaffungen erforderlich.</p> |
| P105 | <p>Migration System- und Standardsoftware, Hardware
Anpassung an zeitgemäße Produkte bzw. Lizenzergänzung im Softwarebereich sowie Beschaffung entsprechender Hardware.</p> |
| P107 | <p>Systemmonitoring
System zur automatische Überwachung der IT-Ressourcen und Alarmierung. Zielsetzung ist eine frühzeitige Erkennung von Problemen und deren Beseitigung.</p> |
| P108 | <p>Telefonanlage – Erweiterung
Erweiterungen und technische Aktualisierungen der Telefonanlage.</p> |

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

- P117 Mobile Kommunikation
Ablösung und Standardisierung der mobilen Kommunikation (Handy, Blackberry, Smartphone, Surfstick).
- P110 SAN
Ablöse des alten und nicht mehr gewerteten zentralen Speichermanagementsystems.
- P116 Erneuerung zentrale Datensicherung
Das beschaffte System zur zentralen Sicherung aller Daten der Kreisverwaltung muss aktualisiert und an die stark gestiegenen Datenmengen angepasst werden.
- P106 LAN - Austausch Netzwerkkomponenten
Erneuerung der mittlerweile mehr als 10 Jahre alten Netzwerkkomponenten.
- P232 SW Prozessdarstellung (FD02)
Softwaregestütztes Modellieren, Dokumentieren, Steuern und Optimieren der Geschäftsprozesse der Verwaltung.
- P230 SW Personalmanagement (FD1.1)
Softwareunterstützung für das Projekt Personalmanagement im demografischen Wandel beim Wetteraukreis.
- P226 Kommunalen Konzernabschluss (FD 1.2)
Ergänzung der Finanzsoftware um das Modul Kommunalen Gesamtabschluss.
- P231 Fahrerlaubnis Verfahrensumstellung (FD 1.3)
Ablösung des aktuellen Verfahrens im Rahmen der Applikations-Konsolidierung.
- P226 Prozessoptimierung Insolvenzverwaltung / Verwahrgelass (FD 1.2)
Die Prozesse Insolvenzverwaltung und Verwahrgelass sollen softwareunterstützt bearbeitet werden.
- P235 Umstellung Verwaltungsvollstreckung (FD 1.2)
Integration der autonomen Anwendung Verwaltungsvollstreckung in die Finanzsoftware.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

- P238 BI – Business Intelligence (FD 1.2)
Ausbau der Finanzsoftware zu Steuerungs-/Controllingzwecken.
- P239 Ratsinformationssystem Umstellung (FD 1.5)
Ersatz der vorhandenen Applikation nach Abkündigung.
- P201 Internet/ Intranet (FD 01)
Nach erfolgter Überarbeitung des Internetauftritts des Wetteraukreises soll die Implementierung eines Intranet für die Verwaltung folgen.
- P211 Octoware TN (FD 2.3)
Einführung einer aktualisierten Version der Software zur Sachbearbeitung im Gesundheitswesen.
- P236 Erneuerung IT-Infrastruktur Leitstelle (FD 2.3.5)
Ergänzung / Erneuerung der Leitstellentechnik.
- P213 Bauantrag Online (FD 4.5)
Schrittweise Erweiterung des vorhandenen Baugenehmigungsverfahrens zum "Digitalen Bauantrag".
- P243 Archivierung Bauakten (FD 4.5)
Digitale Archivierung neuer und vorhandener Bauakten mit dem Ziel des erleichterten Zugriffs und der Einsparung von Archivkapazität.
- P215 LuGM - Liegenschafts- und Gebäudemanagement Aktualisierung (FB 5)
Ergänzung der Finanzsoftware zur Steuerung des Gebäudemanagements.
- P241 e-Vergabe (FB 5)
Nach aktueller Gesetzeslage wird eVergabe (elektronische Abwicklung von Vergabeverfahren) bis Mitte 2016 Pflicht werden.
- P217 Aktualisierung Lizenzen CAD (FB 5)
Kauf bzw. Aktualisierung von Lizenzen für *Computer Aided Design*.

Stellenübersicht

**des Eigenbetriebes Informationstechnologie
des Wetteraukreises**

für das

Wirtschaftsjahr 2016

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Wirtschaftsplan 2016

des Eigenbetriebs IT des Wetteraukreises

Stellenübersicht

	Beamtinnen/Beamte Bes.-Gr. nach BBesG				Summe	Beschäftigte Entgeltgruppe TVöD										Summe	Beamtinnen/ Beamte, Beschäftigte insgesamt	
	A13	A12	A11	A10		A9	15	14	13	12	11	10	9	8	7			6
Stellenübersicht 2016	1	1			2	1	1			1	5	5,5					13,5	15,5
Stellenübersicht 2015	1	1			2	1	1			1	5	5,5					13,5	15,5
Zahl der am 30.06.2015 besetzten Stellen		2			2	1				1	3,9	5,4	2				13,3	15,3

Seit September 2015 werden 2 Auszubildende beschäftigt.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Erläuterungen zur Stellenübersicht

In der Stellenübersicht sind die im Wirtschaftsjahr erforderlichen Stellen der Angestellten enthalten. Die im Eigenbetrieb beschäftigten Beamten werden im Stellenplan des Kreises geführt und in der Stellenübersicht des Eigenbetriebes nachrichtlich aufgeführt.

Für die Zukunftsfähigkeit der IT-Betreuung im Wetteraukreis und auch im GZW ist unter den bestehenden Rahmenbedingungen (Altersstruktur des Personals, Komplexität und Wandel der Aufgaben) die Ausbildung und Weiterbeschäftigung junger Mitarbeiter/innen dringend notwendig. Im September 2015 konnten 2 Auszubildende für den Beruf des Fachinformatikers eingestellt werden. Die Ausbildung wird kooperativ mit dem GZW durchgeführt.

Entgeltverzeichnis

des Eigenbetriebes Informationstechnologie des Wetteraukreises

**Anlage zum
Wirtschaftsplan 2016**

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Vorbemerkungen zum Entgeltverzeichnis

In der Sitzung des Kreisausschusses vom 06.10.2009 wurde im Zuge der Beschlussfassung zur Rahmenvereinbarung Informations- und Kommunikationstechnologie die Bindung des Entgeltverzeichnisses an den Wirtschaftsplan beschlossen. Die Leistungsvereinbarung mit Definition von Umfang und Qualität der IT- und TK- Dienstleistungen für die Kreisverwaltung ist Bestandteil dieser Rahmenvereinbarung.

Durch die Umstrukturierung der IT-Infrastruktur im Rahmen des Cloud-Projektes ATLAS-NG wurde eine grundlegende technische Überarbeitung des Betriebs der Produktpalette WEBIT durchgeführt. In der derzeitigen Projektoptimierungsphase, die sich auch 2016 fortsetzen wird, bedingen die grundlegenden Forderungen nach Hochverfügbarkeit und Sicherheit weitere Anpassungen, die sich zukünftig auch auf das Entgeltverzeichnis auswirken werden. Das Entgeltverzeichnis 2016 ist eine Fortschreibung der Vorjahre. Sämtliche Kostenkalkulationen erfolgen auf Vollkostenbasis.

1. Produkte und Dienste

Sämtliche Produkte und Produktbeschreibungen unter 1. und 2. dieses Entgeltverzeichnisses sind der Leistungsvereinbarung entnommen bzw. werden dort ergänzt. Ab dem Wirtschaftsjahr 2012 wurde das Entgeltverzeichnis um den Punkt 3 – Erneuerung IT-Infrastruktur / Migrationsbeitrag – erweitert. Für die Finanzierung dieses Projekts wurde ein zusätzlicher Kostenbeitrag der Kunden erforderlich. ITK-Beauftragungen außerhalb der in den Leistungsvereinbarungen festgelegten Standardleistungen werden individuell an den jeweiligen Leistungsnutzer weiterbelastet.

1.1 Servicemanagement

Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)	Kostenweiterbelastung
<ul style="list-style-type: none">• Service Desk (Help-Desk)• Incident- und Problemmanagement (Störungs- und Problembearbeitung)	Die Weiterbelastung erfolgt im Umlageverfahren. Pro PC werden 6,00 € / Monat berechnet.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

1.2 Bereitstellung dezentrale Infrastruktur

<p>Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bedarfsbewertung • Angebotsstellung • Vergabe (VOL) • Beschaffung (VOL) • Inventarisierung • Lizenzmanagement • Inbetriebnahme • Finanzierung 	<p>Kostenweiterbelastung</p> <p>Es erfolgt eine bereichsspezifische Weiterbelastung der Kosten. Hier werden genau die Kosten in Rechnung gestellt, die angefallen sind.</p> <p>Basis für die Weiterbelastung sind die entstandenen Abschreibungskosten zzgl. eines kalkulatorischen Zinszuschlags.</p>
--	--

1.3 Bereitstellung zentrale Serversysteme *)

<p>Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)</p> <p>Rechenzentren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betrieb Rechenzentrum (alle Serverräume) • Gewährleistung der relevanten Sicherheitsanforderungen (Raum, Strom, Klimatisierung) • Administration aller durch WEBIT im Wetteraukreis eingesetzten Server <p>Zentrale Dienste:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Speichermanagement (NAS-SAN) • Datenbankadministration • Automatische Softwareverteilung der Fachsoftware. 	<p>Kostenweiterbelastung</p> <p>Die Weiterbelastung aller zentralen Kosten erfolgt im Umlageverfahren. Pro PC werden 24,00 € / Monat berechnet.</p> <p>*) in 2017 Änderung durch Neukalkulation der Position Applikationsmanagement und –betrieb (siehe auch unter 1.7)</p>
--	---

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

1.4 Datensicherheit

Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)	Kostenweiterbelastung
<p>Gewährung der Datensicherheit und des Datenschutzes</p> <ul style="list-style-type: none"> • Betrieb Firewall • aktueller Virenschutz (zentrale und dezentrale Systeme, Pflege Quarantänepostfach) • Usermanagement (Berechtigungen, Dokumentation) • Datensicherung und Archivierung • Zusammenarbeit mit der Datenschutzbeauftragten der Kreisverwaltung • Zusammenarbeit mit dem hessischen Datenschutzbeauftragten • Berücksichtigung der Bestimmungen des HDSSG 	<p>Die Weiterbelastung erfolgt im Umlageverfahren.</p> <p>Pro PC werden 14,00 € / Monat berechnet.</p>

1.5 Betrieb dezentrale Infrastruktur - Administration der IT-Basisdienste (Arbeitsplatzsupport)

Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)	Kostenweiterbelastung
<p>Zentrale Dienste:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Domänenadministration (diverse Dienste) • Druckmanagement • Automatische Softwareverteilung der Bürokommunikationssoftware <p>Büro- und Kommunikationsdienste:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Office-Applikationen • E-Mail-Dienst mit Spamfilter • PC-Fax • Internetdienst (Browser) • Technischer Internetauftritt (www.wetteraukreis.de) <p>Betreuung aller Kundensysteme</p> <ul style="list-style-type: none"> • PC-Service (Laptop, Thin-, Lean- und Full-Client) • Zubehör (Scanner etc.) <p>Allgemeine Anwenderunterstützung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Technische Unterstützung • Unterstützung in Bürokommunikationsprodukten • Applikatorische Unterstützung (Basisapplikationen) 	<p>Die Weiterbelastung der Kosten für den Betrieb der dezentralen Infrastruktur erfolgt über den PC-Schlüssel.</p> <p>Es werden 49,00 € / Monat berechnet.</p>

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

1.6 Netzwerkmanagement und -betrieb

<p>Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Management Datenleitungen und Netzwerk • laufender Betrieb und Störungsbeseitigung • Optimierung • WAN (angemietete Datenleitungen, Router) • LAN (Netzwerk, aktive Komponenten, Funkanbindungen) 	<p>Kostenweiterbelastung</p> <p>Im allgemeinen Netzwerkbereich werden pro PC 11,00 € / Monat berechnet.</p> <p>Die bereichsspezifische Weiterbelastung der Datenleitungen erfolgt gemäß entstandenem Aufwand.</p> <p>WEBIT stellt die Kosten für allgemeine Datenleitungen und bereichsspezifische Datenleitungen getrennt in Rechnung.</p>
---	---

1.7 Applikationsmanagement und -betrieb *)

<p>Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Softwareberatung und Systemdesign • Ausschreibung und Vergabe (Leistungsverändernd) • Projektmanagement (Leistungsverändernd) • Vertragsmanagement • Softwaremanagement • Softwarepaketierung • Lizenzverwaltung • Patchmanagement (Hot-Fix, Patch, Release) • Datenbankmanagement • Systemtechnische Administration • Fachseitige Unterstützung der Anwender 	<p>Kostenweiterbelastung</p> <p>Die Weiterbelastung der WEBIT Betreuungskosten erfolgt gemäß nachstehender Tabelle.</p> <p>Softwarepflege- und -Betriebskosten von Drittfirmen werden ohne Aufschlag unmittelbar an die Kunden weiterbelastet.</p> <p>*) in 2017 Änderung durch Neukaulation der Position (siehe auch unter 1.3)</p>
---	--

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Applikationsspezifische Weiterbelastung der Kosten:

Fachapplikationen	Anzahl Installationen (Stand: August 2015)	Gesamtgebühr (Grundgebühr nach Kategorie plus mengenabhängiger Zuschlag)	Monatliche Gebühr pro User / pro Applikation	Bemerkungen
Adobe Acrobat Professional	8	197,00 €	2,08 €	
Adobe Creative Suite	1	184,00 €	15,33 €	
Adobe Illustrator	1	184,00 €	15,33 €	
Adobe LifecycleDesigner	2	186,00 €	7,75 €	
Adobe Indesign	2	186,00 €	7,75 €	
Adobe Pagemaker	1	184,00 €	15,33 €	
Adobe Photoshop CS	2	186,00 €	7,75 €	
Adobe Photoshop Elements	28	233,00 €	0,67 €	
Adobe Premiere Elements	2	186,00 €	7,75 €	
Alarmgeber	1	928,00 €	77,33 €	
ArcGIS	3	782,00 €	21,75 €	
ArChiefProfessional	19	1.654,00 €	6,92 €	
Audicon - Prüfer-Bundle/NAS	6	2.616,00 €	218,00 €	Einzelvereinbarung
Audicon - AuditSolutions	6	767,00 €	63,92 €	
Audicon - AIS TaxAudit	6	767,00 €	63,92 €	
Audicon - IDEA	5	797,00 €	13,25 €	
AutoCAD LT (2006)	1	184,00 €	15,33 €	
AutoCAD 2012	6	1.890,00 €	157,50 €	
BAT Soft	2	774,00 €	32,25 €	
Bechmann AVA Script	28	3.495,00 €	10,42 €	
beck online - alle Module	17	187,00 €	1,00 €	
Bund Arch	1	184,00 €	15,33 €	
BVFG	2	2.873,00 €	119,75 €	
Camtasia Studio	1	94,00 €	7,83 €	
Chiasmus - Entschlüsselung	0	759,00 €	63,92 €	
cityNT	47	1.140,00 €	95,00 €	Einzelvereinbarung
CMS (Imperia / Typo3)	1	5.412,00 €	451,00 €	
COBRA - Leitstelle	1	5.424,00 €	452,00 €	Einzelvereinbarung

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Fachapplikationen	Anzahl Installationen (Stand: August 2015)	Gesamtgebühr (Grundgebühr nach Kategorie plus mengenabhängiger Zuschlag)	Monatliche Gebühr pro User / pro Applikation	Bemerkungen
comp.ASS - SGB XII und AsylbLG	110	10.041,00 €	836,75 €	Einzelvereinbarung
comp.ASS - Controlling-Modul	6	805,00 €	11,17 €	
CoreIDraw	1	184,00 €	15,33 €	
Core.Reporter	1	767,00 €	63,92 €	
Crash Recovery System online RDW+ Edition	6	163,00 €	13,58 €	Einzelvereinbarung
DataStreet Hessen (künftig: PG10)	18	767,00 €	63,92 €	
DBB Soft	1	1.166,00 €	97,17 €	
Dendrit	2	774,00 €	32,25 €	
2Charta - Gekos - DMS	25	10.784,00 €	35,92 €	
2Charta - kfz21 - DMS	24	10.697,00 €	37,17 €	
2Charta - open21 - DMS	22	10.523,00 €	39,83 €	
DILAUS	2	164,00 €	6,83 €	
DOKIS	1	1.306,00 €	108,83 €	
Dreamweaver	1	184,00 €	15,33 €	
Duden-Rechtschreibung PLUS	2	25,00 €	2,08 €	
EasyTicket - Kundenaufbausystem	18	767,00 €	63,92 €	
EIAOW (elektron. Anordnungswesen)				Angebot
eDrawings	39	1.065,00 €	2,25 €	
EEbg - Einbürgerung	1	163,00 €	13,58 €	
ELSTER-Formular	1	163,00 €	13,58 €	
EnEV - Wärme & Dampf	1	374,00 €	31,17 €	
EWO via HobLink	10	246,00 €	2,08 €	
EZB Einzugsbereiche	* 2	1.319,00 €	55,00 €	
FEWIS	1	163,00 €	13,58 €	
Fireboard	1	184,00 €	15,33 €	Einzelvereinbarung
FloriXWEB	4	790,00 €	16,50 €	
Fluke - Vermessung	1	767,00 €	63,92 €	
FMS32-Pro	1	9,00 €	0,83 €	Einzelvereinbarung
FormsForWeb Filler	2	186,00 €	7,75 €	
Führerscheine der Welt	16	1.501,00 €	7,83 €	

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Fachapplikationen	Anzahl Installationen (Stand: August 2015)	Gesamtgebühr (Grundgebühr nach Kategorie plus mengenabhängiger Zuschlag)	Monatliche Gebühr pro User / pro Applikation	Bemerkungen
gaeb-AVA	5	797,00 €	13,25 €	
Garmin TOPO Deutschland PRO	1	25,00 €	2,08 €	
GekoS - Fahrerlaubnis	26	8.544,00 €	712,00 €	Einzelvereinbarung
GenoGraph	1	25,00 €	2,08 €	
Geodaten online	13	182,00 €	1,17 €	
GIS - WebOffice	81	2.598,00 €	216,50 €	Angebot
GIS - ProOffice-ALKIS-Buch	146	6.365,00 €	3,67 €	Angebot
Google Earth	4	168,00 €	3,50 €	
HABIDES	1	226,00 €	18,83 €	Einzelvereinbarung
HAD online (FB 5)	12	1.383,00 €	115,25 €	
HAD online (FB3)	1	226,00 €	18,83 €	Einzelvereinbarung
HAD online WV	1	226,00 €	18,83 €	
Haufe SGB Office Professional	1	163,00 €	13,58 €	
Haufe TVoD Office Premium	16	187,00 €	1,00 €	
Haufe Entgelt Office Öffentl. Dienst	7	173,00 €	2,08 €	
Haufe Zeugnis Manager Professional	3	166,00 €	4,58 €	
HeBAV (Bafög/AFBG)	3	230,00 €	6,42 €	
Hermes KFZ-Schilder	2	774,00 €	32,25 €	
HESIS	4	168,00 €	3,50 €	
HEWOG WEB	8	174,00 €	1,83 €	
HMULF- Desktopapplikationen (Land Hessen)	51	334,00 €	0,58 €	
IKOL-KH	6	1.166,00 €	97,17 €	Einzelvereinbarung
InVeKoS_Antragstellung20xx	3	191,00 €	3,17 €	
Ing+ - Statik	1	0,00 €	0,00 €	
interamt.de - Stellenportal	1	226,00 €	18,83 €	Einzelvereinbarung
IVENA	1	226,00 €	18,83 €	
JAWS für Windows	1	767,00 €	63,92 €	
juris online	14	184,00 €	1,08 €	
kfz21 - Zulassung	16	187,00 €	1,00 €	
KlickExport (Klicktel.de)	1	9,00 €	0,83 €	Einzelvereinbarung

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Fachapplikationen	Anzahl Installationen (Stand: August 2015)	Gesamtgebühr (Grundgebühr nach Kategorie plus mengenabhängiger Zuschlag)	Monatliche Gebühr pro User / pro Applikation	Bemerkungen
KuferSQL - VHS-Seminarverwaltung	1	5.397,00 €	449,75 €	Angebot
LaDiVa NT - Ausländerwesen	23	226,00 €	18,83 €	
LAIF - Access	15	137,00 €	0,75 €	
LernCultur Familienkasse	7	813,00 €	9,67 €	
LOGA - Personalwesen	26	226,00 €	18,83 €	
LOGA - DMS/ASP	5	226,00 €	18,83 €	
LOGA - FTP-Client	2	228,00 €	9,50 €	
LOG-FT (KBA)	1	767,00 €	63,92 €	
MEMPLEX	1	1.168,00 €	97,33 €	Einzelvereinbarung
MindManager	8	197,00 €	2,08 €	
Microsoft Projekt	6	191,00 €	3,17 €	
Microsoft Publisher	12	204,00 €	1,42 €	
Microsoft Visio	11	202,00 €	1,50 €	
Microsoft VisioViewer	3	94,00 €	2,58 €	Einzelvereinbarung
mzins	2	2.779,00 €	115,83 €	
Naturally Speaking	2	774,00 €	32,25 €	
newsystem kommunal - WK	289	11.340,00 €	945,00 €	Einzelvereinbarung
newsystem kommunal - WVN	2	202,00 €	8,42 €	Einzelvereinbarung
newsystem kommunal über Citrix	1	0,00 €		o.B.
Octaware - Gesundheit	45	8.188,00 €	15,17 €	
OctoReport	2	774,00 €	32,25 €	
OmniPage	3	187,00 €	5,17 €	
Ortsverzeichnis	* 28	1.658,00 €	4,92 €	
owi21- Ordnungswidrigkeiten	3	166,00 €	4,58 €	
pcBAT	8	1.397,00 €	14,58 €	
pcBeamte	7	1.384,00 €	16,50 €	
PC-Wahl	3	1.332,00 €	37,00 €	
Postbank MultiWeb	9	828,00 €	7,67 €	
Print Form	7	1.453,00 €	17,33 €	
Private Wire Client	2	774,00 €	32,25 €	

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Fachapplikationen	Anzahl Installationen (Stand: August 2015)	Gesamtgebühr (Grundgebühr nach Kategorie plus mengenabhängiger Zuschlag)	Monatliche Gebühr pro User / pro Applikation	Bemerkungen
Private Wire Gateway	16	6.209,00 €	32,33 €	
ProBAUG - Bauwesen / ProBRANDSCHUTZ / ProBAUG/WP	53	8.515,00 €	13,42 €	
ProBAUG - Bauwesen über ICA-Client	12	1.294,00 €	9,00 €	
PROSOZ 14plus	99	9.871,00 €	822,58 €	Einzelvereinbarung
PROSOZ/J DOS	28	1.306,00 €	108,83 €	Einzelvereinbarung
PROSOZ/S Win	1	1.306,00 €	108,83 €	Einzelvereinbarung
ProJMWELT	1	5.602,00 €	466,83 €	Angebot
QualiOff-AccessDB	3	187,00 €	5,17 €	
ramiris - Sitzungsdienst	49	8.291,00 €	14,08 €	
ramirisIP	1	163,00 €	13,58 €	
Raum für Raum	781	5.464,00 €	455,33 €	Einzelvereinbarung
RDB - Rechtsdatenbank	8	3.612,00 €	301,00 €	Einzelvereinbarung
REHADAT-Elan	1	92,00 €	7,67 €	Einzelvereinbarung
RESY2000 Gefahrsstoffverzeichnis	1	9,00 €	0,75 €	Einzelvereinbarung
RNK Mahnbescheid	1	184,00 €	15,33 €	
S-Firm	15	874,00 €	4,83 €	
scala - Brillux	6	10,00 €	0,17 €	Einzelvereinbarung
SEP - Schulentwicklungsplan	1	25,00 €	2,08 €	
Sharepoint_WebPortal_Schulen	5	169,00 €	2,83 €	
Snagit 10	2	9,00 €	0,83 €	Einzelvereinbarung
SozhiDAV WEB	1	163,00 €	13,58 €	
Sozialmonitor	2	1.319,00 €	55,00 €	
Spatial Commander	1	184,00 €	15,33 €	
SuperNova Magnifier - Vergrößerungssoftware	1	184,00 €	15,33 €	Einzelvereinbarung
SV-Net Personalamt	1	230,00 €	19,17 €	
synCASE - Pflegestützpunkt	2	228,00 €	9,50 €	Einzelvereinbarung
Tech. Baubestimmungen online	1	163,00 €	13,58 €	
TETRAcontrolPRO	4	163,00 €	13,58 €	
Top-Collection1	1	164,00 €	13,67 €	

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Fachapplikationen	Anzahl Installationen. (Stand: August 2015)	Gesamtgebühr (Grundgebühr nach Kategorie plus mengenabhängiger Zuschlag)	Monatliche Gebühr pro User / pro Applikation	Bemerkungen
Total Commander	3	187,00 €	5,17 €	
UHLex	5	797,00 €	13,25 €	
UltraEdit	7	195,00 €	2,33 €	
VEMAGS Schwertransporte	1	163,00 €	13,58 €	
VFDB - Vorbeugender Brandschutz	3	1.332,00 €	37,00 €	
Vollkomm - Vollstreckung	8	2.931,00 €	30,50 €	
watchDirectory (FlorixWEB)	1	25,00 €	2,08 €	
webamt 1 Formular - SGBXII-Antrag	1	163,00 €	13,58 €	
webamt 2 Formulare - Aufenthaltserlaubnis	1	163,00 €	13,58 €	
wgs21 - Gefahrstoffe	9	176,00 €	1,67 €	
Win32OpenSSL	1	184,00 €	15,33 €	
WorkOffice - Waffenrecht	4	4.119,00 €	85,83 €	
Works	1	184,00 €	15,33 €	
wkdedu	6	171,00 €	2,42 €	
XAMPP Statistik Leitstelle	1	990,00 €	82,50 €	Einzelvereinbarung
XML-Editor	2	186,00 €	7,75 €	
XWaffeDolmetscher	3	26,00 €	0,75 €	Einzelvereinbarung
ZaSys Kassenprogramm (Hess)	37	3.552,00 €	296,00 €	Einzelvereinbarung
ema21	48	239,00 €	0,42 €	
ZEUS Zeitmanagement	68	8.724,00 €	727,00 €	Angebot
Zusatzversorgung	7	813,00 €	9,67 €	
		239.212,00 €		

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

1.8 Telefonie

Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)	Kostenweiterbelastung
<ul style="list-style-type: none"> • Betrieb Festnetztelefonanlagen • Steuerung und Instandsetzung dezentraler Komponenten (Telefon und Zubehör) • Vertragsmanagement • Telefonabrechnung (verursachergerechte Abrechnung in Anlehnung an Flatrate, Auswertung Privatnutzung) • Notfalltelefon Aufzug 	<p>Die Weiterbelastung der (Flatrate-)Gesprächsgebühren erfolgt auf Basis des Gesprächsverhaltens der letzten 6 Monate (halbjährliche Aktualisierung).</p> <p>Sämtliche anderen Kosten der Festnetztelefonie werden auf die Endgeräte umgelegt.</p> <p>Hier erfolgt eine Weiterbelastung von 17,00 € pro Monat und Endgerät.</p>

1.9 Mobile Kommunikation (Mobiltelefonie und mobiler Datenverkehr)

Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)	Kostenweiterbelastung
<ul style="list-style-type: none"> • Beratung • Beschaffung • Vertragsmanagement • Tarifoptimierung • Support • Gebührenabrechnung (verursachergerechte Abrechnung) 	<p>Die Weiterbelastung der laufenden Gebühren (Grund- und Verbindungsgebühren) erfolgt ohne Aufschlag.</p> <p>Weiterhin wird für die beschriebenen Leistungen eine monatliche Gebühr von</p> <p style="margin-left: 40px;">1,00 € / Monat für Telefonie 3,00 € / Monat für Telefonie und Datenverkehr</p> <p>berechnet.</p>

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

1.10 Druck- und Kopierdienste

<p>Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beschaffungs- und Vertragsmanagement • Planung und Steuerung des externen Dienstleisters • Integration der Systeme in die Systemlandschaft des Wetteraukreises – Druckdienst, Faxdienst, e-Mail (Domänenintegration, Treiberadaptierung) • Spezifische Auswertung des Druck- u. Kopier Volumens • Verursachergerechte Abrechnung 	<p>Kostenweiterbelastung</p> <p>Bereitstellungs- und Klickpreise (Kopierte oder gedruckte A4 Seite):</p> <p>Zentralkopierer:</p> <table border="0"> <tr> <td>Keine Bereitstellungskosten</td> <td>Farbe</td> <td>0,190 €</td> </tr> <tr> <td>Klickpreis:</td> <td>SW</td> <td>0,023 €</td> </tr> </table> <p>Individualgerät:</p> <table border="0"> <tr> <td>Bereitstellungskosten:</td> <td>Farbe</td> <td>20,00 € / Monat</td> </tr> <tr> <td></td> <td>SW:</td> <td>15,00 € / Monat</td> </tr> <tr> <td>Klickpreis:</td> <td>Farbe</td> <td>0,190 €</td> </tr> <tr> <td></td> <td>SW</td> <td>0,023 €</td> </tr> </table>	Keine Bereitstellungskosten	Farbe	0,190 €	Klickpreis:	SW	0,023 €	Bereitstellungskosten:	Farbe	20,00 € / Monat		SW:	15,00 € / Monat	Klickpreis:	Farbe	0,190 €		SW	0,023 €
Keine Bereitstellungskosten	Farbe	0,190 €																	
Klickpreis:	SW	0,023 €																	
Bereitstellungskosten:	Farbe	20,00 € / Monat																	
	SW:	15,00 € / Monat																	
Klickpreis:	Farbe	0,190 €																	
	SW	0,023 €																	

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

2. Weitere Dienstleistungen

WEBIT ist mit Aufgaben des Kreises betraut, die keinem Produkt zuzuordnen sind. Es werden auch Dienste gelistet, die synergetisch mit anderen Kunden aufgebaut und betreut werden. Dieser Aspekt gewinnt bei einer Dienststellung über die Kreisverwaltung hinaus eine besondere Bedeutung. Die Synergiegewinne der Kundenverbreiterung werden zu einer Dienstleistungserweiterung und Kostenreduktion in der Kreisverwaltung und bei den Partnern führen.

Dienste: (siehe Leistungsvereinbarung)	Kostenweiterbelastung
<ul style="list-style-type: none"> Bereitstellung eines Beamer's und eines Laptops für Präsentationen Management und technische Administration der durch WEBIT beschafften fest installierten zentralen Beamer in den Besprechungsräumen 	<p>Für den mobilen Beamer, das Laptop und die Ausleihe werden keine Servicekosten erhoben. Die Weiterbelastung der Infrastrukturkosten (Beschaffung, Reparatur) aller zentralen Beamer erfolgt an den Träger (FB 5).</p>
<ul style="list-style-type: none"> Telearbeitsplatz: Bereitstellung Token mit Zugangsdaten 	<p>Pro externem Zugang werden 30,00 € / Monat in Rechnung gestellt.</p>
<ul style="list-style-type: none"> Öffentlicher W-LAN-Zugang am Europaplatz 	<p>Kostenfreie Bereitstellung eines Hotspots auf dem Europaplatz für alle Bürger.</p>
<ul style="list-style-type: none"> WLAN in den Sitzungsräumen im Kreishaus 	<p>Technische Voraussetzung des politischen Projektes „Papierarmer Kreistag“. Die Betriebskosten werden dem Gremiendienst weiterbelastet.</p>

3. Erneuerung IT-Infrastruktur

Nach Abkündigung aller im Wetteraukreis eingesetzten Microsoft-Betriebssysteme und -Bürokommunikationsprodukte wurde es erforderlich, die vollständige IT-Infrastruktur neu aufzubauen. Dadurch kamen erhebliche zusätzliche Investitionen (Lizenzen und Hardware) auf WEBIT zu. Zur Finanzierung dieses Projektes reichen die Einnahmen aus den Standardprodukten nicht aus. Es ist ein zusätzlicher Migrationsbeitrag erforderlich.

Dienste:	Kostenweiterbelastung
<ul style="list-style-type: none"> Migration Endgeräte Betriebssystem inkl. Lizenzen Migration Bürokommunikation (Office und Outlook) inkl. Lizenzen Migration Server Betriebssystem inkl. Lizenzen Migration der Fachapplikationen 	<p>Die Weiterbelastung der Migrationskosten erfolgt über den PC-Schlüssel. Es werden 20,00 € / Monat berechnet.</p>

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

4. Rechnungslegung

Die Rechnungslegung von WEBIT an die Kunden der Kreisverwaltung entspricht in ihrer Aufgliederung den beschriebenen Produkten. Im vierteljährlichen Rhythmus erhält jede Einheit eine Aufstellung der entstandenen Kosten.

4.1 IT-Kosten

Die angefallenen IT-Kosten der Kunden von WEBIT werden wie folgt dargestellt:

Rechnungsposition
Objektkosten
1) Servicemanagement Umlageverfahren / 6,- € pro Monat und PC
2) Bereitstellung dezentrale Infrastruktur a) bereichsspezifisch (Abschreibung für Beschaffungen Ihres Bereichs, Hardware und Software) b) Kosten aus Bedarfsanforderungen (Beschaffungen und Dienstleistungen)
3) Bereitstellung zentraler Serversysteme Umlageverfahren / 24,- € pro Monat und PC
4) Datensicherheit Umlageverfahren / 14,- € pro Monat und PC
5) Betrieb dezentrale Infrastruktur / Administration der IT-Basisdienste Umlageverfahren / 49,- € pro Monat und PC
6) Netzwerkmanagement und -betrieb a) Allgemeiner Netzwerkbereich Umlageverfahren / 11,- € pro Monat und PC b) Bereichsspezifischer Netzwerkbereich (interne und externe Kosten für kundenspezifische Datenleitungen) Weiterberechnung nach Aufwand
7) Applikationsmanagement und -betrieb a) Kosten von Drittfirmen Softwarewartungs- und Betriebskosten Ihres Bereichs (quartalsgenaue Weiterberechnung ohne Aufschlag) b) Kalkulierte Betreuungskosten WEBIT (Interner Aufwand WEBIT, nach Kategorien pauschalisiert bzw. individuell vereinbart)
Projektkosten
8) Projekte Fachbereich (interne und externe Kosten für kundenspezifische Projekte)

Auf Kundenwunsch werden zu den einzelnen Positionen detaillierte Aufstellungen zur Verfügung gestellt.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

4.2 Telefonie

1) Gesprächsgebühren (Flatrate anteilig) monatsweise Weiterberechnung ohne Aufschlag
2) Bereitstellung der Endgeräte mit Nutzung aller Funktionen der Telefonanlage 17,00 € pro Monat und Apparat

Die anteiligen Flatratekosten werden den Kunden bei Organisationsänderungen bzw. jährlich mitgeteilt.

Die Anzahl der berechneten Apparate pro Bereich und Monat wird den Kunden nach Quartalsende mitgeteilt.

4.3 Mobile Kommunikation (Mobiltelefonie und mobiler Datenverkehr)

1) Grund- und Verbindungsgebühren monatsweise Weiterberechnung ohne Aufschlag
2) Einmalige Kosten (z.B. Gerätekauf, SIM-Karten) Weiterberechnung ohne Aufschlag im jeweiligen Monat
3) Service wie unter 1.9 beschrieben 1,00 € / Monat und Vertrag für Telefonie 3,00 € / Monat und Vertrag für Telefonie und Datenverkehr

Die entstandenen Kosten werden den Kunden nach Quartalsende detailliert mitgeteilt.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

4.4 Kopier – und Multifunktionsdienste

1) Kopie bzw. Ausdruck auf den Zentralkopierern und Individualgeräten (Klickpreis je A4-Seite)
Farbe 0,190 €
s/w 0,023 €
gemäß Auswertung
2) Bereitstellung eines Individualgerätes
Farbe 20,00 € / Monat
SW: 15,00 € / Monat

Die angefallenen Klickkosten(Drucke und Kopien) werden den Kunden als Summe der angefallenen Klicks pro Abrechnungseinheit zzgl. evtl. entstandener Bereitstellungskosten nach Quartalsende mitgeteilt.

4.5 Weitere Dienstleistungen

1) Bereitstellung des Dienstes Telearbeit
30,- € pro Monat und Zugang

Die angefallenen Kosten für den Dienst Telearbeit werden den Kunden monatsbezogen nach Quartalsende mitgeteilt.

4.6 Erneuerung IT-Infrastruktur

Die angefallenen Migrationskosten werden wie folgt dargestellt:

Migrationsbeitrag
– Erneuerung IT-Infrastruktur - Umlage über PC-Schlüssel / 20,- € pro Monat und PC

Im vierteljährlichen Rhythmus erhält jede Einheit analog zu den Standard-IT-Kosten eine Aufstellung der entstandenen Kosten.

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetteraukreises

Erläuterungen Fachbegriffe und Abkürzungen

ATLAS NG	Allgemeine Technische Leistungssteigerung Aller Systeme Next Generation
BI	Der Begriff Business Intelligence , abgekürzt BI bezeichnet Verfahren und Prozesse zur systematischen Analyse (Sammlung, Auswertung und Darstellung) von Daten in elektronischer Form. Ziel ist die Gewinnung von Erkenntnissen, die in Hinsicht auf die Unternehmensziele bessere operative oder strategische Entscheidungen ermöglichen. Dies geschieht mit Hilfe analytischer Konzepte, entsprechender Software bzw. IT-Systeme.
CAD	Computer Aided Design (engl. computergestützte Konstruktion) ist eine Art "elektronisches Zeichenbrett".
CMS	Content Management System – System zur automatisierten Bearbeitung von WEB-Diensten
DMS	Die Abkürzung DMS steht für Dokumenten-Management-System . Ein Dokumentenmanagementsystem dient zur datenbankgestützten Verwaltung elektronischer Dokumente. Unter dem Begriff versteht man die Verwaltung von ursprünglich meist papiergebundenen Dokumenten in elektronischen Systemen. Bei der Verwaltung von Papierdokumenten spricht man dagegen von Schriftgutverwaltung
eGovernment	Unter eGovernment im engeren Sinn (elektronisches Regieren und Verwalten) versteht man die Vereinfachung und Durchführung von Prozessen zur Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb und zwischen Behörden, sowie zwischen diesen und Bürgern sowie Unternehmen durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien. eGovernment soll den Bürgerinnen und Bürgern schnellere und unkompliziertere Dienstleistungen bieten und dem Staat dadurch Kosten ersparen. Der "Staat" soll von einer Vaterrolle in eine dienstleistungsorientierte Partnerrolle gewandelt werden. Hierbei soll die Interaktivität von Informations- und Kommunikationstechnologien für den Geschäftsverkehr mit dem Bürger genutzt werden, damit vorhandenes Personal überwiegend für die Erledigung der eigentlichen Anfragen eingesetzt werden kann.
e-Vergabe	Elektronische Abwicklung von Vergabeverfahren

Eigenbetrieb Informationstechnologie des Wetterkreises

GIS	<p>GIS: Geografisches Informationssystem</p> <p>GIS ist ein Informationssystem, mit dem raumbezogene Daten digital erfasst und redigiert, gespeichert und reorganisiert, modelliert und analysiert sowie alphanumerisch und graphisch präsentiert werden.</p> <p>Es vereint eine Datenbank und die zur Bearbeitung und Darstellung dieser Daten nützlichen Methoden.</p>
Help-Desk	<p>Standardisiertes System zur kontrollierten Bearbeitung von Störungsmeldungen mit Auswertungsmöglichkeit.</p>
Hot Spot	<p>Hot Spots sind öffentliche drahtlose Internetzugriffspunkte, die (teilweise gegen Bezahlung) für jedermann zugänglich sind. Sie sind sowohl in öffentlichen Räumen als auch in privaten installiert. Eine Verbindung zum Hot Spot ist mit einer Vielzahl an Geräten möglich.</p>
IKT / ITK	<p>Unter Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT bzw. ITK) werden Technologien im Bereich der Information und Kommunikation zusammengefasst.</p>
IT	<p>Informationstechnologie</p>
SAN	<p>Als Storage-Area-Network (dt. Speichernetzwerk) bezeichnet man im Bereich der Datenverarbeitung ein Netzwerk zur Anbindung von Festplattensubsystemen und Datensicherungssystemen an Server-Systeme. Ein SAN stellt ein Netzwerk zwischen Servern und von den Servern genutzten Speicherressourcen dar. Die Speicher-Ressourcen werden aus dem eigentlichen Netzwerk heraus genommen und in ein unabhängiges eigenes Netzwerk mit hoher Leistung überführt.</p>
TK	<p>Telekommunikationsanlage</p>
Virtualisierung	<p>bezeichnet Methoden, die es erlauben, Ressourcen eines Computers (insbesondere im Server-Bereich) zusammenzufassen oder aufzuteilen.</p>
WLAN	<p>Wireless Local Area Network (in Deutsch wörtlich „drahtloses lokales Netzwerk“) bezeichnet ein lokales Funknetz.</p> <p>Öffentliche und kommerzielle WLAN-Access-Points mit Internetanbindung, sogenannte „Hot Spots“, ermöglichen an vielen Orten den Zugriff auf das weltweite Datennetz.</p>

Unternehmen u. Einrichtungen

**Breitbandbeteiligungsgesellschaft
Wetterau GmbH Friedberg**

**Gemeinnützige Wetterauer Archäologische
Gesellschaft Glauberg GmbH**

**Kliniken des Wetteraukreises Friedberg –
Schotten – Gedern gGmbH**

**ORD Oberhessische Recycling Dienste
GmbH**

**Zweckverband Oberhessische
Versorgungsbetriebe**

**Breitbandbeteiligungs-
gesellschaft
Wetterau GmbH
Friedberg**

Aktivseite		Passivseite	
		31.12.2014	31.12.2013
		€	€
A.	<u>Anlagevermögen</u>		
I.	<u>Finanzanlagen</u>		
	Anteile an verbundenen Unternehmen	180.000,00	180.000,00
		<u>180.000,00</u>	<u>180.000,00</u>
B.	<u>Umlaufvermögen</u>		
I.	<u>Guthaben bei Kreditinstituten</u>	126.447,06	0,00
		<u>126.447,06</u>	<u>0,00</u>
		<u>306.447,06</u>	<u>180.000,00</u>
		<u>306.447,06</u>	<u>180.000,00</u>
A.	<u>Eigenkapital</u>		
I.	<u>Gezeichnetes Kapital</u> nicht eingefordert ausstehende Einlagen Eingefordertes Kapital	180.000,00	180.000,00
		<u>-180.000,00</u>	<u>0,00</u>
II.	<u>Verlustvortrag</u>	-7.947,52	0,00
III.	<u>Jahresüberschuss / -fehlbetrag</u>	5.165,30	-7.947,52
		<u>177.217,78</u>	<u>-7.947,52</u>
B.	<u>Rückstellungen</u>		
1.	Sonstige Rückstellungen	13.500,00	6.000,00
		<u>13.500,00</u>	<u>6.000,00</u>
C.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 0,00 (Vorjahr € 8,30)	0,00	8,30
2.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon gegenüber Gesellschaftern € 114.087,56 (Vorjahr € 0,00) davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 114.087,56 (Vorjahr € 180.000,00)	114.087,56	180.000,00
3.	Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern € 591,00 (Vorjahr € 0,00) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit € 1.050,72 (Vorjahr € 0,00) davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.641,72 (Vorjahr € 1.932,22)	1.641,72	1.939,22
		<u>115.729,28</u>	<u>181.947,52</u>
		<u>306.447,06</u>	<u>180.000,00</u>

**Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetterau GmbH
Friedberg**

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014
Gewinn- und Verlustrechnung 2014**

	2014 €	Vorjahr €
1. Sonstige betriebliche Erträge	20.000,00	0,00
	<u>20.000,00</u>	<u>0,00</u>
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.800,00	0,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.050,72	0,00
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.983,98	7.947,52
4. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>5.165,30</u>	<u>-7.947,52</u>
5. Jahresüberschuss / -fehlbetrag	<u>5.165,30</u>	<u>-7.947,52</u>

Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetterau GmbH, 61169 Friedberg Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

1. Grundlagen der Gesellschaft

Die Breitbandbeteiligungsgesellschaft Wetterau GmbH wurde mit dem Ziel gegründet, im Wetteraukreis die Infrastruktur einer flächendeckenden Breitbandversorgung zu gewährleisten und diese der Bevölkerung zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Die Gesellschafter versprechen sich dadurch innerhalb von drei Jahren nach Planungsreife das Ziel des flächendeckenden Breitbandausbaus zu erreichen.

Die Gesellschaftsanteile lagen zunächst zu 100 % in Händen des Wetteraukreises. Das Stammkapital beträgt 180.000 EUR.

Die Eigenkapitalbasis wurde im Dezember 2013 geschaffen. Sitz der Gesellschaft ist Friedberg/Hessen.

Ausgehend von der Tatsache, dass der freie Markt den flächendeckenden Breitbandausbau nicht sicherstellt, ist mit Blick auf den demographischen Wandel auch in ländlichen Regionen eine ausreichende Breitbandinfrastruktur bereitzustellen. Dies kann grundsätzlich durch Zahlung eines verlorenen Zuschusses an ein am Markt tätiges Telekommunikationsunternehmen oder im Wege der Eigenrealisierung durch den Bau eines eigenen Netzes erfolgen, dass dann im Wege eines Netzmietmodells nach Ausschreibung von einem Marktteilnehmer betrieben wird.

Erstes Ziel war, durch die eigens gemeinsam mit der Breitbandbeteiligungsgesellschaft Vogelsberg GmbH und dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe gegründete Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH (bigo) zügig die Grundlage für die Entscheidung zwischen diesen beiden Optionen geschaffen wird und die weiteren notwendigen Schritte nach Beschlussfassung in den Gremien der Gesellschafter und der Gesellschaft selbst herbeigeführt werden.

2. Geschäftsverlauf und Geschäftsergebnis

Im Jahr 2013 wurde die Gründung der Gesellschaft durchgeführt und die Grundlage für die Geschäftstätigkeit geschaffen. Die notwendigen Kosten der Gründung sind dargestellt.

Das Stammkapital wurde in voller Höhe an die im gleichen Zeitraum gegründete Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen mbH als Anteil an deren Stammkapital eingezahlt.

Im Verlauf des Jahres 2014 traten die Städte Butzbach, Büdingen, Flörsdal, Friedberg, Gedern, Münzenberg, Nidda, Niddatal, Ortenberg und Reichelsheim sowie die Gemeinden Echzell, Glauburg, Hirzenhain, Kefenrod, Limeshain, Ober-Mörlen, Ranstadt, Rockenberg, Wölfersheim und Wöllstadt der Gesellschaft bei und übernahmen Anteile des Gründungsgesellschafters Wetteraukreis gemäß dem in der Satzung niedergelegten Schlüssel.

3. Lage der Gesellschaft

Das erzielte Jahresergebnis beträgt für das Wirtschaftsjahr 2014 5.165,30 €.

Erlöse wurden in 2013 noch nicht erzielt, da die Grundlagen hierzu noch nicht gegeben waren. In 2014 wurde anteilig ein Zuschuss des Landes Hessen für interkommunale Zusammenarbeit in Höhe von 20.000,00 € vereinnahmt und für Deckung der Gründungskosten und der in bescheidenem Rahmen anfallenden Betriebskosten verwandt.

Investitionen wurden nicht getätigt. Auf die Beteiligung an der bigo wurde bereits hingewiesen.

4. Voraussichtliche Entwicklung

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2014 wurde die Grundsatzentscheidung für das Netzbetreibermodell gefällt, dass durch die bigo projiziert und umgesetzt werden soll. Der vorgelegte vorläufige Business Case weist im Management Case eine tragfähige Rentabilität aus. Wichtig ist, dass hierbei keine Fördermittel (ELER, Bundesprogramm) eingerechnet sind. Es ist aber hinreichend wahrscheinlich, dass maßgebliche Zuschüsse in das Projekt eingesteuert werden können. Damit wird auch klar, dass den Beteiligungsgesellschaften demnach keine eigene Investitionstätigkeit in der Zukunft zukommt. Zur Realisierung ist für das Geschäftsjahr 2015 eine Kapitalerhöhung um 4.300.000,00 € vorgesehen, von denen 4.200.000,00 € für die Kapitalerhöhung der bigo bereitgestellt wird. Der verbleibende Betrag in Höhe von 100.000,00 € verbleibt in der Gesellschaft zur Sicherstellung des Geschäftsbetriebes.

Für 2015 wird – unter Berücksichtigung von Zuschüssen – mit einem geringen Verlust in maximal fünfstelliger Euro-Höhe gerechnet.

5. Chancen- und Risikobericht

Insbesondere ist als Risiko zu nennen, dass zunächst unklar ist, wie der Markt auf die Aufnahme der Tätigkeit der Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen mbH reagiert. Im Falle der Entscheidung für ein Netzmietmodell ist unsicher, ob aus der Vermarktung der Investitionen auskömmliche Erträge aus Vermietung und mittels Betreibervertrag erzielt werden können. Dies wird nach erfolgter Ausschreibung geklärt sein. Es wurde daher auf eine seriöse Erarbeitung eines Business Case besonderen Wert gelegt. Dabei besteht die Chance eine Vermarktung der Investitionen mit zukunftsweisender Infrastruktur und profitabler Refinanzierung zu erreichen. Dadurch könnten sich auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Wetteraukreis deutlich verbessern.

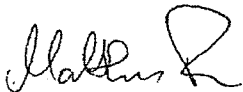
Weitere Risiken und Chancen ergeben sich insbesondere aus:

- gesetzlichen Rahmenbedingungen inkl. Vergabe und Förderkulisse
- technische Entwicklungen sowie
- Markt und Wettbewerb

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres

Die genannte Kapitalerhöhung wurde in 2015 vollzogen. Ereignisse von besonderer Bedeutung, die sich negativ auf den Geschäftsverlauf auswirken können, sind zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Lageberichtes nicht erkennbar.

Friedberg, 17. November 2015



Matthias Flor
Geschäftsführer

**Gemeinnützige
Wetterauer
Archäologische
Gesellschaft Glauberg
GmbH**

Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVA		PASSIVA			
		Geschäftsjahr		Vorjahr	
		EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		977,00	1.708,00		
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		45.323,00	47.344,00		
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		18.694,00	8.598,00		
		64.017,00	55.942,00		
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		61,40	65,45		
2. sonstige Vermögensgegenstände		12.320,13	18.903,74		
		12.381,53	18.969,19		
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		285.360,89	43.298,14		
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.329,40	2.357,60		
		<u>315.065,82</u>	<u>122.274,93</u>		
A. Eigenkapital					
I. Gezeichnetes Kapital			49.950,00		49.950,00
II. Verlustvortrag			-26.752,04		-19.065,66
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag			3.290,12		-7.686,38
			<u>26.488,08</u>		<u>23.197,96</u>
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen			35.440,00		37.005,00
C. Rückstellungen			4.000,00		4.150,00
1. sonstige Rückstellungen					
D. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				122,04	6.362,37
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr					
TEUR 1 (TEUR 6)					
2. sonstige Verbindlichkeiten				200.965,70	3.559,60
- davon aus Steuern					9.921,97
TEUR 1 (TEUR 2)					
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit					
TEUR 0 (TEUR 1)					
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr					
TEUR 201 (TEUR 4)					
E. Rechnungsabgrenzungsposten			48.050,00		48.000,00
		<u>315.065,82</u>	<u>122.274,93</u>		<u>122.274,93</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014**

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		<u>144.760,21</u>	<u>155.204,21</u>
2. Gesamtleistung		144.760,21	155.204,21
3. sonstige betriebliche Erträge		42.054,02	30.655,78
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		0,00	-5,71
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-117.307,12		-85.134,74
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung - davon für Altersversorgung TEUR 0 (Vorjahr TEUR 0)	<u>-25.866,61</u>	-143.173,73	<u>-18.831,03</u> -103.965,77
6. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-6.426,07	-4.497,00
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		-36.205,23	-87.501,40
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.280,92	2.369,65
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>0,00</u>	<u>-3,51</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.290,12	-7.743,75
11. sonstige Steuern		0,00	57,37
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		<u>3.290,12</u>	<u>-7.686,38</u>

Anlage IV

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

**Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 der
Gemeinnützige Wetterauer Archäologische Gesellschaft Glauberg GmbH**
(im Text „WAGG“ oder „Gesellschaft“ genannt)

Inhalt:

- I. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und regionale Situation
- II. Allgemeines zum Geschäftsverlauf 2014
 - Ziele der Gesellschaft zur Bewahrung und Entwicklung des historischen Erbes
 - Angebote für Bildung, Pädagogik und Kultur
- III. Auswertungen zum Geschäftsbetrieb 2014
 - Leistungen am Infostand
- IV. Darstellung der Abteilungen und Aufgabengebiete der WAGG
- V. Ausblick 2015
- VI. Neue Strukturen
- VII. Jahresergebnis 2014
- VIII. Wirtschaftsplan 2015
- IX. Darstellung der Lage
- X. Voraussichtliche Entwicklung – Chancen und Risiken
- XI. Ergebnisse nach dem Stichtag

I. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und regionale Situation

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2014 insgesamt als stabil erwiesen. Um 1,5 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher als im Vorjahr und lag damit über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Offensichtlich konnte sich die deutsche Wirtschaft in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behaupten und dabei vor allem von einer starken Binnennachfrage profitieren. Vor diesem Hintergrund zeigte sich die regionale Wirtschaft im Jahr 2014 in den tragenden Branchen überwiegend zufrieden. Die heimischen Betriebe profitieren insbesondere von der Nähe zum Ballungsraum, so dass im Jahr 2014 insgesamt eine gute Auftragslage bestand. Allerdings zeigen sich im Wetteraukreis divergente wirtschaftliche Entwicklungen und unterschiedliche Standortbedingungen. Der südliche Verdichtungsraum und die Gebiete entlang der Autobahnen profitieren vom Entwicklungsdruck aus dem Rhein-Main-Gebiet, während die ländlichen Teile des östlichen Wetteraukreises weiterhin an Wirtschaftskraft, Arbeitsplätzen und Einwohnern verlieren. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte bleibt im Wetteraukreis ein zentrales Problem und die Konsolidierung eine wichtige Aufgabenstellung. Es ist es ein zentrales Anliegen des Wetteraukreises, mit nachhaltigen Konzepten die Stärkung der Wetterau zu einem attraktiven Wirtschafts-, Lebens- und Naherholungsraum für die Metropolregion FrankfurtRheinMain zu entwickeln. Für die Übernahme der touristischen Aufgaben wurde im Februar 2015 die TourismusRegion Wetterau (TRW) GmbH gegründet.

II. Allgemeines zum Geschäftsverlauf 2014

- **Ziele der Gesellschaft zur Bewahrung und Entwicklung des historischen Erbes**

Prägend für den Geschäftsverlauf 2014 war das Ziel, Archäologie und Kulturgeschichte in der Wetterau hinsichtlich des wissenschaftlichen, kulturellen und pädagogischen Potenzials zu fördern und das reiche Kulturerbe für Einheimische und Gäste erlebbar zu machen.

Im Rahmen dieser gemeinnützigen Aufgabenstellung soll die geschichtsträchtige Wetterau, insbesondere der Glauberg und seine Umgebung, einer Vielzahl von Besuchern präsentiert werden. Es sollen Informationen über die Lebensweise von z. B. Kelten und Römern und deren Kultur, ihre reichen materiellen Hinterlassenschaften, ihre Mythen und Legenden sowie die Rezeption dieses Erbes in der Zeit bis heute seriös und auf wissenschaftlicher Basis vermittelt werden.

Die WAGG engagiert sich in der *Keltenwelt am Glauberg* mit dem Ziel, die Region attraktiv darzustellen und Bildung und Wissenschaft in Sachen regionaler Kultur- und Entwicklungsgeschichte, Natur- und Umweltschutz, zu betreiben. Archäologie und Geschichte soll so zu einem wichtigen Element der Strukturförderung im ländlichen Raum werden. Durch die national und international vernetzte Arbeit der WAGG sollen wesentliche Forschungs- und Entwicklungsbeiträge aus der Region die Bedeutung des Archäologiestandortes Wetterau stärken.

Dies geschieht im Sinne ihrer originären Aufgabenstellung u.a. durch:

- Öffentlichkeitsarbeit (Führungen, Vorträge, archäologische Kurse, Publikationen),
- Förderung von Archäologie, Geschichte, Forschung, wissenschaftlicher Aufarbeitung von Grabungen und Restaurierungen als wichtigen strukturpolitischen Maßnahmen im ländlichen Raum,
- Verknüpfung aufbereiteter wissenschaftlicher Inhalte mit touristischen Anliegen,
- Entwicklung nachhaltiger kulturhistorisch orientierter Marketingkonzepte und Maßnahmen,
- Veranstaltungen und Exkursionen (z.B. in Kooperation mit dem Förderverein KeltenWelt am Glauberg eine Dreitagesfahrt ins Keltenmuseum nach Hallein),
- Plattform für ehrenamtliches Engagement,
- Organisation und Einsatzplanung ehrenamtlicher Tätigkeit,
- Zusammenarbeit mit nationaler Organisation wie den Landesämtern für Denkmalpflege, Museen und keltischen Stätten in Hessen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zur Bewusstmachung und Erlebbarkeit des keltischen Erbes in Deutschland,
- Austausch mit Regionen bedeutender keltischer Hinterlassenschaften,
- Geschäftsstellentätigkeit für den Verein KeltenWelten in Deutschland e.V.,

- Implementierung der Wetterau als bedeutende Referenzregion der Landschafts- und Kulturgeschichte (Forschung und Entwicklung),
 - Förderung von transnationalen Förderprojekten zur Vermittlung keltischer Geschichte in Deutschland und dem Ausland mit dem Ziel der Bewusstmachung gemeinsamer Wurzeln in Europa. Forschungsgebiete: „Waren die Kelten die ersten Europäer?“, „Archäologie und Geschichte als Standortfaktor“, „Keltische Zeugnisse in deutschen Kulturlandschaften“ sowie
 - Förderung des UNESCO Welterbe-Status „Keltische Zeugnisse“ in Verbindung mit den Ämtern für Landesarchäologie, der Römisch-Germanischen Kommission und dem Verein KeltenWelten in Deutschland mit Geschäftssitz Glauberg.
- **Angebote für Bildung, Pädagogik und Kultur**

Die Entwicklung und Vermarktung kulturpädagogischer Angebote im Wetteraukreis erfolgt unter dem Label „ArchäologieLandschaft Wetterau“. Die WAGG beteiligt sich hieran mit dem Ziel einer wissenschaftlich und historisch fundierten Aufarbeitung und Vermittlung des bedeutenden regionalen Kulturerbes (Kelten, Römer, Mittelalter).

Dazu zählen insbesondere folgende Aktivitäten:

- Aktive Besucherinformation und Bearbeitung von Anfragen am Infostand im Landesmuseum Keltenwelt und in der Geschäftsstelle im neuen Pavillon am Glauberg.
- Mitwirkung bei der Weiterentwicklung der Keltenwelt zu einem herausragenden Kultur- und Freizeitangebot in Deutschland.
- Entwicklung von zeitgemäßen und didaktisch anspruchsvollen Formen der Vermittlung von Archäologie und regionaler Kulturgeschichte unter Beteiligung der Gesellschafter und weiterer kommunaler Partner.
- Öffentlichkeitsarbeit und Marketingaktionen (PR-Arbeit, Mailingaktionen, Publikationen, Führungen, Exkursionen, Veranstaltungen).
- Initiierung und Vermittlung von ortsübergreifenden Angebotskombinationen, Programmen und Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen zur Vermittlung des kulturhistorischen Erbes der Wetterau.

- Förderung, Organisation und Betreuung von ehrenamtlichem Engagement in den Bereichen Gästeinformation, Besucherservice und im Gäste-Führungswesen. Förderung der Angebotsstrukturen im Wetteräukreis, Initiierung von kulturtouristischen Angeboten und Entwicklung der Archäologie Wetterau zur Marke.
- Vertrieb des Labels der regionalen Produktmarke „*Glaubenger Originale – Gutes aus der Wetterau*“ im Shop und Bistro zur Förderung regionaltypischer Produkte.
- Länderübergreifende Kooperationen und wechselseitiges Marketing bedeutender keltischer Fundorte, Museen, Ausstellungen zur Erschließung neuer Quellmärkte

III. Auswertungen zum Geschäftsbetrieb 2014

- Die Besucherzahlen im Museum sind im dritten Jahr nach der Eröffnung erwartungsgemäß rückläufig, liegen aber immer noch weit über den Besucherzahlen vergleichbarer musealer Einrichtungen. Zunehmend wird das Außengelände der Keltenwelt als Ausflugsziel wahrgenommen und mit einem Besuch in der Cafeteria verknüpft. 2014 haben etwa 50.000 zahlende Besucher das Museum besucht (Vorjahr 70.000), während weitere etwa 50.000 Besucher (Vorjahr 30.000) im Archäologischen Park und Außengelände unterwegs waren. Insgesamt haben damit etwa 100.000 Gäste den Glauberg aufgesucht (Museum und Außenbereich).

Folgende Aufgabenschwerpunkte prägten den Geschäftsbetrieb:

- Mitarbeiterinnen der WAGG und ehrenamtliches Personal werben am Informationsstand im Museum aktiv und erfolgreich für die Region (ca. 40.000 Kontakte),
- Erarbeitung und Verbreitung von Imagebroschüren wie z.B. „*Keltenwelt plus – Ausflüge in die Region*“. Versendung an 500 Heimat- und Geschichtsvereine sowie an 500 Kommunen im Radius von 120 km in Kooperation mit Keltenwelt am Glauberg,
- Veranstaltungen zur Präsentation der Region (z.B. Frühlingsfest mit Sternwanderung, Museumsfest, Sterngucker-Nacht, Drachenfest),

- Aktivprogramm mit 17 E-Bikes „Genussradeln mit Rückenwind 2014“, geführte E-Bike-Touren vom Glauberg aus zu besonderen Orten der Landschaft und Geschichte,
 - Gestaltung und Anschaffung eines Messestandes „Heimat der Keltenfürsten“,
 - Besuch von einschlägigen Messen und Veranstaltungen (z.B. CMT in Stuttgart, Landpartie in Büdingen, Ortenberger Markt, Gesundheitsstage in Bad Salzhausen),
 - Regelmäßige Sitzungen mit den kommunalen Gesellschaftern und Kooperationspartnern zu Förderung der Zusammenarbeit sowie
 - Aus- und Weiterbildung ehrenamtlicher Botschafter der Wetterau (Verleihung von 50 Botschafterbriefen im Januar 2014) und Einsatz der Ehrenamtlichen am Infostand im Museum, auf Messen und sonstigen Veranstaltungen
- Leistungen am Infostand des Museums

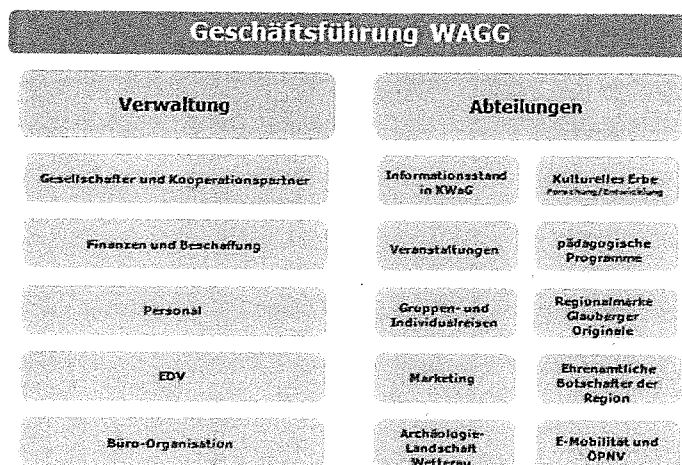
Dokumentation der Kontakte / Gesamtjahr 2014 (aufgerundet)

Mitnahme von Informationsmaterial	ca. 25.500	Informationsstand der WAGG im Keltenmuseum am Glauberg
Beratungen	ca. 6.400	Aktive Besucherlenkung in die Region
Gezielte Nachfragen	ca. 4.800	Kommunen, Freizeitangebote, Veranstaltungen und Tipps
Gastronomie- und Unterkunfts- informationen	ca. 2.600	Mitnahme Flyer oder Beratung
E-Bike-Touren Saison 2014 (Programm)	28 geführte Touren	200 Teilnehmer

Zu beachten ist:

- Diese Dokumentation ist alleine auf den Infostand (10:00 – 16:00 Uhr) bezogen. Die Messen und Büroanfragen sind nicht berücksichtigt.
- Durch die vielen verschiedenen ehrenamtlichen Mitarbeiter und Botschafter wird eine noch genauere Dokumentation erschwert.

IV. Darstellung der Abteilungen und Aufgabengebiete der WAGG



V. Ausblick 2015

- Erfüllung von Aufgaben im Museumsbetrieb gemäß Dienstleistungsvertrag mit dem Land Hessen und der Keltenwelt am Glauberg (Führungen, Einsatz und Fortbildung der Gästeführer, Vermittlung des Kulturerbes Glauberg/Wetterau, Besucherlenkung, Veranstaltungen zur Präsentation der Region),
- Planung und Durchführung eines wissenschaftlichen Tagessymposiums „Grundlagen und Perspektiven der Kulturlandschaft Wetterau“, am 24. November 2015 in Bad Salzhausen,
- Planung und Umsetzung Rundwanderweg um den Glauberg,
- Planung und Durchführung mehrtägiger Exkursionen z.B. zur Himmelscheibe von Nebra,
- Mitwirkung an der Planung und Umsetzung des Museumsgartens in der Keltenwelt am Glauberg als neue Besucherattraktion (modulare Bausteine mit Interaktion),
- Vorbereitung der Festveranstaltung „20 Jahre Keltenfürst“ mit Sonderausstellungen und Vortragsreihe im Mai 2016 (Fund der Statue),
- Optimierung Präsentation und Vermarktung *Glauberg-Originalie*.

VI. Neue Strukturen

Mit Gründung der TourismusRegion Wetterau GmbH (TRW) im Februar 2015 wurde im Wetteraukreis eine neue touristische Organisationsstruktur geschaffen. Die neue touristische Gesellschaft hat Ihren Geschäftssitz auf dem Glauberg. Ein Teil der kommunalen Gesellschafter und Kooperationspartner der WAGG haben die Gesellschaft verlassen und sind mit Wirkung zum 01.03.2015 als Gesellschafter in die TRW eingetreten. Die verbliebenen kommunalen Gesellschafter, die in der WAGG verbleiben, werden dort beitragsfrei gestellt. Ebenso wechseln die Mitarbeiter der WAGG bis auf eine Person in die TRW. Der verbliebene Mitarbeiter in der WAGG hat seinen Dienstsitz in der Keltenwelt und ist in den Betrieb des Museums gemäß dem Dienstleistungsvertrag zwischen der WAGG und dem Landesmuseum eingebunden. Die Finanzierung der WAGG erfolgt im Wesentlichen über den Dienstleistungsvertrag mit dem Land Hessen.

Verbleibende Gesellschafter in der WAGG

- Wetteraukreis, Glauburg, Büdingen (Plan lt. Magistrat), Heimat- und Geschichtsverein Glauberg, Förderverein Keltenwelt am Glauberg

Aufgabenteilung der beiden Gesellschaften

- Die gemeinnützige Wetterauer Archäologische Gesellschaft Glauberg GmbH fördert wie bisher die Wertigkeit und das Erleben des reichen Kulturerbes der Wetterau und des Glaubergs sowie das ehrenamtliche Engagement. Als Grundlage dient der Dienstleistungsvertrag zwischen dem Land Hessen und der WAGG zur Entwicklung der Keltenwelt am Glauberg und des Umlandes. Damit schafft die Gesellschaft strukturelle Grundlagen für den Kulturtourismus.
- Die TRW übernimmt den Aufbau touristischer Strukturen und Angebote, die Entwicklung eines touristischen Geschäftsbetriebes mit Buchungszentrale sowie die Vermarktung der gesamten Region.

VII. Jahresergebnis 2014

Jahresüberschuss in Höhe von 3.000 Euro

Die Gesellschaft hat seit Eröffnung des Museums im Mai 2011 ihr Aufgabenspektrum stetig erweitern müssen, um effektive Strukturen und Angebote für Besucher des Museums und deren erfolgreichen Lenkung in die Region zu erreichen. Durch gezielte Investitionen in Ausstattung und qualifiziertes Personal wurden Grundvoraussetzungen geschaffen, um bedeutende Zukunftsaufgaben für die Region erbringen zu können. Die Gesellschaft ist durch die Erweiterung der Aufgaben unterfinanziert und bedarf neben der Beiträge der kommunalen Gesellschafter und Kooperationspartner einer erheblichen jährlichen Spendenzuführung (im GJ 2014 23.000,00 Euro). Der Geschäftsverlauf wurde unter Punkt III. beschrieben.

Im Jahresabschluss für 2014 wurde ein Überschuss von 3.000,00 Euro (Vorjahr -8.000,00 Euro) erzielt. Damit wurde das im Wirtschaftsplan 2014 vorgesehene Jahresergebnis von 0,00 Euro leicht verbessert. Durch die strukturelle Unterfinanzierung und Defizite im Geschäftsbetrieb in den Vorjahren (2012, 2013) wurde erheblicher Zugriff auf das Eigenkapital genommen. Zum Jahresende 2013 betrug das Eigenkapital nur noch 23.000,00 Euro, was 46% der ursprünglichen Einlage entsprach. Der Jahresüberschuss 2014 in Höhe von 3.000,00 Euro wird dem Eigenkapital zugeführt. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt zum Jahresende 2014 26.000,00 Euro. Durch die Zuführung sind nunmehr wieder 52% des gezeichneten Kapitals vorhanden. Die Maßnahmen sind mit der Gesellschafterversammlung abgestimmt.

Durch die Struktur und Funktion der Gesellschaft sowie den vertraglichen Regelungen mit dem Landesmuseum Keltenwelt am Glauberg kann die WAGG nur geringfügige Gewinne aus umsatzbezogener Tätigkeit generieren (Zertifikat Glauberg Originals, Standgebühren und geführte E-Bike-Touren).

Weitere Anmerkungen

- Die Einnahmen aus dem Bereich der Zertifikate für die Glaubenger Originale und den Standgebühren bei Veranstaltungen belaufen sich auf insgesamt rund 800,00 Euro. Den Einnahmen bei den E-Bike-Touren in Höhe von 4.000,00 Euro stehen Ausgaben in Höhe von 4.500,00 Euro entgegen, was zu einem Defizit von 500,00 Euro bei den geführten E-Bike-Touren (200 Teilnehmer) führt. Allerdings wurden beim Start in das neue E-Bike-Touren-Programm bestimmte Grundinvestitionen getätigt, die zukünftig entfallen. Trotz einer zu erwartenden weiteren Steigerung der Teilnehmerzahl lässt sich auch zukünftig maximal eine Kostendeckung für das Programm erreichen (Wartung u. Reparatur der E-Bikes, Honorare für geführte Touren).
- Die Löhne und Gehälter wurden gemäß Aufgabenstruktur an den TVöD angelehnt, was zu erheblichen Steigerungen der Personalkosten für die Angestellten geführt hat. Eine Mitarbeiterin wurde bis April 2014 über ein Bundesprogramm zu 100% gefördert. Durch die Übernahme in den Dienst der WAGG ab Mai 2014 (30 Stunden/Woche) sind nun die vollen Lohnkosten von der WAGG zu tragen. Die Geschäftsführung erfolgt seit Dezember 2013 auf Basis einer geringfügigen Beschäftigung (450,00 Euro/Monat), was die Honoraraufwendungen reduziert. Insgesamt sind die Personalaufwendungen jedoch deutlich gestiegen.
- Durch die beengten Platzverhältnisse in der Geschäftsstelle der WAGG wurde zwei Mitarbeiterinnen die Nutzung eines Home-Office für bestimmte Tätigkeiten zugestanden und pauschal entgolten.
- Zum 31.12.2014 wurde zwei Mitarbeiterinnen (25 Std. Teilzeitkraft und 450-Euro-Mini-Job) aus betriebsbedingten Gründen fristgerecht gekündigt.
- Gemäß einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Hessen übernimmt die WAGG das finanzielle Abwicklungsmanagement für ein 2015 geplantes bauliches Vorhaben im Museumsgarten (Technik- und Pädagogikräume). Die vom Land Hessen zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 200.000,00 Euro sind als ein durchlaufender Posten und bei der Beurteilung der finanziellen Lage entsprechend zu berücksichtigen.

VIII. Wirtschaftsplan 2015

In den Planzahlen ist berücksichtigt, dass die Gründung der *TourismusRegion Wetterau GmbH* am 19.02.2015 erfolgt und deren Geschäftsbetrieb am 01. März 2015 startet (Rumpfgeschäftsjahr TRW März bis Dezember 2015). In den ersten beiden Monaten des GJ 2015 wird die Entwicklungsarbeit noch von der WAGG wie bisher geleistet. Die Zuschüsse und Beiträge durch Gesellschafter und Kooperationspartner werden für das GJ 2015 entsprechend aufgeteilt. Am 01. März wechseln die Mitarbeiterinnen der WAGG in die TRW. Ein Mitarbeiter (Herr Medschinski) verbleibt in der WAGG. Der Dienstleistungsvertrag zwischen der Keltenwelt und der WAGG bleibt davon unberührt. Der WAGG steht ein Büroarbeitsplatz in der Keltenwelt zur Verfügung, so dass keine besonderen Arbeitsplatzkosten für den Mitarbeiter der WAGG entstehen. Die nicht mehr benötigte Geschäftsausstattung der WAGG wird an die TRW veräußert. Die Finanzierung der WAGG wird im Wesentlichen über den Dienstleistungsvertrag mit der Keltenwelt gesichert. Besonders im Übergangsjahr 2015, aber auch in den Folgejahren, ist die WAGG auf weitere Einnahmen angewiesen, um einen ordnungsgemäßen Geschäftsbetrieb sowie die Liquidität der Gesellschaft zu sichern. Diesbezüglich wurden u.a. bereits Gespräche mit der Leitung der Keltenwelt geführt, um zu klären, ob weitere Einnahmeföglichkeiten für die WAGG im Rahmen des Museumsbetriebes bestehen. Außerplanmäßige Einnahmen erzielt die WAGG durch die Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Hessen für das Projektmanagement bezüglich der Technik- und Pädagogikräume im Museumsgarten. Diese Räume werden dann auch von der WAGG genutzt. Für die Abwicklung erhält die WAGG 4.000,00 Euro vom Land Hessen (2% v. d. Bausumme in Höhe v. 200.000,00 Euro). Ebenso werden mit der TRW Gespräche geführt, um durch gemeinsame Nutzungen mögliche Synergieeffekte erzielen zu können. Der Wirtschafts- und Stellenplan 2015 wurde den Gesellschaftern am 19.02.2015 vorgestellt und einvernehmlich verabschiedet. Durch personelle Veränderungen und Aufgabenkonzentration sinkt der Gesamtetat im operativen Bereich auf etwa ein Drittel des Ausgangsniveaus. Den geplanten Aufwendungen in Höhe von 59.600,00 Euro stehen Erträge von 60.500,00 Euro gegenüber, so dass mit einem positiven Betriebsergebnis von etwa 900,00 Euro zu rechnen ist.

IX. Darstellung der Lage

▪ Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2014 aus den dargestellten Gründen nur unwesentlich verbessert. Die Gesellschaft hat nach negativen Ergebnissen in den Vorjahren (Geschäftsjahr 2012 -24.300,00 Euro und 2013 - 8.000,00 Euro) einen Jahresüberschuss in Höhe von 3.000,00 Euro trotz stetig erweiterter Aufgaben erzielt. Der Jahresüberschuss wird dem Eigenkapital zugeführt. Das verbliebene Eigenkapital erhöht sich von 23.000,00 Euro im Vorjahr (46% des gezeichneten Wertes) auf 26.000,00 Euro (52% des gezeichneten Wertes) zum Ende des Geschäftsjahres 2014.

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
AKTIVA					
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	2	2	-1
Sachanlagen	64	20	56	46	8
	<u>65</u>	<u>20</u>	<u>58</u>	<u>48</u>	<u>7</u>
Umlaufvermögen					
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1	1	1	1	0
Flüssige Mittel	235	75	43	35	192
sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP	14	4	20	16	-6
	<u>250</u>	<u>79</u>	<u>* 64</u>	<u>52</u>	<u>186</u>
	<u>315</u>	<u>100</u>	<u>122</u>	<u>100</u>	<u>193</u>

Auf der Aktivseite sind insbesondere die vom Land Hessen als durchlaufender Posten zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 200.000,00 Euro für bauliche Vorhaben zu berücksichtigen, die zu einer deutlichen Erhöhung der flüssigen Mittel führen.

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
PASSIVA					
Eigenkapital					
Gezeichnetes Kapital	50	16	50	41	0
Verlustvortrag	-27	-9	-19	-16	-8
Jahresergebnis	3	1	-8	-7	11
	<u>26</u>	<u>8</u>	<u>23</u>	<u>18</u>	<u>3</u>
langfristiger Teil des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	33	10	35	29	-2
Langfristiges Kapital	<u>59</u>	<u>19</u>	<u>58</u>	<u>47</u>	<u>1</u>
Kurzfristiges Fremdkapital					
kurzfristiger Teil des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	2	1	2	2	0
Rückstellungen	4	1	4	3	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1	0	6	5	-5
sonstige Verbindlichkeiten inkl. RAP	249	78	52	43	197
Kurzfristiges Kapital	<u>256</u>	<u>81</u>	<u>64</u>	<u>53</u>	<u>192</u>
	<u>315</u>	<u>100</u>	<u>122</u>	<u>100</u>	<u>193</u>

Die positive Veränderung der Bilanzsumme auf der Passivseite resultiert aus dem positiven Jahresergebnis in Höhe von 3.000,00 Euro, was zu einer Erhöhung des Eigenkapitals auf 26.000,00 Euro führt. Das langfristige Kapital erhöht sich um 1.000,00 Euro. Das kurzfristige Kapital erhöht sich auf 256.000,00 Euro (durchlaufender Posten Bauvorhaben; Übernahme des Projektmanagements für das Land Hessen).

▪ Finanzlage

Die Gesellschaft fördert ausschließlich, unmittelbar und zum gemeinnützigen Zweck die strukturellen Voraussetzungen, damit Archäologie und Geschichte als ein identitätsstiftendes Kulturgut, zur Förderung von Wissenschaft, Bildung und Erziehung sowie als regionaler Tourismus- und Wirtschaftsfaktor entwickelt werden kann. **Die Gesellschaft selbst hat primär keine Gewinnerzielungsabsichten, sondern sie schafft und fördert strukturelle Grundlagen.**

	2014 TEUR	2013 TEUR
Periodenergebnis	3	-8
+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	6	4
+/- Zunahme / Abnahme Sonderposten mit Rücklageanteil	<u>-2</u>	<u>-2</u>
= Operativer Cash-Flow	7	-6
-/+ Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	6	5
+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	<u>192</u>	<u>-8</u>
= Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>205</u>	<u>-9</u>
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-16	-22
+ Einzahlungen aus Zuwendungen zu Investitionen in das Sachanlagevermögen	<u>3</u>	<u>21</u>
= Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	<u>-13</u>	<u>-1</u>
= Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>	<u>0</u>
= Veränderung Finanzmittelfonds	192	-10
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>43</u>	<u>53</u>
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>235</u>	<u>43</u>

Der operative Cash Flow der Gesellschaft hat sich von -6.000,00 Euro für 2013 auf 7.000,00 Euro für 2014 verbessert. Insgesamt verbessert sich der Finanzmittelbestand erheblich. Im Finanzmittelbestand ist jedoch der durchlaufende Posten von 200 TEUR für die bauliche Maßnahme zu berücksichtigen, der zum Bilanzstichtag noch enthalten ist. Abzüglich dieser Position beträgt der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit 5 TEUR im Vergleich zu - 7 TEUR im Vorjahr. Hier ist im Geschäftsjahr eine leichte Verbesserung eingetreten.

▪ **Ertragslage**

	1.1.-31.12.2014		1.1.-31.12.2013		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Umsatzerlöse	145	78	155	83	-10
sonstige betriebliche Erträge	42	22	31	17	11
BETRIEBSLEISTUNG	187	100	186	100	1
Materialaufwand	0	0	-1	-1	1
Personalaufwand	-143	-77	-104	-56	-39
Abschreibungen	-6	-3	-4	-2	-2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-37	-20	-87	-47	50
BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	-186	-100	-196	-105	10
BETRIEBSERGEBNIS	1	0	-10	-5	11
Zinserträge	2	1	2	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-1	-1	1
FINANZERGEBNIS	2	1	1	1	1
NEUTRALES ERGEBNIS	0	0	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	1	1	-1
JAHRESERGEBNIS	3	2	-8	-4	11

Das Geschäftsjahr 2014 ist bezogen auf die betriebliche Gesamtleistung im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Die Umsatzerlöse haben sich reduziert, die sonstigen betrieblichen Erträge erhöht, was sich ausgleicht. Die betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 10.000,00 Euro gesunken (einem höheren Personalaufwand stehen deutlich niedrigere betriebliche Aufwendungen gegenüber).

Aus dem Vergleich von betrieblicher Leistung und Aufwand ergibt sich für das Geschäftsjahr 2014 ein positives Betriebsergebnis von 1.000,00 Euro (Vorjahr -10.000,00). Das Jahresergebnis zeigt einen Überschuss von 3.000,00 Euro (Vorjahr -8.000,00).

X. Voraussichtliche Entwicklung – Risiken und Chancen

Risiken der Gesellschaft

Die Gesellschaft verfügt über eine hohe Reputation. Die Förderung, Bündelung und Organisation der ehrenamtlichen Tätigkeiten unter dem Dach der WAGG stellt einen immensen strukturellen Wert dar. In Verbindung mit der Keltenwelt und dem Landkreis kann die Gesellschaft eine Schlüsselfunktion bei der Weiterentwicklung der Wetterau zu einem herausragenden Archäologiestandort einnehmen. Durch die Umstrukturierungen zum Ende Februar 2015 sinkt der Gesamtetat der Gesellschaft erheblich. Allerdings muss die finanzielle Lage der Gesellschaft auch in 2015 und den Folgejahren den Erfordernissen angepasst werden. Das Entgelt in Höhe von 40.000,00 Euro auf Basis des Dienstleistungsvertrages zwischen Land Hessen und WAGG reicht zwar für die Finanzierung der Personalkosten, jedoch nicht für die Gesamtaufwendungen der Gesellschaft aus. Die Finanzierungslücke beträgt etwa 10.000,00 Euro. Für 2015 kann die Liquidität der Gesellschaft durch die dargestellten Maßnahmen und eine Steuerrückerstattung als gesichert gesehen werden. Bezüglich der Kündigung der Teilzeitmitarbeiterin zum 31.12.2014 zeichnet sich ein gerichtliches Verfahren ab (Überstunden, Urlaub). Der Bestand des Kooperations- und Dienstleistungsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Landkreis bzw. der WAGG bleibt für die Entwicklung von zentraler Bedeutung und ist mit sensiblen Störungsrisiken behaftet, die aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen der Vertragspartner auftreten können. Die Form und Intensität der Zusammenarbeit zwischen Keltenwelt und Region sowie die Perspektiven der WAGG sind in einem hohen Maße immer auch von politischer Willensbildung abhängig.

Chancen der Gesellschaft

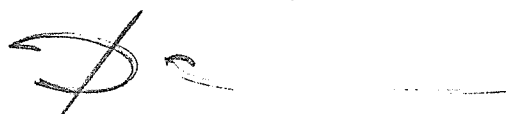
Die Gesellschaft hat die Möglichkeit, mit den verschiedenen Abteilungen der Keltenwelt und des Forschungszentrums sowie mit den Fachstellen des Landkreises und der Kommunen zu kooperieren und exklusive Angebote und Programme für nationale und internationale Besucher zu entwickeln. Die bisherigen wissenschaftlichen Ergebnisse lassen darauf schließen, dass auf dem Glauberg und im Umfeld weitere Funde keltischen Ursprungs und anderer Epochen zu erwarten sind. Die Kernarbeit der WAGG soll verstärkt Forschung und Wissenschaft ausmachen und dem Zweck zur Förderung und Erlebbarkeit des reichen Kulturerbes der Wetterau und des Glaubergs beitragen. Durch die Umstrukturierung im Geschäftsjahr 2015 wird die WAGG von wesentlichen Aufgaben, personellen Aufwendungen und finanziellen Belastungen entbunden. Die Finanzierung erfolgt im Wesentlichen über den Dienstleistungsvertrag mit dem Land Hessen. Der Gesamtertrag der Gesellschaft sinkt 2015 erheblich.

XI. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es haben sich über die bereits beschriebenen Strukturänderungen keine weiteren wesentlichen Ereignisse nach dem Bilanzstichtag ereignet.

Glauburg, den 30. Juni 2015

**Gemeinnützige Wetterauer
Archäologische Gesellschaft Glauberg GmbH**



Bernd-Uwe Domes
Geschäftsführer

**Kliniken des
Wetteraukreises
Friedberg – Schotten –
Gedern gGmbH**

Kliniken des Wetteraukreises Friedberg - Schotten - Gedern gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH), Friedberg
 Bilanz zum 31. Dezember 2014

AKTIVSEITE	31.12.2014		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		334,00	2.333,00
II. Sachanlagen			
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		1,00	400,00
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.595,00		25.595,00
2. Beteiligungen	<u>12.192.889,05</u>		<u>11.377.685,21</u>
		<u>12.218.484,05</u>	<u>11.403.280,21</u>
		12.218.819,05	11.406.013,21
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
Unfertige Leistungen		37.100,00	34.800,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	39.130,72		40.508,07
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.968.881,53		2.043.178,95
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	<u>202.000,00</u>		<u>820.600,00</u>
		2.210.012,25	2.904.287,02
III. Guthaben bei Kreditinstituten		<u>19.284,91</u>	<u>43.681,02</u>
		2.266.397,16	2.982.768,04
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		374,85	374,85
		<u>14.485.591,06</u>	<u>14.389.156,10</u>

PASSIVSEITE

	31.12.2014		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital	2.735.430,00		2.735.430,00
II. Kapitalrücklage	16.614.963,65		15.341.963,65
III. Verlustvortrag	(8.215.567,51)		(8.139.649,72)
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>115.714,59</u>		<u>(75.917,79)</u>
		11.250.540,73	9.861.826,14
B. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen		50.400,00	139.600,00
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	106.034,35		36.719,10
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 106.034,35 (Vj.: EUR 36.719,10)			
2. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	339.614,97		491.798,41
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 339.614,97 (Vj.: EUR 491.798,41)			
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bzw. dem Krankenhausträger	2.551.732,82		3.283.178,95
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 731.446,03 (Vj.: EUR 731.446,13)			
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	112.910,11		522.300,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 112.910,11 (Vj.: EUR 522.300,00)			
5. sonstige Verbindlichkeiten	74.358,08		53.733,50
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 8.115,90 (Vj.: EUR 7.092,31)			
- davon aus Steuern: EUR 6.624,64 (Vj.: EUR 6.407,23)			
		<u>3.184.650,33</u>	<u>4.387.729,96</u>
		14.485.591,06	14.389.156,10

Kliniken des Wetteraukreises Friedberg - Schotten - Gedern gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
 (gGmbH), Friedberg
 Gewinn- und Verlustrechnung
 für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	2014	Vorjahr
EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.208.540,43	905.096,26
2. Erhöhung des Bestands unfertigen Leistungen	2.300,00	1.640,00
3. sonstige betriebliche Erträge	<u>8.358,18</u>	<u>12.808,34</u>
	1.219.198,61	919.544,60
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	(7.851,53)	(7.493,41)
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>(983.091,96)</u>	<u>(849.925,49)</u>
	(990.943,49)	(857.418,90)
5. Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(2.398,00)	(2.399,00)
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>(100.751,25)</u>	<u>(125.628,71)</u>
	(1.094.092,74)	(985.446,61)
	125.105,87	(65.902,01)
7. Erträge aus Verlustübernahme durch stillen Gesellschafter	0,00	425,70
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	128.666,78	133.432,22
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(138.058,06)	(143.873,70)
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vj.: EUR 49,59)		
	<u>(9.391,28)</u>	<u>(10.015,78)</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		
	115.714,59	(75.917,79)
11. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>115.714,59</u>	<u>(75.917,79)</u>



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Kliniken des Wetteraukreises gGmbH

Inhaltsverzeichnis

1	Geschäftliche Grundlagen	1
2	Wirtschaftsbericht	2
2.1	Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen.....	2
2.2	Geschäftsverlauf.....	3
2.3	Ertragslage.....	4
2.4	Vermögenslage	5
2.5	Finanzlage.....	6
3	Nachtragsbericht	6
4	Prognose, Chancen und Risikobericht.....	6
5	Risikomanagement-System	8

1 Geschäftliche Grundlagen

Zweck der Gesellschaft ist die bedarfsgerechte und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen bestmögliche Versorgung mit ambulanten Pflegeleistungen. Die Gesellschaft betreibt eine ambulante Krankenpflege, bestehend aus den Bereichen ambulante Pflege und spezielle ambulante Palliativversorgung (SAPV).

Die Gesellschaft nimmt im Rahmen des Hessischen Krankenhausplanes über ihre Tochtergesellschaft Gesundheitszentrum Wetterau gemeinnützige GmbH (nachfolgend auch „GZW gGmbH“ genannt) an der bedarfsgerechten stationären Krankenversorgung der Bevölkerung teil.

Ziel der Gesellschaft ist die umfassende Verzahnung der eigenen Leistungen der ambulanten Krankenpflege mit den ambulanten und stationären Leistungen der Beteiligungsgesellschaft Gesundheitszentrum Wetterau gemeinnützige GmbH.

Die Kliniken des Wetteraukreises gGmbH ist Immobilieneigentümerin der durch die Krankenhäuser Bürgerhospital Friedberg (einschließlich Psychiatrie und Psychotherapie), das Kreis Krankenhaus Schotten und die Schlossbergklinik Gedern genutzten Grundstücke und überlässt diese langfristig an die Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH.

Die Kliniken des Wetteraukreises Friedberg – Schotten – Gedern gGmbH, Friedberg ist zu 50 % an der Gesundheitszentrum Wetterau gemeinnützige GmbH, Friedberg beteiligt. Weiterer Anteilseigner ist zu 50 % der Eigenbetrieb Hochwaldkrankenhaus Städtisches Krankenhaus Bad Nauheim.

Aufgrund Ihres Geschäftszwecks ist die Gesellschaft von den Finanzbehörden als gemeinnützig anerkannt.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland fiel im Jahr 2014 mit 1,5 %¹ maßvoll aus. Dennoch hat sich die Erwerbslosenquote im Jahresverlauf 2014 verbessert. Gleichzeitig stiegen die tariflichen Monatsverdienste in 2014 gegenüber dem Vorjahr um 3,1 %. Dies führte zu einer stabilen Einnahmesituation in den Sozialkassen. Da gleichzeitig die Ausgaben der Kassen deutlich ansteigen, besteht wenig Spielraum für eine Anhebung der Vergütung für Leistung im Gesundheitswesen.

Der Markt für ambulante Pflege in Deutschland ist sehr unübersichtlich. Ambulante Pflegedienste und Sozialstationen bieten sowohl pflegerische als auch betreuerische, hauswirtschaftliche und sonstige ergänzende Leistungen an. Darüber hinaus gibt es Anbieter komplementärer Leistungen im Bereich Kurzzeitpflege und Betreutes Wohnen.

Im Jahr 2011 waren 2,5 Mio. Menschen in Deutschland pflegebedürftig, davon wurden 70 % zu Hause versorgt². Die Zahl der durch ambulante Pflegedienste Betreuten stieg von 2009 auf 2011 um 3,9 %.

Auf Grund der demografischen Entwicklung in Deutschland handelt es sich bei der ambulanten Pflege um einen Markt, in welchem auf Jahre hinaus mit erheblichem Wachstum zu rechnen ist. Ein Szenario des statistischen Bundesamtes geht z. B. für Hessen bis 2030 von einem Anstieg der pflegebedürftigen Personen um ca. 48 % gegenüber dem Jahr 2010 aus. Die Patienten die eine pflegerische Versorgung benötigen werden jedoch aufgrund der gesetzlich normierten Anreize vermehrt durch Angehörige gepflegt. Dies begrenzt das Erlöspotential von ambulanten Pflegeeinrichtungen.

Auf Grund dieser bekannten Entwicklungen wächst allerdings auch die Anzahl der Anbieter von ambulanten Pflegediensten. So stieg deren Anzahl zwischen 2009 und 2011 um 2,7 %. Es ist davon auszugehen, dass gleichzeitig auch die durchschnittliche Größe der Betriebe angewachsen ist. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Mitarbeiterzahl der ambulanten Pflegedienste zwischen 2009 und 2011 überproportional um ca. 9 % zugenommen hat³.

¹ Quelle Statistisches Bundesamt, Stand 15.1.2015

² Quelle: statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2011

³ Quelle statistisches Bundesamt, Pflegestatistik 2011

Der zuletzt nachlassende wirtschaftliche Druck auf die öffentlichen Kassen, berührt aus demografischen Gründen weniger die Pflegeversicherung. Daher führt ein Wachstum des Pflegemarktes nicht automatisch zu einem Anstieg der Pflegeausgaben in gleichem Umfang.

Der dynamische Markt für Einrichtungen der ambulanten Pflege unterliegt damit einem erheblichen Wettbewerbsdruck, welcher durch einen sich verschärfenden Mangel von Pflegefachkräften gekennzeichnet ist.

Im Bereich der ambulanten Palliativversorgung sind spezielle Kenntnisse des Pflegepersonals sowie eine starke interdisziplinäre Vernetzung mit anderen Leistungserbringern und mit weiteren Berufsgruppen nötig. Darüber hinaus ist das Vorhalten einer Infrastruktur für die Aufrechterhaltung einer 24-Stunden-Bereitschaft nötig. Aus diesem Grund entstehen erst seit einigen Jahren spezielle Angebote für diesen Pflegebereich. In diesem Bereich sind daher derzeit nur wenige regionale Anbieter vorhanden, die von der Erteilung von Versorgungsaufträgen abhängig sind.

2.2 Geschäftsverlauf

Im Bereich ambulante Pflege hat es keine wesentlichen strukturellen Veränderungen gegeben. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation der ambulanten Pflege, wurden bereits seit 2013 die Bemühungen um die Akquisition von Patienten verstärkt und Optimierungen im Betriebsablauf vorgenommen. Dennoch kam es in 2014 zu einem weiteren deutlichen Erlösrückgang im Bereich der ambulanten Pflege. Dieser konnte nicht vollständig durch angepasste Kostenstrukturen kompensiert werden.

Demgegenüber entwickelte sich der Geschäftsbereich SAPV (spezielle ambulante Palliativversorgung) sehr dynamisch. Hier konnte die Anzahl der betreuten Patienten im bestehenden Versorgungsgebiet deutlich ausgebaut werden. Dies spiegelt den hohen Bedarf an den angebotenen Pflegeleistungen und die gelungene Integration dieses Geschäftsbereichs mit der stationären Versorgung der Patienten im Wetteraukreis wieder. Aufgrund der starken Vernetzung dieses Geschäftsbereichs mit der in der Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH angesiedelten stationären Versorgung, wird die operative Betriebsführung im Rahmen eines Managementvertrags durch die Beteiligungsgesellschaft Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH sichergestellt.

Im Jahr 2014 wurde ein Mietvertrag für einen weiteren Stützpunkt des SAPV-Teams am Standort Butzbach geschlossen. Die Aufnahme der Tätigkeit am Standort erfolgt jedoch erst zu Beginn des Jahres 2015.

Der im Jahr 2009 begonnene Neubau / Umbau des Kreiskrankenhauses Schotten wurde mit seinem ersten Bauabschnitt im Geschäftsjahr 2011 fertig gestellt. Nach Abschluss des Neubaus/Umbaus des Kreiskrankenhauses Schotten erfolgt in einem zweiten Bauabschnitt der

Teilrückbau des bisherigen Krankenhauses in Schotten sowie die Errichtung von Nebengebäuden. Die entsprechenden Fördermittel wurden Ende 2012 bewilligt und im Anschluss daran das Bauvorhaben begonnen. Das Bauprojekt hat sich in 2014 nur in Teilen planmäßig entwickelt. Aufgrund von Problemen mit dem beauftragten Abrissunternehmen gab es Verzögerungen im Zeitplan. Voraussichtlich wird der Kostenrahmen für diesen Bauabschnitt nicht eingehalten werden können. Die Finanzierung der zusätzlichen Baukosten wird durch den Gesellschafter sichergestellt.

Die betreffenden Grundstücke werden derzeit mittels Pachtverträge vom 3. Juli 2007 und vom 15. Juli 2010 an die Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH unentgeltlich verpachtet.

Die Gesellschafter haben im Jahr 2012 beschlossen, Verpflichtungen zur Sanierung der Wasserversorgung am Krankenhausstandort Bürgerhospital Friedberg durch die Kliniken des Wetteraukreises gGmbH als Immobilieneigentümer zu übernehmen.

Aufgrund des plötzlichen Todes des langjährigen Geschäftsführers im Januar 2014 fand im Februar 2014 ein Wechsel in der Geschäftsführung statt.

2.3 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 erwirtschaftete die Kliniken des Wetteraukreises gGmbH ausschließlich Erlöse aus Leistungen der ambulanten Krankenpflege und der SAPV.

Aufgrund des scharfen Wettbewerbs hat der Bereich ambulante Pflege im Vergleich zum Vorjahr einen Umsatzrückgang um ca. 14 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen und ist defizitär.

Im Bereich SAPV stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um ca. 54 %. Es konnte in diesem Bereich ein deutlicher Jahresüberschuss erzielt werden.

	2014	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Ambulante Pflege	235	273
SAPV	974	632
Gesamt	1.209	905

Insgesamt wurde das Ergebnis des Wirtschaftsplans 2014 damit merklich übertroffen.

Die Mitarbeiter des ambulanten Pflegedienstes und der SAPV sind weiterhin bei der Tochtergesellschaft Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH angestellt und werden an die Gesellschaft gestellt (ambulante Pflege) bzw. sind dort im Rahmen einer Managementvereinbarung tätig (SAPV).

Die Vergütung dieser Mitarbeiter erfolgt beim Arbeitgeber nach TVöD.

Die Tarifabschlüsse des TVöD wirken damit unmittelbar auf die Gesellschaft. Die Steigerungen der Personalkosten beim Arbeitgeber werden an die Gesellschaft vollständig weitergegeben. Die Gesellschaft hat im Jahr 2014 im Durchschnitt 14,26 (i. Vj. 12,9) Vollzeitkräfte eingesetzt. Davon entfielen 5,34 VK auf die ambulante Pflege und 8,92 VK auf die SAPV. Auf dieser Basis stiegen die Aufwendungen für bezogene Leistungen deutlich an.

Gleichzeitig konnten die Fahrzeugkosten im Bereich der ambulanten Pflege an den rückläufigen Umsatz angepasst und deutlich gesenkt werden.

Wegen der gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenen Erlöse im Bereich SAPV hat sich das Jahresergebnis 2014 gegenüber dem Jahr 2013 deutlich verbessert. Im Geschäftsjahr fiel daher ein Jahresüberschuss von TEUR 116 (i. Vj. Jahresfehlbetrag TEUR -76) an.

2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt TEUR 14.486 (i. Vj. TEUR 14.389). Davon entfallen 84 % (i. Vj. 79 %) auf das Anlagevermögen in Form hauptsächlich von Finanzanlagen. Die Erhöhung der Bilanzsumme ist auf die Auswirkungen der Baumaßnahmen am Krankenhausstandort Schotten auf das Finanzanlagevermögen und das Eigenkapital zurückzuführen.

Die Finanzanlagen beinhalten im Wesentlichen die Beteiligung an der Gesundheitszentrum Wetterau gemeinnützige GmbH. Das Finanzanlagevermögen erhöhte sich um den Wert der Sacheinlage in die Beteiligungsgesellschaft GZW gGmbH.

Das Anlagevermögen ist zu 92 % (i. Vj. 86 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Das Eigenkapital ist auf Grund von Einlagen des Gesellschafters Wetteraukreis (TEUR 1.273) und des Jahresüberschusses (TEUR 116) zum 31. Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.389 auf TEUR 11.251 gestiegen.

Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft liegt bei 78 % (i. Vj. 69 %).

Nennenswerte Investitionen in Sachanlagevermögen wurden im Jahr 2014 nicht getätigt.

2.5 Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2014 jederzeit gegeben. Den Zahlungsverpflichtungen wurde fristgerecht nachgekommen.

Im Rahmen des Bauvorhabens Schotten hat sich die Gesellschaft bei Bedarf einer Zwischenfinanzierung durch die Tochtergesellschaft GZW gGmbH bedient.

3 Nachtragsbericht

Die derzeit laufenden Kooperationsgespräche zwischen den Lahn-Dill-Kliniken und der Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH sind bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2014 noch nicht beendet. Der erfolgreiche Abschluss der laufenden Verhandlungen kann zu erheblichen Veränderungen beim Anlagevermögen, der Geschäftstätigkeit und den Beteiligungsverhältnissen bei der Beteiligungsgesellschaft Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH führen, sobald die Kooperation vertraglich fixiert und umgesetzt wird. Dies wird frühestens im Sommer des Jahres 2015 der Fall sein.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres ergaben sich keine weiteren wesentlichen Ereignisse, die Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft hatten.

4 Prognose, Chancen und Risikobericht

Die Kliniken des Wetteraukreises Friedberg – Schotten – Gedern gGmbH wird sich auch im Geschäftsjahr 2015 mit den sich ändernden Bedingungen im Gesundheitsmarkt und den politischen Rahmenbedingungen auseinandersetzen.

Zum 1.1.2015 tritt das Pflegestärkungsgesetz in Kraft, das zu einer Anhebung der Vergütungen aus der Pflegeversicherung führt. Allerdings werden mit dem Gesetz Anreize gesetzt, Leistung aus der ambulanten Pflege für Haushaltshilfen umzuwidmen. Ab 2015 sind weitere Reformen der Pflegeversicherung mit einer Neugliederung der Pflegestufen und der stärkeren Berücksich-

tigung demenzkranker Patienten geplant. Die Auswirkungen auf die Tätigkeit der Gesellschaft sind wegen des nicht abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahrens und der Komplexität der Regelungen derzeit nicht abschließend zu beurteilen.

Obwohl die Kliniken des Wetteraukreises gGmbH kein eigenes Personal hat, wird sie von den erwarteten Lohnkostensteigerungen 2015 überdurchschnittlich getroffen, da die Pflegeleistungen besonders personalkostenintensiv sind und die Personalkosten des Personalgestellers voll an die Kliniken des Wetteraukreises gGmbH weiterberechnet werden. Eine adäquate Gegenfinanzierung findet nicht statt, so dass eine Kompensation regelmäßig nur über Effizienzsteigerungen und Leistungsausweitungen erreicht werden kann.

Der zunehmende Mangel an pflegerischem Personal auf dem Arbeitsmarkt führt dazu, dass notwendige Personalakquisitionen nur mit zeitlicher Verzögerung realisiert werden können. Auf Grund der demographischen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist davon auszugehen, dass die beschriebene Entwicklung auch langfristig eine Herausforderung bleiben wird.

Die Geschäftsleitung kann aus heutiger Sicht dennoch keine Risiken, die unmittelbar bestandsgefährdend sind, erkennen.

Aus dem zweiten Bauabschnitt in Schotten ergeben sich die bautypischen Risiken, denen durch eine professionelle Projektsteuerung Rechnung getragen wird.

Die Gesellschaft wird zukünftig die enge Verzahnung ihres Leistungsangebots mit dem Leistungsangebot der Gesundheitszentrum Wetterau gemeinnützige GmbH und deren Tochtergesellschaften weiter intensivieren. Ziel ist die Erbringung ambulanter und stationärer Patientenversorgung aus einer Hand. Aufgrund der laufenden Defizite der ambulanten Pflege prüft die Geschäftsführung umfassende operative und strategische Veränderungen für diesen Bereich. Eine abschließende Entscheidung zu zukünftigen Maßnahmen ist zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch nicht getroffen.

Das Jahr 2015 wird finanziell durch den voraussichtlichen Abschluss der Sanierung der Trinkwasserversorgung am Bürgerhospital Friedberg beeinflusst werden. Die Aufwendungen wurden durch Bildung einer entsprechenden Rückstellung bereits im Geschäftsjahr 2012 berücksichtigt.

Wir planen die Leistungen der SAPV im bestehenden Versorgungsgebiet im Jahr 2015 nochmals deutlich auszuweiten. Die Inbetriebnahme des Standorts Butzbach erfolgt zu Beginn des Jahres 2015. Die Errichtung weiterer Standorte im Versorgungsgebiet ist geplant, um dieses Gebiet besser abdecken zu können. Insgesamt rechnen wir mit einer Umsatzsteigerung von ca. 20%. Aufgrund der voraussichtlich nicht in gleichem Maße wachsenden Aufwendungen ist von einer weiteren Ergebnisverbesserung in 2015 auf rd. TEUR 145 auszugehen.

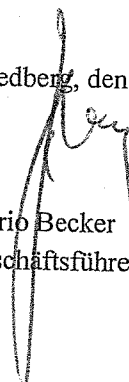
Bei der derzeit absehbaren, etwa gleich bleibenden Entwicklung des ambulanten Pflegedienstes ist für 2015 mit einem Jahresergebnis über dem Niveau des Jahres 2014 zu rechnen.

5 Risikomanagement-System

Das gemeinsam mit der Gesundheitszentrum Wetterau gemeinnützige GmbH und ihren Tochtergesellschaften aufgebaute Risiko-Management-System ist seit dem Jahr 2010 in Betrieb und wird nunmehr laufend weiterentwickelt.

Mit dem Risikomanagementsystem sollen wesentliche und bestandsgefährdende Risiken systematisch identifiziert, beurteilt, gesteuert, überwacht und dokumentiert werden, um die Erreichung der Unternehmensziele abzusichern und das Risikobewusstsein im Konzern zu erhöhen. Die Bewertung der Risiken erfolgt auf Basis der Eintrittswahrscheinlichkeit und des möglichen Ausmaßes des Risikos. Aufgabe der Risikoverantwortlichen ist es neben der Erfassung und Bewertung auch, Maßnahmen zu entwickeln und gegebenenfalls einzuleiten, die dazu dienen, Risiken zu vermeiden, zu reduzieren oder sich gegen diese abzusichern. Alle gemeldeten Risiken der einzelnen Einheiten sowie die zugehörigen, eingeleiteten Gegenmaßnahmen werden auf Leitungsebene fortlaufend überwacht. Durch das im Verbund mit der Tochtergesellschaft Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH konzernweit zentral organisierte Risikomanagementsystem wird gewährleistet, dass ein Austausch über Risiken zwischen den Geschäftsbereichen stattfindet.

Friedberg, den 27. Mai 2015



Mario Becker
Geschäftsführer

ORD
Oberhessische Recycling
Dienste GmbH

ORD Oberhessische Recycling Dienste GmbH, Friedberg / Hessen
Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktivseite		31.12.2014	Vorjahr	Passivseite	
		€	€	31.12.2014	Vorjahr
				€	€
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1,00	1,00	51.129,18	51.129,18
				32.412,05	32.411,79
				3.541,48	2.170,26
				87.082,71	85.711,23
II. Sachanlagen					
1.	technische Anlagen und Maschinen	7,00	7,00		
2.	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.989,00	6.316,00		
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.423,49	264,42	4.743,79	419,34
2.	sonstige Vermögensgegenstände	652,00	8.103,50	7.127,13	8.177,03
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten					
		96.317,14	87.246,68		
		106.389,63	101.938,60	106.389,63	101.938,60



ORD Oberhessische Recycling Dienste GmbH, Friedberg / Hessen
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 01. Januar bis 31. Dezember 2014

	2014	Vorjahr
	€	€
1. Umsatzerlöse	323.310,45	294.607,94
2. sonstige betriebliche Erträge	7.971,29	4.569,93
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen	-94.202,21	-80.894,01
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-141.630,29	-133.699,28
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-26.313,09	-19.938,96
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.327,00	-4.371,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-62.334,79	-55.543,37
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61,22	118,59
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.535,58	4.849,84
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.754,10	-2.391,58
10. sonstige Steuern	-240,00	-288,00
11. Jahresüberschuss	3.541,48	2.170,26

ORD Oberhessische Recycling Dienste GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Die Gesellschaft wurde 1996 gegründet. Die Gesellschafter sind die HBV Landwirtschaftliche Beteiligungsgesellschaft mbH und der Wetteraukreises mit jeweils 50 % Anteilen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Aufbau und der Betrieb einer Organisation zur geordneten Anwendung, Überwachung und Dokumentation von landbaulich verwertbaren Klärschlämmen einschließlich Beratung beteiligter Landwirte, Kommunen, Landkreise und Abwasserverbände.

Im Wirtschaftsjahr 2014 konnten 51.076 Tonnen Frischmasse Wetterauer Abwasserschlämme zu 100 Prozent landwirtschaftlich verwertet werden.

Die Verwertungsmenge von Abwasserschlämmen aus Vermittlungsverträgen mit der UD Umweltdienste GmbH und mit der RVE Reinemer GmbH erhöhte sich gegenüber 2013 von 4045 t auf 4990 t Frischmasse. Die deutliche Zunahme der Verwertung der WII-Abwasserschlämme lag einerseits an der Teichräumung Lich-Eberstadt und andererseits an der optimalen Witterung für die Ausbringung der Schlämme.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich durch höhere Zahlungen des AWB's und infolge der größeren Verwertungsmenge außerhalb der Wetterau gegenüber dem Vorjahr von € 294.608 auf € 323.310.

Der Personalaufwand erhöhte sich aufgrund von Tariferhöhungen und altersbedingter Lohneinstufung bei unverändertem Personalbestand von € 153.638 auf € 167.943. Sonstige wesentliche Veränderungen in den Aufwendungen und Erträgen sind im Geschäftsjahr 2014 nicht eingetreten und werden auch für die Folgejahre nicht erwartet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde bei der ORD erfolgreich ein Überwachungsaudit nach DIN EN ISO 9001 und nach der Entsorgungsfachbetriebsverordnung durchgeführt, so dass die wirtschaftlichen und fachlichen Grundlagen für die weitere Tätigkeit der ORD gegeben sind.

Die im Jahr 2011 verliehenen RAL-Gütezeichen „AS-Düngung“ für die Wetterauer Kläranlagen und die ORD befinden sich weiterhin im Überwachungsverfahren. Somit sind die ORD und ihre betreuten Kläranlagen für kommende rechtliche Rahmenbedingungen vorbereitet.

Mit den bestehenden Vermittlungsverträgen zwischen den Kläranlagenbetreibern und dem Wetteraukreis, werden die verwertbaren Klärschlämmsmengen für die ORD stabil bleiben und durch die Räumung von Teichkläranlagen in 2015 sogar leicht ansteigen. Ab 2015 wird die landwirtschaftliche Verwertung der Wetterauer Abwasserschlämme für einige Kläranlagen etwas schwieriger, da ab 01.01.2015 schärfere Grenzwerte der

Düngemittelverordnung greifen. Hier trifft die Kläranlagenbetreiber hauptsächlich der Nickel-Grenzwert.

Durch die zusätzlichen Verträge mit den UD Umweltdienste GmbH und der RVE Reinemer GmbH kann weiterhin die große Nachfrage nach Klärschlamm in der Wetterau zur Zufriedenheit der Landwirte abgedeckt werden.

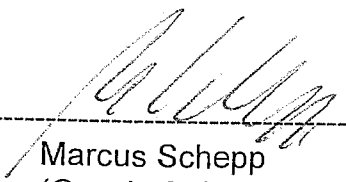
Aufgrund der Verträge der RVE Reinemer GmbH mit diversen thermischen Verwertungsanlagen können ab 2015 nicht-landwirtschaftlich verwertbare Schlämme einer energetischen Nutzung zugeführt werden.

Wesentliche Risiken sind bei den bestehenden langfristigen Andienungsverträgen derzeit nicht erkennbar. Nicht abschätzbar sind jedoch die wirtschaftlichen Auswirkungen für das Unternehmen in Folge der für 2015 geplanten Grenzwertabsenkungen für Schwermetalle in der Düngemittelverordnung.

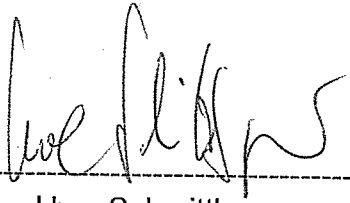
Ob und wann es eine Neufassung der AbfKlärV geben wird, bleibt weiterhin unklar. Da keine Ausnahmeregelungen für geogene Grundbelastungen in der neuen Düngemittel- und/oder Klärschlammverordnung vorgesehen sind, haben einige Kläranlagen im Wetteraukreis reagiert und ihre technischen Möglichkeiten optimiert, so dass in 2015 das befürchtete Wegbrechen von Verwertungsmengen vermieden werden kann. Trotzdem sind die Anlagen gefährdet, welche knapp unterhalb des Nickel-Grenzwertes liegen.

Die Dienstleistungen (Bearbeitung von IT- und Agrarfachaufgaben) der ORD für den Regionalbauernverband Wetterau-Frankfurt, den Kreisbauernverband Hochtaunus und für die UD Umweltdienste GmbH werden auch weiterhin im gewohnten Umfang anfallen.

Friedberg, den 31.03.2015



Marcus Schepp
(Geschäftsführer)



Uwe Schmittberger
(Geschäftsführer)

**Zweckverband
Oberhessische
Versorgungsbetriebe**



Bilanz zum 31. Dezember 2014

		Anhang		31.12.2014	31.12.2013
				EUR	EUR
Aktiva					
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten					
				524,256.00	556,520.00
2. Geleistete Anzahlungen					
				68,110.00	17,850.00
				592,366.00	574,370.00
II. Sachanlagen					
1. Technische Anlagen und Maschinen					
				36,880,171.00	33,091,533.00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung					
				4,356.00	6,432.00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau					
				401,682.75	4,484,671.95
				37,286,209.75	37,582,636.95
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen					
		2		133,724,531.87	133,418,531.87
				171,603,107.62	171,575,538.82
B. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen					
		3		756,219.07	1,214,479.58
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen					
				4,753.20	1,648,325.98
3. Forderungen gegen Verbandsmitglieder					
				0.00	263,747.45
4. Sonstige Vermögensgegenstände					
				1,061,984.57	3,328,815.41
				1,822,956.84	6,455,368.42
II. Guthaben bei Kreditinstituten					
				655,458.70	311,893.98
				2,478,415.54	6,767,262.40
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
				14,969.69	16,431.52
				174,096,492.85	178,359,232.74
Passiva					
A. Eigenkapital					
I. Stammkapital					
		4		133,911,686.55	133,911,686.55
II. Zweckgebundene Rücklagen					
				2,721,896.22	1,977,067.55
III. Bilanzgewinn					
Gewinnvortrag					
				1,059,864.67	2,034,562.72
Einstellung in zweckgebundene Rücklagen (Schwankungsreserve)					
				-563,738.61	-131,290.39
Einstellung in zweckgebundene Rücklagen (andere Rücklagen)					
				-181,090.06	-182,392.00
Vorabausschüttung					
				-2,989,492.63	-68,226.47
Jahresüberschuss (Vj. Jahresfehlbetrag)					
				2,801,362.85	-592,789.19
				126,906.22	1,059,864.67
				136,760,488.99	136,948,618.77
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse					
		5		5,543,911.00	5,584,598.00
C. Empfangene Ertragszuschüsse					
		6		4,725,387.00	4,711,209.00
D. Rückstellungen					
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen					
		7		31,405.29	34,573.81
2. Sonstige Rückstellungen					
				323,687.88	2,825,233.90
				355,093.17	2,859,807.71
E. Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
		8		21,459,469.81	21,127,435.15
2. Erhaltene Anzahlungen					
				75,612.96	201,501.20
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen					
				615,109.59	671,886.27
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen					
				139,344.36	204,396.73
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern					
				4,010.47	0.00
6. Sonstige Verbindlichkeiten					
				4,418,065.50	6,049,779.91
				26,711,612.69	28,254,999.26
				174,096,492.85	178,359,232.74



Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Anhang	Berichtsjahr		Vorjahr
		EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	9		11,841,838.45	18,195,741.77
2. Sonstige betriebliche Erträge	10		380,311.75	1,154,797.19
			12,222,150.20	19,350,538.96
3. Materialaufwand	11			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		83,278.64		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		10,351,865.47	10,435,144.11	18,867,439.95
4. Personalaufwand	12			
a) Entgelte		258,218.89		
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		52,757.18	310,976.07	331,211.56
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13		995,060.12	934,903.86
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	14		392,979.27	438,068.90
			87,990.63	-1,221,085.31
7. Erträge aus Beteiligungen	15		3,517,108.18	1,490,349.08
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16		42,937.00	24,868.84
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17		846,500.96	886,749.80
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			2,801,534.85	-592,617.19
11. Sonstige Steuern			172.00	172.00
12. Jahresüberschuss (Vj. Jahresfehlbetrag)			2,801,362.85	-592,789.19
13. Gewinnvortrag			1,059,864.67	2,034,562.72
14. Einstellung in zweckgebundene Rücklagen (Schwankungsreserve)			-563,738.61	-131,290.39
15. Einstellung in zweckgebundene Rücklagen (andere Rücklagen)			-181,090.06	-182,392.00
16. Vorabausschüttung	18		-2,989,492.63	-68,226.47
17. Bilanzgewinn			126,906.22	1,059,864.67

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen)

Lagebericht für 2014

1. Grundlagen des Verbandes

Satzungsgemäße Aufgabe des Verbandes ist, die Bevölkerung des Verbandsgebietes und benachbarter Gebiete mit Energie, Wasser, Telekommunikations- und Rundfunkdiensten sowie verwandten Diensten zu versorgen und den öffentlichen Personennahverkehr durchzuführen. Er ist berechtigt, Entsorgungsaufgaben zu übernehmen, soweit die Verbandsmitglieder ihm diese übertragen. Hierzu bedient er sich der Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (OVVG) und der Oberhessische Versorgungsbetriebe Aktiengesellschaft (OVAG). Darüber hinaus hat er gemeinnützige Bestrebungen für den oberhessischen Raum zu fördern, soweit dadurch die anderen bereits genannten Aufgaben nicht gefährdet sind.

Seit dem 1. Januar 2004 sind auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) die Vorschriften über Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Damit ist der ZOV nach § 26 EigBGes Hessen verpflichtet, einen Lagebericht aufzustellen.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der Gesellschaft sind die Umsatzerlöse, der Jahresüberschuss und die Investitionen, die auch durch die Berichterstattung an Anteilseigner regelmäßig überwacht werden, wobei die Planzahlen aus dem Wirtschaftsplan entnommen sind.

2. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Trotz des schwierigen weltwirtschaftlichen Umfelds erhöhte sich das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland in jeweiligen Preisen gerechnet um 3,3 %. Preis- und kalenderbereinigt lag die Wachstumsrate im Jahresdurchschnitt um 1,5 % höher als im Vorjahr. Die Konjunktur hatte sich nach einem schwungvollen Jahresbeginn und einer folgenden Schwächephase zum Jahresende hin wieder stabilisiert. Dieser Trend wurde von einer starken Binnennachfrage getragen. Die Bruttoinvestitionen (Bruttoanlageinvestitionen zzgl. Vorratsveränderungen) erhöhten sich preisbereinigt um 1,7 %. Der private und der staatliche Konsum waren mit einer preisbereinigten Steigerung von 1,1 % bzw. 1,0 % ebenfalls ein wichtiger Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft.

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen) Lagebericht für 2014

Auf der Entstehungsseite des BIP trugen sowohl das Produzierende Gewerbe als auch die Dienstleistungsbereiche mit einer Zunahme der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um jeweils 1,4 % zum Wirtschaftswachstum im Jahr 2014 bei. Im Baugewerbe kam es begünstigt durch die milde Witterung in den Wintermonaten sogar zu einem kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,7 %. Im Bergbau sowie in der Gewinnung von Steinen und Erden ging die reale Bruttowertschöpfung im Jahr 2014 hingegen um 2,9 %, im Bereich Energie- und Wasserversorgung sogar um 4,1 % zurück.

Im Jahresmittel erbrachten 42,7 Mio. Erwerbstätige die Wirtschaftsleistung, was einen Anstieg von 371.000 Erwerbspersonen oder 0,9 % bedeutete. Die Erwerbslosenquote sank entsprechend von 4,9 % auf 4,7 %.

Der Staatssektor (Bund, Länder und Gemeinden) schloss das Jahr 2014 nach ersten Berechnungen mit einem Überschuss von 11,9 Mrd. € ab, wobei der Überschuss des Bundes mit 7,3 Mrd. €, der Gemeinden mit 1,7 Mrd. € sowie der Sozialversicherungen mit 3,4 Mrd. € das Defizit der Länder von 0,5 Mrd. € mehr als ausglich.

[Quelle: Kieler Konjunkturberichte 2014 „Deutsche Konjunktur im Winter 2014“, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel]

Unternehmensentwicklung nach den Sparten des ZOV

Verwaltung: Die Verwaltung des ZOV umfasst die Koordination der Verbandsorgane, die allgemeine Verwaltung sowie die Vermögensverwaltung. Wesentlich für das Jahresergebnis des Verbandes war auch im Jahr 2014 die in der Sparte Vermögensverwaltung vereinnahmte Ausschüttung der OVVG von rund 3,5 Mio. €.

Die Verbandsversammlung beschloss in der Sitzung vom 12. Dezember 2014 einhergehend mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2015, sich an der Erhöhung des Eigenkapitals der Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH um 10 Mio. € mit 3 Mio. € zu beteiligen, um so die Versorgung im Wetterau- und Vogelsbergkreis mit Telekommunikations-Infrastruktur zu verbessern.

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen) Lagebericht für 2014

Verkehr: Der Bereich Verkehr führt die ihm durch die EU-Verordnung 1370/07 und das Hessische ÖPNV-Gesetz zugeordneten Aufgaben durch. ZOV-Verkehr ist demnach zuständige Behörde für die Begründung von gemeinwirtschaftlichen Pflichten für den lokalen Linienverkehr im Verbandsgebiet sowie die Gewährung von ausschließlichen Rechten und/oder finanziellen Ausgleichsleistungen für die Erfüllung dieser Pflichten. In 2014 wurden als Aufgabenträger Ausschreibungen für auslaufende Konzessionen für sieben Linienbündel vorgenommen und öffentliche Dienstleistungsaufträge erteilt. Der konzernerneigene Dienstleister VGO Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) ist bis Ende 2018 mit der Durchführung und Finanzierung des lokalen Busverkehrs im Verbandsgebiet betraut. Gemäß aktueller verbindlicher Auskunft scheint die Einbeziehung der Erträge und Aufwendungen der VGO in den ertragsteuerlichen Querverbund der OVG unproblematisch.

Der Aufsichtsrat der RMV GmbH hat im Vorgriff des Übergangs in separate Budgets für den Lokal- und Regionalverkehr u.a. beschlossen, verbundweit auf die Erhebung einer RBNV-Umlage zu verzichten. Für die Sparte Verkehr bedeutet dies eine Ersparnis von rd. 540 T€.

Frischwasser und Abwasser

Gemeinde Hirzenhain: Seit dem 1. Juli 2004 ist der ZOV für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in der Gemeinde Hirzenhain zuständig. Zum 1. Januar 2013 wurde im Abwasserbereich die gesplittete Abwassergebühr sowie eine Grundgebühr je angeschlossenes Grundstück für Abwasser und Trinkwasser eingeführt. Nach der Änderung betrug die Abwassergebühr 3,65 € je m³ Frischwasserverbrauch, die Gebühr für die versiegelte Fläche 0,82 € je m² und die Grundgebühr für den Hausanschluss je 100 €. Im Trinkwasserbereich betrug die Frischwassergebühr 2,30 € je m³ und die Grundgebühr je Hausanschluss 60 €. In 2014 war die Sanierung der Pumpstation in der Höhenstraße der Schwerpunkt der Arbeiten.

Stadt Nidda: Zum 1. Juli 2005 hat der ZOV die Abwasserbeseitigung der Stadt Nidda im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung bzw. per Kauf- und Übertragungsvertrag übernommen. Zum 1. Januar 2013 wurde eine Gebühr für die versiegelte Fläche sowie eine Grundgebühr je angeschlossenes Grundstück eingeführt. Die Benutzungsgebühren für den Bereich Abwasserbeseitigung Nidda betragen nach der Änderung 2,70 € pro m³ Frischwasserverbrauch sowie 0,65 € je m² versiegelte Fläche, und die Grundgebühr für den Hausanschluss je 100 €. In 2014 waren Hochwasserschutzmaßnahmen sowie der Abschluss begonnener Projekte der Schwerpunkt der Arbeiten.

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen) Lagebericht für 2014

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZOV im Berichtsjahr ist als ausgeglichen zu bezeichnen. Das Jahresergebnis des ZOV wird wesentlich durch das Ergebnis der Sparte ZOV-Verkehr sowie die Ausschüttung der OVVG geprägt. Abweichend zum Vorjahr werden die von RMV abgewickelten und von VGO erhobenen sog. weiterzuleitenden Bruttofahrgeldeinnahmen für den Fremdnutzeranteil nicht mehr bilanziell (31. Dezember 2013 jeweils rd. 2,4 Mio. € Forderungen und Rückstellungen) abgegrenzt. In der GUV sind Erlöse und Aufwendungen (2013 jeweils rd. 6,7 Mio. €) erfasst. Daher kommt es zu einer rückläufigen Bilanzsumme und Summe der Aufwendungen und Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Bilanzsumme ging im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Mio. € auf 174,1 Mio. € zurück. Der Bestand an Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen verminderte sich abschreibungsbedingt von 38,2 Mio. € um 0,3 Mio. € auf 37,9 Mio. €. Der Ausweis der Finanzanlagen betrifft die Beteiligung an der OVVG i. H. v. 133,4 Mio. € sowie die im Berichtsjahr neu gegründete Beteiligung an der Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen mbH i. H. v. 0,4 Mio. €.

Die Entwicklung der Anlagen im Bau in 2014 zeigt die folgende Tabelle (Werte in €):

Maßnahme	Stand 01.01.2014	Zugang	Umbuchung in fertige Anlagen / Abgänge	Stand 31.12.2014
Bad Salzhausen, Liebigstraße	16.607,06	1.416,58	0,00	18.023,64
Fauerbach, Deckmannsgasse - Kanal	133.317,02	0,00	-133.317,02	0,00
Fauerbach, Mittulgasse - Kanal	31.269,63	0,00	-31.269,63	0,00
Fauerbach, Wenzelsgasse - Kanal	48.101,57	0,00	-48.101,57	0,00
Glashütten, Ortsdurchfahrt - Wasserleitung	345.947,22	0,00	-345.947,22	0,00
Glashütten, Ortsdurchfahrt - Kanal	1.265.307,60	0,00	-1.265.307,60	0,00
Glashütten, Hochbehälter, Kammersanierung	0,00	4.559,60	0,00	4.559,60
Harb, Breslauer Str. - Erneuerung Mischwasserkanal	14.028,13	13.724,08	0,00	27.752,21
Hausanschlüsse	109.908,25	0,00	-109.908,25	0,00
Hirzenhain, Höhenstraße – Kanal	136.672,74	0,00	-136.672,74	0,00

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen)
Lagebericht für 2014

Maßnahme	Stand 01.01.2014	Zugang	Umbuchung in fertige Anlagen / Abgänge	Stand 31.12.2014
Hirzenhain, Höhenstraße – Wasser	65.442,39	0,00	-65.442,39	0,00
Kohden, Anpassung Drosselabfluss RÜ	571,20	0,00	-571,20	0,00
Merkenfritz, Mühlstraße – Kanal	17.742,40	124.478,37	0,00	142.220,77
Merkenfritz, Liebfrauenstraße - Wasser	995,68	0,00	-995,68	0,00
Merkenfritz, Leitungsumlegung zu Pumpstation	1.620,54	0,00	-1.620,54	0,00
Merkenfritz, Mühlstraße – Wasser	9.147,99	37.510,71	0,00	46.658,70
Nidda, Abellstraße/Pflanzgarten - Kanal	1.102.847,54	0,00	-1.102.847,54	0,00
Nidda, Abellstraße/Pflanzgarten - E-Technik	98.810,04	0,00	-98.810,04	0,00
Nidda, Abwassernetz - Hochwasserschutzmaßnahmen	13.864,95	129.477,37	0,00	143.342,32
Nidda, Burgring, Kanal	0,00	7.817,02	* 0,00	7.817,02
Nidda, Eichelstraße, Kanal	0,00	4.000,00	0,00	4.000,00
Ober Lais, Glashütter Straße - RÜ1	388.681,92	0,00	-388.681,92	0,00
Unter-Schmitten, Am Hinterhof-Kanal	638.788,08	0,00	-631.479,59	7.308,49
Unter-Schmitten, Abwassernetz, EKVO- Sanierung	45.000,00	0,00	-45.000,00	0,00
	4.484.671,95	322.983,73	-4.405.972,93	401.682,75

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände reduzierten sich aus den genannten Gründen im Vergleich zum Vorjahr um 4,6 Mio. € auf 1,8 Mio. €. Der Bestand an flüssigen Mitteln erhöhte sich von 312 T€ im Vorjahr auf 655 T€.

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen) Lagebericht für 2014

Das Eigenkapital des ZOV verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 188 T€ auf 136.760 T€. Die für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung gewährten Zuschüsse und Beiträge hatten zum Bilanzstichtag noch einen Restbuchwert von 10.269 T€ (Vorjahr 10.296 T€), wobei der Zuführung von 286 T€ eine zeitanteilige Auflösung von 313 T€ in 2014 gegenüber stand. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen betreffen ausschließlich den Anteil am ZVK-Sanierungsgeld. Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen ausstehende Rechnungen für erbrachte Verkehrsleistungen (287 T€, Vorjahr 2.708 T€) sowie die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses (unverändert 22 T€), während im Vorjahr noch für Planungsleistungen 79 T€ passiviert waren. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 332 T€ auf 21.459 T€ erhöht, während die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 56 T€ auf 615 T€ zurückgingen. Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen in erster Linie die nicht auf den ZOV übertragenen Darlehen (4.135 T€, Vorjahr 5.682 T€), für die die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen durch den ZOV mit der Stadt Nidda bzw. der Gemeinde Hirzenhain als ursprünglichen Darlehensnehmern vereinbart wurde.

Zusammenfassende Darstellung		2014	2013	2012
Bilanzsumme	Mio. €	174,10	178,36	179,20
Anlagevermögen	Mio. €	171,60	171,58	171,48
Umlaufvermögen inkl. ARAP	Mio. €	2,48	6,78	7,71
Eigenkapital	Mio. €	136,76	136,95	137,61
Deckungsgrad des Anlagevermögens	%	79,70	79,82	80,25
Eigenkapitalquote (Grad der finanziellen Unabhängigkeit)	%	78,55	76,78	76,79
Cashflow aus operativer Tätigkeit	Mio. €	3,74	-3,55	-3,93
Cashflow aus Finanzierung	Mio. €	-2,66	3,12	7,51
Cashflow aus Investition	Mio. €	-0,74	-1,02	-2,27

Der Cashflow aus operativer Tätigkeit resultiert im Wesentlichen aus dem positiven Jahresergebnis bzw. rückläufigen Rückstellungen. Der (negative) Cashflow aus Finanzierung ergibt sich im Wesentlichen aus den kumulierten Auszahlungen an die Verbandsmitglieder (2.989 T€; Vorjahr: 68 T€). Der Cashflow aus Investition liegt etwas unter Vorjahresniveau, wobei für 2014 geplante Investitionen noch zur Ausführung anstehen.

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen) Lagebericht für 2014

Die Entwicklung der Umsatzerlöse im Ver- und Entsorgungsgebiet der Gemeinde Hirzenhain sowie im Entsorgungsgebiet der Stadt Nidda ist innerhalb der Parameter wie Witterung und Veränderung der Einwohnerzahlen anzusiedeln.

Umsatzerlöse	2014		2013
	Menge	Erlöse T€	Erlöse T€
ZOV-Verkehr	-	6.309	13.094
Wasserversorgung Hirzenhain	111.631 m ³	341	348
Abwasserbeseitigung Hirzenhain (Menge, Fläche)	107.724 m ³	782	714
	372.668 m ²		
Abwasserbeseitigung Nidda (Menge, Fläche)	755.862 m ³	4.410	4.040
	2.868.600 m ²		
Summe		11.842	18.196

Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren vor allem aus der Auflösung von Zuschüssen und Anschlussbeiträgen für Wasser- und Abwasseranlagen und von Rückstellungen.

Im Materialaufwand von 10,4 Mio. € (im Vorjahr 18,9 Mio. €) sind neben den Aufwendungen für die vom ZOV bestellten regionalen Schienen- und Busverkehrsleistungen sowie durchlaufende Positionen im Rahmen der RMV Finanzierungsströme (7,4 Mio. €; im Vorjahr 15,8 Mio. €), deren Gegenpositionen im Erlösbereich aufgeführt sind, weiterhin die Aufwendungen für die Instandhaltung der Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen sowie die Aufwendungen der Sparte allgemeine Verwaltung erfasst.

Der Personalaufwand für die Mitarbeiter der Sparten ZOV-Verkehr, allgemeine Verwaltung sowie Wasser/Abwasser betrug im Berichtsjahr 311 T€ nach 331 T€ im Vorjahr.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Verkehrssparte belaufen sich auf 995 T€.

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 393 T€ sind im Wesentlichen Verwaltungsaufwendungen des ZOV und Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder der Gremien des ZOV ausgewiesen.

Erträge aus Beteiligungen betreffen nur die Ausschüttung der OVG in Höhe von 3.517 T€.

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen) Lagebericht für 2014

Die Umsatzerlöse liegen 6,9 Mio. € unter Plan, da entsprechend treuhändisch an RMV weitergeleitete EAV Fremdnutzeranteile (im Vorjahr 6,7 Mio. €) nicht weiter als Umsatzerlöse bilanziert werden, entsprechendes gilt auch für korrespondierende Aufwendungen für bezogene Verkehrsleistungen. Der Jahresüberschuss weicht um +1,2 Mio. € vom Plan ab, u. a. da nicht eingeplante Überschüsse/ Spartenergebnisse Wasser und Abwasser von 0,7 Mio. € im Rahmen der Gewinnverwendung den Rücklagen zugeführt werden konnten. Die Investitionen liegen mit 1,0 Mio. € um 0,7 Mio. € unter dem Wirtschaftsplan und werden im Folgejahr nachgeholt.

Der ausgewiesene Bilanzgewinn soll vorbehaltlich eines noch ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die zweckgebundenen Rücklagen stiegen dabei um 745 T€. Der Verlauf der Geschäftsentwicklung wird als insgesamt zufriedenstellend beurteilt.

Personal

In 2014 waren im Bereich ZOV-Verkehr zwei Mitarbeiter, im Bereich Wasser/Abwasser Allgemein ein Mitarbeiter und im Bereich Abwasser Nidda ein weiterer Mitarbeiter und zwei geringfügig Beschäftigte tätig.

3. Nachtragsbericht

Zum 1. Januar 2015 überträgt der ZOV die Teichkläranlagen in Wallernhausen und Schwickartshausen an den Abwasserverband Oberhessen. In der Folge werden Betrieb und Unterhaltung der Teichkläranlagen vom Abwasserverband Oberhessen übernommen.

4. Chancen- und Risikobericht

Der ZOV ist in Folge seiner Tätigkeit neben dem zunehmenden Wettbewerb, den schwer kalkulierbaren politischen Motiven und dem sich beständig ändernden Rechtsrahmen einer Vielzahl weiterer Risiken ausgesetzt und daher in das Risikomanagementsystem der OVVG integriert.

Risiken werden systematisch erfasst und in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Für den ZOV spezifische Risiken aus der technischen Geschäftstätigkeit werden durch individuelle Prozesse berücksichtigt, sind jedoch nicht Teil des Risikomanagementsystems und dementsprechend nicht umfassend dokumentiert. Den Fortbestand des Verbands gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen) Lagebericht für 2014

Im Bereich Vermögensverwaltung ist durch die absehbare Verschlechterung der Ergebnisse der OVVG durch einerseits sich tendenziell verschlechternde Ergebnisse aus der Energieversorgung und dem Stromnetzbetrieb sowie andererseits absehbar steigende Verluste aus dem Verkehrsbereich für die Zukunft mit rückläufigen Ergebnissen zu rechnen.

Im Bereich Verkehr können für die Wahrnehmung neu hinzugekommener Aufgaben und Zuständigkeiten künftig die dafür erforderlichen Personal- und Sachaufwendungen steigen. Mit den Novellierungen des Personenbeförderungsgesetzes auf nationaler Ebene und des Hessischen ÖPNV-Gesetzes auf Landesebene zum 1. Januar 2013 wurden tendenziell die Rechte der Aufgabenträger gestärkt (z.B. stärkere Verbindlichkeit des Nahverkehrsplans). Derzeit ist das Ergebnis der Revision des Regionalisierungsgesetzes in finanzieller Hinsicht völlig unklar. Auch bleibt abzuwarten, ob die im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs bisher den Verkehrsverbänden bereitgestellten Finanzmittel mittelfristig weiterhin ohne Kürzungsmargen zur Verfügung gestellt werden. Insofern sind Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene hinsichtlich einer dauerhaft nachhaltigen Finanzierung des ÖPNV nach wie vor ausstehend.

Im März 2015 wurde das Linienbündel Lauterbach lokal neu beauftragt. Zum Jahreswechsel 2015/16 wird der ZOV Ausschreibungen für die Vergabe von sieben lokalen Linienbündeln durchführen. Aufgrund der Kosten- und allgemeinen Marktentwicklung ist allgemein und im Einzelfall sogar mit deutlichen Kostensteigerungen zu rechnen, die vom konzerneigenen Dienstleister VGO im Rahmen der o.g. Betrauung zu tragen sind.

Die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind durch den jeweils in der Satzung festgeschriebenen Anschluss- und Benutzungszwang derzeit keinen direkten Marktrisiken ausgesetzt. Vorgaben des Gesetzgebers zur Kontrolle und Sanierung der Kanalnetze im Rahmen der EKVO bedeuten auch über die derzeit laufenden Maßnahmen hinaus für die Zukunft erheblichen Mittelbedarf für die Sanierung. Bedingt durch Bevölkerungsrückgang und sparsames Verbrauchsverhalten ist allerdings in Zukunft mit rückläufigen Mengen zu rechnen, die angesichts des hohen Fixkostenanteils der Infrastrukturkosten zu steigenden Belastungen der angeschlossenen Kunden führen können.

In allen Betriebszweigen entstehen Risiken durch den Einsatz von Technik und Personal sowie in Folge höhere Gewalt, wie z.B. Wettereinflüsse. Diesen wird begegnet durch die permanente Aus- und Weiterbildung des Personals sowie hohe Sicherheitsstandards und permanente Prüf-, Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten. In wirtschaftlich sinnvollem Rahmen werden die Betriebsrisiken durch Versicherungen begrenzt.

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen) Lagebericht für 2014

Durch den Betrieb der IT zur Unterstützung der Geschäftsprozesse entstehen weitere Risiken. Diesen wird durch betriebsinterne Sicherheitsmaßnahmen und den Einsatz aktueller Software sowie durch entsprechende Schulungen des Personals entgegengewirkt.

Wegen des Kapitaleinsatzes und der langfristigen Kapitalbindung sind Investitionsprojekte mit Chancen und Risiken verbunden. Vorbereitung und Umsetzung solcher Projekte folgen daher einem internen Genehmigungsprozess.

In den Bereichen Wasser und Abwasser ergibt sich nach den beiden erfolgreich verlaufenen Projekten Hirzenhain und Nidda die Möglichkeit, mit weiteren Kommunen in aussichtsreiche Gespräche zu treten und diese Bereiche in Zukunft stärker auszubauen.

Vor dem Hintergrund nach wie vor knapper kommunaler Finanzen sind die Kooperationsangebote des ZOV für die Sparten Wasser, Abwasser und Verkehr für Kommunen sicher interessant.

Nach der Etablierung des ZOV als Partner der Kommunen wird hier die Möglichkeit zum Wachstum in neue dienstleistungsorientierte Geschäftsfelder gesehen.

5. Ausblick und Prognosebericht

Die Entwicklung der von den Kommunen auf den ZOV übertragenen Aufgabengebiete bestätigt bisher die Zielsetzung des ZOV-Modells, durch Bildung von größeren Einheiten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung effizient anbieten zu können.

Im Bereich der Gemeinde Hirzenhain und der Stadt Nidda werden auch in den kommenden Jahren zahlreiche Baumaßnahmen umgesetzt. Neben den anstehenden Sanierungsarbeiten zur Erfüllung der Vorgaben der EKVO werden in Absprache mit den Partnerkommunen Baugebiete erschlossen und Anlagen ausgetauscht. Die beiden vom ZOV von der Stadt Nidda übernommenen Teichkläranlagen in Wallernhausen und Schwickartshausen werden im Jahr 2015 auf den Abwasserverband Oberhessen übertragen.

Im Jahr 2015 wird der Schwerpunkt der Arbeiten in den Bereichen Wasser und Abwasser in der Fortsetzung der Sanierung der Leitungen mit Schwerpunkten in den Kreisstraßen K 202 und K196 liegen.

Der Beteiligungsprozentsatz an der Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH soll im Zuge einer Kapitalerhöhung auf rund 31% reduziert werden, da sich der ZOV nicht in vollem Umfang an der beabsichtigte Kapitalerhöhung um 10 Mio. € beteiligt.

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe, Friedberg (Hessen) Lagebericht für 2014

Für das Jahr 2015 erwartet die Gesellschaft bei Umsatzerlösen von rd. 18,5 Mio. € einen Jahresüberschuss von ca. 0,8 Mio. €. Im Wirtschaftsplan 2015 des ZOV sind über alle Sparten Investitionen von insgesamt 4,2 Mio. € veranschlagt (Werte in €):


Beteiligung Breitbandinfrastrukturgesellschaft Oberhessen GmbH	3.000.000
Kammersanierung Hochbehälter Glashütten	25.000
Fauerbach, Erneuerung Mischwasserkanal Wallernhäuser Str. / K202	165.000
Wallernhausen, Erneuerung Mischwasserkanal Obergasse / K202	236.000
Nidda, Erneuerung Mischwasserkanal Ludwigstrasse / K196	330.000
Eichelsdorf, Erneuerung Mischwasserkanal Eichelstraße (Nord)	240.000
Inlinersanierung, verschiedene Stadtteile	200.000

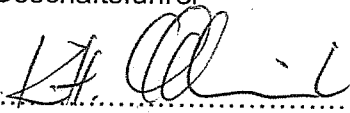
In den Sparten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sollen auch in den Folgejahren entsprechend der Kalkulation der Benutzungsgebühren nach dem Kostendeckungsprinzip ausgeglichene Ergebnisse erzielt werden.

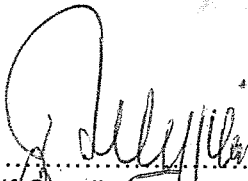
Angesichts der in der Vergangenheit geführten politischen Diskussionen um Themen wie den Fortbestand des steuerlichen Querverbunds, die Ausschreibung von Verkehrsleistungen und zunehmenden Dirigismus im Energiesektor ergeben sich für die Zukunft des ZOV nach wie vor zahlreiche offene Fragen. Abhängig von den Ergebnissen der aktuellen Diskussionen und deren Umsetzung können wesentliche Auswirkungen auf das Ergebnis des ZOV und die Ausschüttung an die Anteilseigner entstehen.

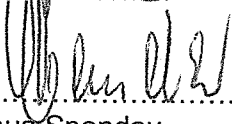
Friedberg (Hessen), am 19. Juni 2015

Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe


.....
Rainer Schwarz
Geschäftsführer


.....
Karl-Heinz Schneider
Verbandsvorsitzender


.....
Rolf Gnadt
Geschäftsführer


.....
Claus Spandau
Stellvertretender
Verbandsvorsitzender

